

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Wirtschaft und Moral – Über die Bedeutung der
antiken Philosophie für die Moral in der heutigen
Wirtschaft“

Verfasserin

Ingrid Wagner

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: 190 299 477

Studienrichtung lt. Studienblatt: Lehramtsstudium UF Psychologie und Philosophie UF
Haushaltsökonomie und Ernährung

Betreuer: ao. Univ.-Prof. i.R. Dr. Josef Rhemann

Selbständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich,

Ingrid Wagner, 0848513

dass ich diese Diplomarbeit mit dem Thema:

**Moral und Wirtschaft; Sind die Theorien der großen, alten
Philosophen noch zeitgemäß?**

selbstständig verfasst habe und keine anderen als die angegebenen Quellen
und
Hilfsmittel benutzt wurden, sowie Zitate kenntlich gemacht habe.

Wien, am

(Ort, Datum) (Unterschrift)

Danksagung

Univ.-Prof. i.R. Dr. Josef Rhemann, für die Betreuung meiner Diplomarbeit.

Benjamin Müller, der mich bei der Arbeit mit interessanten Diskussionen inspiriert und seinem ökonomischen Fachwissen beraten hat, und die erste Korrekturlesung übernommen hat.

Sonja Wagner, die so freundlich war und eine zweite Korrekturlesung übernommen hat.

Vorwort

In unserer heutigen Zeit gibt es eigentlich kaum einen Bereich, der nicht durch die Ökonomie bestimmt wird. Alle Entscheidungen, die getroffen werden, sind gewinnorientiert. Das Schicksal vieler Menschen, der Tiere oder der Umwelt ist dabei nebensächlich. Mir persönlich ist es ein Anliegen, dass die Menschen bei ihren Entscheidungen moralische Aspekte mit einbeziehen und nicht nur die auf den ersten Blick rationalste Handlung setzen. Moralische Überlegungen sollten in wirtschaftliche Entscheidungen einfließen.

Der Mensch als soziales Wesen lebt in den verschiedensten ökonomischen Verhältnissen zusammen. Sei es nun die kleinste wirtschaftliche Einheit, der Haushalt oder große Wirtschaftssysteme wie der Staat. Der Trend zeigt auf, dass selbst der Staat mit anderen globaleren Wirtschaftssystemen verflochten ist. Dieses Konstrukt der Wirtschaft bestimmt das Zusammenleben der Menschen. Wir sind in vieler Hinsicht durch die vorherrschenden wirtschaftlichen Vorstellungen, Theorien und Bewegungen geprägt. Die Frage, die es zu stellen gilt ist die, wie dieses Zusammenleben funktioniert? Welche moralischen Überlegungen gibt es in der Wirtschaft? Gibt es in der Wirtschaft überhaupt Moral, oder widerspricht sich Wirtschaft und Moral? Bei der theoretischen Figur des *homo oeconomicus* denkt dieser rein rational, wirtschaftlich und ist auf den eigenen Nutzen orientiert. Die Realität zeigt jedoch, dass dies nur eine fiktive Figur ist.

Der aktuelle Diskurs zu dieser Thematik verdeutlicht die Bedeutung und Aktualität der oft fehlenden Moral in der Wirtschaft. Von manchen Personen wird gefordert, dass WirtschaftsstudentInnen Unternehmensethik als Pflichtfach absolvieren müssen. Der Diskurs zur Wirtschaft und Moral ist jedoch nicht wirklich ein neues Phänomen unserer Zeit. Bereits Aristoteles machte sich Gedanken, wie das Zusammenleben der Menschen aussehen sollte. Bei wirtschaftlichen Überlegungen geht es im Allgemeinen oft darum, wie man die Ressourcen, die meist begrenzt sind, gerecht verteilen kann. Kann es einen gerechten Markt geben? Wie sieht es mit Tauschgerechtigkeit aus? Angefangen bei den antiken Griechen wie Aristoteles und Platon, über die Utilitaristen wie etwa Stuart Mill bis hin zu Kant, gab es immer bedeutende Philosophen, welche sich mit diesem Thema auseinandersetzten und Theorien

entwickelten. In dieser Diplomarbeit möchte ich der Frage nachgehen, in wie weit sich diese Überlegungen der damaligen großen Philosophen in den Schriften aktueller Philosophen wie etwa Günter Dux, André Gorz, Tim Jackson und Julian Nida-Rümelin wieder finden, und welche Bedeutung ihnen zukommt.

Ich möchte Erkenntnisse und Aspekte dieser Arbeit in meinem zukünftigen Tätigkeitsbereich als Lehrperson miteinbeziehen, da ich es als sehr wichtig erachte, dass den jungen Menschen von heute ein gewisses Werkzeug des moralischen Hinterfragens in die Hand gegeben wird. Ich hoffe, dass ich wenigstens ein paar meiner zukünftigen SchülerInnen erreichen werde und zu mündigen, moralischen Handlungen anregen kann.

Inhalt

Danksagung	2
Vorwort	3
Einleitung.....	7
1. Wirtschaft und Moral – Die alten Meister und ihre Theorien.....	10
1.1 Platon	10
1.1.1 Platon und die Frage nach der Gerechtigkeit	10
1.1.2 Platon entwirft seinen idealen Staat.....	12
1.1.3 Herrschaft der Philosophen und die ideale Verfassung	14
1.1.4 Nomoi und der Staat.....	15
1.2 Aristoteles	17
1.2.1 Das Leben der Menschen in Haushalt und Staat.....	17
1.2.2 Gerechtigkeit in der Polis	18
1.2.3 Sklaven und Frauen.....	18
1.2.4 Wertschöpfung als Hindernis für die Erlangung von Glück	19
1.2.5 Die ideale Polis	20
1.3 Kant.....	21
1.3.1 Wie soll ich handeln?.....	21
1.3.2 Zum ewigen Frieden	22
1.4 John Stuart Mill	33
2. Wirtschaft und Moral – zeitgenössische Philosophen analysieren die aktuellen Probleme der Wirtschaft.....	34
2.1 Günter Dux.....	35
2.2 Tim Jackson	39
2.2.1 Macht Geld glücklich?.....	39
2.2.2 Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt	42
2.2.3 Über Geld und zwischenmenschliche Beziehungen	44
2.2.4 Vorschläge zur praktischen Umsetzung	45

2.3	André Gorz.....	46
3.3.1	Veränderung der Arbeit – verschiedene Ansätze.....	46
3.3.2	Der Sinn der Arbeit.....	50
3.3.3	Das Verlangen nach mehr.....	55
2.4	Julian Nida-Rümelin.....	59
4.	Die Bedeutung der großen, alten Philosophen für die heutige Zeit und ihr Bezug zu modernen Philosophen und Ökonomen.....	61
4.1	Gerechtigkeit.....	61
4.2	Gleichberechtigung – Chancengleichheit.....	63
4.3	Verteilungsgerechtigkeit - Die Kluft zwischen Arm und Reich.....	66
4.4	Wachstum.....	70
4.5	Ein gutes Leben.....	73
4.6	Arbeit.....	74
4.7	Wirtschaftskrisen.....	75
4.8	Aktualität von Kants Friedensschrift – Vergleich der Friedensschrift mit der UN-Charta.....	76
5.	Persönliche Stellungnahme.....	79
	Literaturverzeichnis:.....	84
	Primärliteratur.....	84
	Sekundärliteratur.....	85
	Internetquellen:.....	85
	Abbildungsverzeichnis.....	86
	Zusammenfassung.....	87
	Abstract.....	89
	Lebenslauf.....	91

Einleitung

In einer Zeit wie heute, wo durch Wirtschaftskrisen, Umweltverschmutzung und Ressourcenknappheit die Menschen belastet werden, werden Diskussionen rund um die Moral in der Wirtschaft laut. Unmoralisches Verhalten der Spekulanten hat einen großen Beitrag zur letzten Finanzkrise geleistet. Wäre die Krise zu verhindern gewesen, wenn sich die Verantwortlichen der großen Banken gerecht und tugendhaft verhalten hätten? Die Frage, ob es in der Wirtschaft Moral gibt, hat schon viele Philosophen beschäftigt. Im Laufe der Geschichte entwickelten sich die verschiedenen Theorien und Ansätze zu diesem Thema, die heutzutage noch immer mehr oder weniger von Bedeutung sind und ihren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft leisten. Im ersten Teil der Arbeit werde ich auf die verschiedenen Theorien und Positionen ausgewählter antiker, klassischer und zeitgenössischer Philosophen eingehen. Begriffe wie Gerechtigkeit, Moral, Glück und ein gutes Leben, die prägend für unsere heutige Gesellschaft sind, werden unter die Lupe genommen.

Schon in der Antike spielte für Platon die Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle für das Zusammenleben der Menschen in einer Gemeinschaft. Für ihn stellt die Gerechtigkeit die höchste Tugend dar. Ein Staat funktioniert laut Platon gut, wenn alle das tun, was sie am besten können. „Jeder tue das Seine und mische sich nicht in Dinge, die ihn nichts angehen.“ (Politeia 433a-e)

Das Leitprinzip von Aristoteles ist, im Gegensatz zu Platon, das des Glücks; er spricht von *eudaimonia*. In seiner Hauptschrift zur Politik entwickelt er Ansätze darüber, dass der Mensch von Natur aus ein politisches Lebewesen sei. Er entwickelt in seinem ersten Buch zur Politik die Lehre des *oikos*, die Wirtschaftslehre des Haushalts. Diese Haushaltsökonomie weitet er dann auf den Staat aus. (vgl. Höffe 2001, S. 7 - 10) Aristoteles geht des Weiteren auf die Gefahren von einem übermäßigen Gelderwerb und Wucher ein. (vgl. Höffe 2001, S. 45)

Will man der Moral auf den Grund gehen, darf einer der ganz großen Philosophen natürlich nicht fehlen. Immanuel Kant gibt uns mit dem *kategorischen Imperativ* ein Rezept zu handeln, welches an Gültigkeit im Laufe

der Zeit nichts verloren hat. Gerade Kant hat sehr viele interessante Aspekte in der Ethik beleuchtet. In Punkte Ethik ist das Sittengesetz, Kants Würde und sein Entwurf für einen ewigen Frieden wegweisend.

Einen ganz anderen Ansatz bieten die Utilitaristen. Bei ihnen steht das größte *Glück für die größte Zahl* im Vordergrund. Einer der bekanntesten Vertreter ist Stuart Mill. Lust soll gefördert und Unlust vermieden werden. Mill dehnt den Gedanken des *greatest happiness principle* sogar soweit aus, dass er nicht nur das größte Glück für die gesamte Menschheit bedeutet, sondern für die gesamte fühlende Natur. (vgl. Klopfer 2008, S. 424)

Moderne Philosophen, wie beispielsweise Günther Dux sehen die Problematik darin, dass die Marktgesellschaft der Gegenwart Millionen von Menschen in ihrer Existenz bedroht. Günther Dux stellt sich die Frage, in wie weit solche bedrohten Subjekte in die Gesellschaft integrierbar sind und ob die Gesellschaft an sich bedroht ist. Er beschäftigt sich mit aktuellen Problemen wie der Arbeitslosigkeit, Defizite im Bildungssystem und die Rentenversicherung. Günther Dux untersucht, wie Gerechtigkeit ein Problem der Marktgesellschaft darstellt und ob eine gerechte Gesellschaft möglich ist. (vgl. Dux 2008, 13f) Er betrachtet die Folgen der Marktwirtschaft, wie etwa die Zerstörung der Umwelt. Defizite des Marktes, wie etwa die Unfähigkeit, alle Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen in den Markt zu inkludieren, werden analysiert. (vgl. Dux 2005, 11-23)

Auf die Umweltproblematik in Zusammenhang mit dem immer steigenden Wachstum legt der britische Ökonom Tim Jackson sein Hauptaugenmerk. Er verweist darauf, dass eine Wirtschaft, wie sie heute praktiziert wird, auf Dauer nicht funktionieren kann. Jacksons Hauptanliegen besteht darin, „unser Streben nach einem guten Leben mit den Grenzen eines endlichen Planeten zu versöhnen.“ (Jackson 2012, S. 24)

Der in Wien geborene Philosoph André Gorz befasst sich auch mit den moralischen Problemen unserer Wirtschaft, setzt seinen Schwerpunkt jedoch nicht auf die Umweltproblematik, sondern auf die Problematik der Klassenspaltung und die Bildung einer Dienstbotenklasse. Er befasst sich mit den Folgen des technischen Fortschrittes, der in vielen Bereichen die

Arbeitskraft Mensch durch Maschinen ersetzt. Andererseits haben viele Menschen mehr Zeit durch die Industrialisierung, wodurch ein neuer Dienstleistungssektor geschaffen wird, der sich damit beschäftigt, die zusätzlich geschaffene Zeit zu verbrauchen.

Julian Nida-Rümelin ist der letzte Vertreter der aktuellen Philosophen, der hier erwähnt wird. Julian Nida-Rümelin will in seinem Werk *Die Optimierungsfalle* darauf hinweisen, dass Ökonomie immer in Bezug zum Individuum steht. Dieses Individuum bewegt sich selbst immer innerhalb eines kulturellen und moralischen Kontexts. Seine Hauptthese lautet, dass „der ökonomische Markt [...] nicht moralfrei [ist]“ (Nida-Rümelin 2011, S. 15). Julian Nida-Rümelin geht es in seinem Buch um eine Einbettung der ökonomischen Praxis in eine moralisch denkende, humane Gesellschaft. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 17)

Im zweiten Teil, der eigentlich das Herzstück dieser Arbeit ist, werde ich mich mit den zu findenden Gemeinsamkeiten der antiken, klassischen und modernen Philosophen beschäftigen. Gewisse moralische Aspekte, wie etwa die Gerechtigkeit, ziehen sich wie ein roter Faden durch sämtliche Überlegungen und Theorien, die das menschliche Zusammenleben ausmachen.

1. Wirtschaft und Moral – Die alten Meister und ihre Theorien

1.1 Platon

Platon, (428-349 v. Chr.), einer der wichtigsten Philosophen der Antike, entwickelt in seinem Buch *Der Staat* verschiedene Theorien über die Ökonomie. Platon war wohl der erste Denker, der einen systematischen Zugang zu wirtschaftlichen Phänomenen niederschrieb. Im *ersten Buch*, der *Politeia*, wird die Frage nach der Gerechtigkeit geklärt, da sie ein wesentlicher Grundbaustein eines idealen Staates ist. In weiterer Folge schlägt er eine Staatsidee vor, welche auf der *Idee des Guten* beruht. Wirtschaft sollte dem Gemeinwohl zugutekommen. Es ist die Pflicht der Regierenden, regulierend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Die Grundlage des Staates bilden die Bedürfnisse der Bürger. Da die Menschen aber nicht bloß ihre Grundbedürfnisse stillen wollen, sondern gutes Leben führen wollen, kommt es zu einer Ausdehnung der Bedürfnisse. Um diese erweiterten Bedürfnisse befriedigen zu können, ist eine Expansion der Staatstätigkeiten nötig, welche aber Gefahren mit sich bringt.

1.1.1 Platon und die Frage nach der Gerechtigkeit

Platon entwickelt mit seiner Figur Sokrates, die Gespräche mit Thrasymachos, Polemarchos und Kephalest führt, die Gerechtigkeit.

Kephales, welcher sehr wohlhabend ist, wird gefragt was er unter Gerechtigkeit versteht. Dieser antwortet, dass es gerecht sei, wenn man das zurück gibt, was man von anderen erhalten hat. Sokrates ist mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden und bringt folgendes kritisches Beispiel:

[...] wenn jemand von einem geistig gesunden Freund Waffen in Verwahrung genommen hat und dieser später in Wahnsinn verfällt und sie dann wieder zurückfordert, so wird doch jedermann sagen, man dürfe zu diesem Zeitpunkt dergleichen Dinge nicht zurückgeben, und der, welcher dies tut, könne nicht als gerecht gelten [...] (Platon, Res publica 331c)

Die Klärung nach der Frage der Gerechtigkeit scheint also komplexer zu sein, als von Kephales zunächst angenommen. Es ist also mehr von Nöten um gerecht zu sein, als immer alles zurück zu geben.

Polemarchos schaltet sich in das Gespräch ein und meint, dass man Freunden immer Gutes tun müsse, aber nie etwas Schlechtes. Konsequenterweise würde dies dazu führen, dass man den Feinden Schlechtes schulde. Sokrates erklärt Polemarchos, dass man den Menschen allgemein nicht Schaden zufügen solle, da dies der Gerechtigkeit, welche die Wesensart des Menschen ist, schaden würde. Durch eine Schmälerung der Rechte erleidet der Mensch einen Schaden. Demzufolge darf der Gerechte seinem Feind keinen Schaden zufügen, da er sonst ungerecht wäre. „Denn unter keinen Umständen ist es gerecht, irgendeinem zu schaden.“ (Platon, Res publica, 335e)

An dieser Stelle kommt die Figur des Thrasymachos an die Reihe. Er definiert Gerechtigkeit als den Vorteil des Stärkeren. Thrasymachos nimmt eine starke Gegenposition zu Sokrates ein. Thrasymachos ist der Meinung, dass sich Gerechtigkeit nicht auszahle. Gerechtigkeit ist laut ihm eine lebensfeindliche und lebensfremde Grundeinstellung. (vgl. Platon, Res publica, 338c-e)

Auch bei der Frage nach dem Glück sind die beiden unterschiedlicher Meinung. Sokrates meint, dass sich Gerechtigkeit und Glück proportional verhalten. Thrasymachos behauptet das Gegenteil. Sokrates kommt zu dem vorläufig nicht ganz zufriedenstellenden Schluss, dass die menschliche Seele ihre spezifische Aufgabe in der Tüchtigkeit habe. Diese Tüchtigkeit bestehe darin, dass sie gerecht ist. „Die gerechte Seele also und der gerechte Mann wird ein gutes Leben führen, der ungerechte aber ein schlechtes.“ (Platon, Res publica 353e) Wer also Gerechtes tut, wird auch glücklicher sein als derjenige, der etwas Schlechtes tut.

Um mit der Frage weiter zu kommen, was Gerechtigkeit ist, muss zuerst geklärt werden, was das Gute ist. Glaukon übernimmt das Gespräch und argumentiert, dass Unrecht erleiden mehr wiegt als Unrecht tun, daher ist es sinnvoll durch Verträge beides zu unterbinden. Glaukon argumentiert:

Dies sei denn der Ursprung und das Wesen der Gerechtigkeit. Sie sei ein Mittleres zwischen dem Besten, nämlich dem straflosen Unrecht tun, und dem Schlimmsten, nämlich der Unfähigkeit sich zu rächen, wenn man Unrecht leide. (Platon, Res publica 359a)

In einem Gedankenexperiment versucht Glaukon zu erläutern, dass der Gerechte und der Ungerechte gleich handeln, wenn sie beide Angst vor Strafe

haben. „Denn jeder, der sich stark genug fühlt zum Unrecht tun, der tut es auch, wo sich Gelegenheit bietet.“ (Platon, Res publica 360c,d) Er stellt die Parabel vom Ring von Gyges auf. Gyges findet einen verzauberten Ring, mit dem er unsichtbar werden kann. Mit Hilfe dieses Ringes schafft er es, zum König zu werden, indem er die Königin zu seiner Geliebten macht und dann den König tötet. Gäbe man dem Gerechten und den Ungerechten jeweils so einen Ring, würden in dem Gedankenexperiment zu Thrasymachos beide gleich handeln, da sie keine Strafe fürchten. Dies stellt für Glaukon den Beweis dar, dass nur unter sozialem Zwang das Gerechte getan wird, weil das Gerechte kein eigentliches seelisches Gut sei. Wer die Möglichkeit hat, ungestraft Unrecht zu tun, würde dies auch tun, da es nützlicher ist als Gerechtigkeit (vgl. Klopfer 2008, 42).

1.1.2 Platon entwirft seinen idealen Staat

Sokrates versucht, mit einer philosophischen Untersuchung zu einer Entscheidung zu kommen. Er macht den Vorschlag, dass wenn man einen Text mit kleinen, kaum lesbaren Buchstaben und einen mit großen Buchstaben hat, zunächst den mit den gut lesbaren, großen Buchstaben zu nehmen. Sokrates macht eine Analogie zur Gerechtigkeit. Diese gibt es im kleinen Einzelnen und in groß beim Staat. Platon beschäftigt sich im Folgenden mit der Entstehung des Staates. Seiner Meinung nach ist die Entstehung des Staates „darauf zurückzuführen, dass keiner von uns sich selbst genug ist, sondern vieler Helfer bedarf“ (Platon, Res publica 369b). Die menschlichen Bedürfnisse sind leichter in der Gemeinschaft zu decken. Da die verschiedenen Personen unterschiedlich in ihren Begabungen sind, ist es von Vorteil, wenn jeder Mensch die Tätigkeit ausführt, die er am besten kann. (vgl. Platon, Res publica 369b).

Jeder soll als Teil eines Ganzen seinen Teil zum Gelingen eines Staates beitragen. Jeder soll die Arbeit im Staat verrichten, die er gut kann, denn niemand kann alles gleich gut. Die Arbeit soll von Experten erledigt werden und somit nur von qualifizierten Personen gemacht werden. Nachwuchs wird in diesem funktionierenden Staat nur so viel gezeugt, als der Staat tragen kann. Platon beschreibt die verschiedenen Berufsgruppen, die innerhalb seines Staates zu finden sind. Angefangen bei der Landwirtschaft und bei Handwerkern, wie der Schuster bis hin zum Baumeister. Im Staat wird

getauscht und gehandelt, was den Stand der Kaufleute mit sich bringt. Um einen Tausch innerhalb des Marktes zu ermöglichen, wird eine gültige Münze benötigt. (vgl. Platon, Res publica 371b)

Die Deckung der Grundbedürfnisse ist für die Leute nicht ausreichend. Ein gutes Leben erfordert einen *üppigen Staat* (Platon, Res publica 372e). Der gesunde kleine Staat, der nur die Grundbedürfnisse stillt, muss durch die zusätzlichen Forderungen nach etwa Malerei, einer großen Auswahl an Backwaren, Schmuck und Kunst erweitert werden. Diese Expansion erfordert, dass wir „das Gebiet der Nachbarn beschneiden, wenn wir genügend Land haben wollen zu Viehweide und Ackerland“ (Platon, Res publica 373e). Hier liegt auch der Ursprung für kriegerische Handlungen. Dies hat zur Folge, dass wir ein Heer brauchen, das bei Platon aus Wächtern besteht. Diese Wächter müssen bestimmte Voraussetzungen von Natur aus erfüllen, sie sollen „philosophisch, mutig, behend und stark“ (Platon, Res publica 376c) sein. Diese Eigenschaften alleine reichen jedoch für einen guten Wächter nicht aus. Es ist notwendig, ihn durch musische Kunst und Gymnastik zu bilden. Platon entwirft hierfür ein detailliertes Trainings und Bildungsprogramm um die jungen Menschen zu Mut und Weisheit zu erziehen. Aus diesen Wächtern sollen nun die Regenten für den Staat ausgewählt werden.

Man muß also aus der Zahl der Wächter solche Männer auswählen, von denen wir bei näherem Zusehen am meisten den Eindruck erhalten, daß sie ihr ganzes Leben lang dasjenige, was ihnen nützlich für den Staat erscheint, mit vollstem Eifer durchführen wollen [...] (Platon, Res publica 412e).

Diejenigen, die zu Gebietern bestimmt werden, müssen sich durch ein fleckenloses Handeln während des ganzen Lebens auszeichnen. Platon bezeichnet diese erlesene Gruppe als *vollkommene Wächter*. Die *jüngeren Wächter* werden auch als Gehilfen dieser *vollkommenen Wächter* bezeichnet. (vgl. Platon, Res publica 414b) Die Wächter sollen für ihre Arbeit keinen Lohn bekommen und keinen Besitz haben. Alles Notwendige, das sie zum Leben brauchen, erhalten sie von den Bürgern des Staates. (vgl. Platon, Res publica 416e)

Es kommt zu einer Bildung von drei Ständen. Die oberste Schicht besteht aus den Herrschenden, sie werden als *vollkommene Wächter* bezeichnet. Der

zweite Stand besteht aus Gehilfen und einfachen Kriegern. Der dritte Stand setzt sich aus den Bauern und Handwerkern zusammen, sie sind für die Versorgung aller Menschen zuständig. Die verschiedenen Stände haben jeweils ihre spezifischen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. „[...] der Staat schien doch dann gerecht zu sein, wenn die drei Klassen verschiedener Naturen, die sich in ihm finden, eine jede das Ihre tut [...]“ (Platon, Res publica 435b). Die verschiedenen Stände im Staat haben verschiedene Arten von Glück, die sie erlangen können. Ein jeder sollte den Anteil bekommen, der seiner Natur entspricht.

Im *Buch V* geht Platon auf die Gleichberechtigung der Frauen ein. Sind Frauen und Männer in der Fähigkeit unterschiedlich begabt, verschiedene Aufgaben zu erfüllen, so soll jeder das Seine tun. Begrenzt sich der Unterschied aber nur auf die biologische Tatsache, dass Frauen Kinder zur Welt bringen und Männer nicht, so ist dies kein ausreichender Grund, einen Unterschied zwischen Mann und Frau zu machen. Es gibt daher keine Tätigkeiten in der Verwaltung eines Staates, die eine Frau nicht ausführen kann. (vgl. Platon, Res publica 454, 455)

1.1.3 Herrschaft der Philosophen und die ideale Verfassung

Platon versucht zu analysieren, warum zu seinen Lebzeiten viele Staaten nicht seinem Ideal entsprechen. Er ist der Meinung, dass mit möglichst wenigen Veränderungen im Staat eine Verbesserung erlangt werden soll. Als einen Hauptansatz, den es einzuführen gilt, nennt er Philosophen-Könige. Diese Philosophen-Könige zeichnen sich durch verschiedene Qualitäten aus. Sie müssen „mit ganzem Herzen an einer geistigen Tätigkeit hängen, die ihnen etwas von jenem Sein offenbart, das immerdar ist und unberührt bleibt von jedem Wandel durch Entstehen oder Vergehen“ (Platon, Res publica 485b). Sie dürfen nichts Falsches in sich haben und dürfen sich „keinerlei Unwahrheit zuschulden kommen lassen, sondern die Unwahrheit hassen, die Wahrheit dagegen lieben“ (Platon, Res publica 485c). Der richtige Philosoph muss, von Natur aus und schon seit seiner Jugend, nach der Wahrheit streben und über dies hinaus gerecht, besonnen und tapfer sein und über ein breites Spektrum an Bildung verfügen.

Platon befasst sich nun mit den verschiedenen Verfassungen, welche er für mehr oder weniger geeignet für einen Staat hält. Die Aristokratie ist für ihn die

Beste. Er bezeichnet sie als gut und gerecht. (vgl. Platon, Res publica 544e) Als weniger geeignet befindet er Verfassungen wie Oligarchie, Demokratie und Tyrannis.

Denn die, die ich meine, sind keine anderen als die allgemein ihren Namen nach bekannten, nämlich die von den meisten gepriesene Kreitsche nebst der Lakonischen; die zweite der Reihe wie auch der Wertschätzung nach ist die sogenannte Oligarchie, eine Verfassung, die an vielen Übeln krankt, sodann folgt die ihr scharf entgegenstehende und dabei doch aus ihr sich unmittelbar entwickelnde Demokratie und endlich die edle Tyrannis, die über alle die genannten hervortritt, die vierte und letzte Krankheit des Staates. (Platon, Res publica 544c)

Die genannten Verfassungsformen eignen sich nicht für einen idealen Staat, da die Regierenden oft nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und Reichtum anhäufen wollen. Gerade der Tyrann ist besonders auf seinen eigenen Nutzen bedacht. Er ist sogar bereit Kriege zu führen, damit er ein Anführer im Staat sein kann. Die Bevölkerung wird durch hohe Steuern ausgebeutet. Die Demokratie als absolutes Gegenteil erscheint auf den ersten Blick als tauglich. Bei dieser Verfassung steht jedoch nur die Freiheit im Vordergrund, so „dass die unersättliche Gier nach diesem Gut und die Vernachlässigung alles anderen“ (Platon, Res publica 562c) dazu führt, dass der Wunsch nach einer anderen Verfassung laut wird.

1.1.4 Nomoi und der Staat

Zwischen dem Einzelmann und dem Staat besteht ein Zusammenhang. Die Verfassung, beziehungsweise das Seelenleben des Einzelnen spiegelt sich auch ähnlich im Staat wieder. Ein idealer und guter Staat kann daher nur zustande kommen, wenn die Bürger auch tugendhaft leben. Daher ist es wichtig, dass das Bürgertum gebildet und erzogen wird, um die gewünschten Qualitäten wie Einsicht, Vernunft, Tugend und Besonnenheit zu erlangen. Es gilt, ein Gleichgewicht zwischen einem Mangel, und einer damit verbundenen Knechtschaft, und einer Maßlosigkeit aus einem Übermaß an Vermögen und Besitz zu finden. Die Basis für das Leben im Staat ist das Land. Der Grund und Boden wird den EinwohnerInnen zugeteilt, bleibt aber Eigentum des Staates. Um die Landverteilung konstant halten zu können, wird eine maßvolle Geburtenpolitik betrieben. Eine maßlose Anhäufung von Gütern ist nicht erlaubt, da sie sich mit der Qualität der Tugend nicht vereinbaren lässt. Die

Gesetzgebung im Staat soll so gestaltet sein, dass die BürgerInnen möglichst glücklich und in Freundschaft miteinander leben können. Um die Ansammlung von Reichtümern zu verhindern, ist der Besitz von Gold und Silber untersagt. Ein „bedeutender Gelderwerb durch Handwerkerarbeit und Wucher“ (Nomoi V, 743c) ist ebenfalls verboten. Schon hier finden sich erste Ansätze der Wirtschaftsethik, die vor den Gefahren von übermäßigem Gelderwerb warnen. Eigentum darf nur bis zu einem bestimmten Grad erwirtschaftet werden, es gibt klare Obergrenzen. Kreditgeschäfte sind untersagt. In Platons idealem Staat steht nicht das Wohl des Einzelnen im Vordergrund, sondern das Gemeinwohl. Das Gesetz ist so verfasst, dass das Eigentum dem Gemeinwohl zugutekommen soll.

Ich erkläre als Gesetzgeber, daß weder ihr euch selbst gehört noch diese eure Habe, sondern eurem ganzen Geschlecht, sowohl dem vergangenen als auch dem künftigen, und daß in noch höherem Maße das ganze Geschlecht und seine ganze Habe dem Staat gehört [...] (Nomoi XI, 923a,b).

Das Ziel in Platons Staat ist ein gutes Leben in der Gemeinschaft, wo die Menschen in Frieden, Freiheit und Einklang zusammen leben. (vgl. Hoffmann 2009, 42-45)

1.2 Aristoteles

1.2.1 Das Leben der Menschen in Haushalt und Staat

Bei Aristoteles ist der Mensch von Natur aus ein politisches Wesen. Erst mit Hilfe der Polis kann er sich vollständig entwickeln. Tugenden, wie etwa die Klugheit, werden erst in der Polis eingeübt und praktiziert (vgl. Höffe 2001, S. 21).

Zunächst stellt Aristoteles Überlegungen über den Zusammenhang zwischen Haushalt und Staatswirtschaft an. „Die Hauswirtschaft [geht] in ihrer Entwicklung der Staatswirtschaft voran [...] denn das Haus ist ein Teil der Stadt“ (Aristoteles, Hauswirtschaft I, 1343a10). Der Hausherr soll gut mit dem Geld umgehen können. Seine Knechte sollen richtig behandelt werden. Nahrung, Kleidung und Feierstunden auf der einen Seite, und Arbeit, Tüchtigkeit und Züchtigung auf der anderen Seite, sollen im richtigen Verhältnis stehen. Um einen guten Haushalt zu führen, ist es wichtig, dass die Ausgaben die Einnahmen nie übersteigen dürfen. (vgl. A.o.O. II, 7-17)

Die Staatskunst stellt die höchste Kunst dar. In ihr wird festgesetzt, in wie weit sich die Bürger mit den Formen des praktischen Könnens auseinander setzen können. Sie bedient sich der anderen Künste und kann gesetzlich festlegen, was zu tun und zu lassen ist. Da sie nun die anderen Künste umfasst und deren Endziel festlegt, ist die Staatskunst das oberste Gut für die Menschen. (vgl. EN 1094a 21 – b 13)

Das Leben im Staat ist ein ehrbares Leben. Die Tüchtigkeit nimmt einen hohen Stellenwert ein, ist aber kein Garant für ein glückliches Leben. Geld sollte dabei jedoch nicht das oberste Ziel sein.

Das Leben des Geldmenschen hat etwas Forciertes an sich, und der Reichtum ist gewiss nicht das gesuchte oberste Gut. Er ist nur ein Nutzwert: Mittel für andere Zwecke. Daher kann man eher die vorher genannten Dinge (Lust und Ehre) als Endziele auffassen, denn sie werden um ihrer selbst willen geschätzt. (Aristoteles, EN I 1095b19-1096a9)

Als oberstes Gut kommt also Geld nicht in Frage, aber auch Tugenden wie Tüchtigkeit und Ehrbarkeit scheiden als Zweck an sich aus. Aristoteles schlägt als höchstes Gut das Glück vor: „Denn das Glück erwählen wir uns stets um

seiner selbst willen und niemals zu einem darüber hinausliegenden Zweck.“ (Aristoteles, EN I 1097a24-b12) Dieses Glück können die Menschen aber nur in Gemeinschaft mit der Familie und anderen Individuen finden.

1.2.2 Gerechtigkeit in der Polis

Auch die Gerechtigkeit spielt in der Polis eine wesentliche Rolle. Ohne Gerechtigkeit wäre der Wohlstand in der Polis gefährdet, da nur beim gerechten Bürger die Gerechtigkeit eine freie Zustimmung findet. Ist der Bürger gerecht, so müssen die Gesetze nicht mit Zwang durchgesetzt werden. (vgl. Höffe 2001, S. 29)

Aristoteles räumt aber ein, dass es in einer Polis unmöglich nur vollkommene Menschen geben kann. Die Polis ist nicht allein für das gute Leben verantwortlich. Vielmehr stellt es einen Rahmen dar, in dem das wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenleben geregelt ist. Das Leben innerhalb dieses Rahmens muss jeder Bürger jedoch selbst bestimmen. Daher ist der Bürger selbst verantwortlich dafür, ein gutes Leben zu führen. Da der Mensch eine politische Natur besitzt, kann er nur in der Gemeinschaft sein Glück finden. Der Begriff des Politischen beginnt bei Aristoteles schon im Kleinen bei der Wirtschaftsgemeinschaft Haushalt. Er dehnt den Begriff in weiterer Folge von Verwandtschaftsbeziehungen über Kult- und Kulturbeziehungen bis hin zum Gemeinwesen aus. Im Gemeinwesen ist die Politik am stärksten durch die Gemeinschaft von Recht und Gerechtigkeit (vgl. Höffe 2001, S. 30).

1.2.3 Sklaven und Frauen

Menschen leben in diesen verschiedenen Gemeinschaften zusammen, um die Triebe Fortpflanzung und Selbsterhaltung zu befriedigen. Diesen verschiedenen Trieben stehen verschiedenen Verhältnisse des Zusammenlebens gegenüber. Aristoteles unterscheidet zwischen dem Verhältnis zwischen Herr und Sklave, Ehefrau und Ehemann und Vater und Sohn. (vgl. Höffe 2001, S. 39)

Im vierten Kapitel der Politik thematisiert Aristoteles die Sklaverei. Der Sklave wird zunächst als beseeltes Werkzeug bezeichnet. Im weiteren Verlauf stellt sich aber heraus, dass das Verhältnis zwischen Herrschenden und Sklaven ein ziemlich enges ist. Es wird so erklärt, als sei der Sklave ein beseelter und für

sich eigenständiger Körperteil seines Herrn. Vergleicht man dieses Verhältnis mit dem eines Arbeitgebers und Arbeitnehmers, so ist das des Herrn und seinen Sklaven viel enger. (vgl. Höffe 2001, S. 40 f)

1.2.4 Wertschöpfung als Hindernis für die Erlangung von Glück

Im achten Kapitel der *Politik* setzt sich Aristoteles mit einer möglichen Entartung der Polis auseinander. Eine Gefahr liegt im Tausch der Güter und zwar, wenn über die Ziele, weswegen eigentlich produziert und getauscht wird keine Rechenschaft abgelegt wird, und die Logik des Profits Oberhand gewinnt. Wäre dies der Fall, so wäre dies das Ende für eine politische Tugend. Damit dies nicht passiert, schließt Aristoteles die Handwerker vom Bürgertum aus, da diese mit ihrer Produktion Profit erzielen. Auf der einen Seite kommt dieser Profit zwar der ganzen Polis zugute, auf der anderen Seite darf die Werteordnung der Polis durch diesen Profit aber nicht gefährdet werden. Einer körperlichen Arbeit soll der Bürger nicht nachgehen, da diese die Empfänglichkeit für die Tugenden und die Philosophie vermindert. (vgl. Höffe 2001, S. 41 – 43)

Im neunten Kapitel beschreibt Aristoteles wie sich die *oikonomia* als pervertiert erweist und ihren natürlichen Charakter verlieren kann. Die Erwerbskunst kann widernatürlich werden und des Menschen eigentliches Ziel - die Erlangung von Glück - verhindern. Das Problem ist der Überfluss. Das eigentliche Ziel der Erwerbskunst liegt darin, die Bedürfnisse zu stillen. Die entartete Erwerbskunst macht das Mittel zum Zweck, indem es nur mehr um die Anhäufung von Reichtum geht. (vgl. Höffe 2001, S. 45)

Aristoteles unterscheidet zwischen Tausch- und Gebrauchswert. Tauschhandel an sich ist nicht wider die Natur, wenn Güter gleichen Wertes gegeneinander getauscht werden. Auch die Einführung des Geldes ist nicht gegen die Natur, da sie nur den Tausch an sich erleichtert. Wird das Geld jedoch zum Zwecke der Wertschöpfung eingesetzt, so wird es gewerblich und stellt eine Gefahr für das glückliche Leben dar. Aristoteles erkannte hier schon ganz klar den Unterschied zwischen einer Wertschöpfung aufgrund von produktiver Arbeit und einer künstlichen Wertsteigerung, welche nur durch Tausch zustande kommt. Um diese unglückselige Entwicklung aufzuhalten, ist es nötig, sich dem bloßen Leben abzuwenden und sich dem glücklichen Leben zuzuwenden. Dies ist der

Fall, wenn man nicht das Ziel hat, viel Geld zu verdienen, sondern die Mittel dazu einsetzt, ein glückliches Leben zu führen. (vgl. Höffe 2001, S. 26 f)

1.2.5 Die ideale Polis

Aristoteles entwirft in seinem VII. und VIII. Buch zur Politik die uneingeschränkt beste Polisordnung. Dort übernimmt er die Rolle eines Staatsgründers und entwirft eine Polis. Der Bürger, der in der idealen Polis lebt, ist der Hausvorstand einer Familie.¹ Er besitzt genügend Land, damit er sich und seine Familie gut versorgen kann. Er hat Sklaven gemäß den Regeln einer angemessenen Haushaltsführung. Da er genügend Ackerland hat, kann er sogar am Markt noch Produkte tauschen und Geld verdienen. Mit diesem Geld kann er seinen Haushalt führen ohne selbst körperlich arbeiten zu müssen und kann sich daher ganz der Muße widmen. Sein Glück findet der Bürger neben seinen politischen Tätigkeiten in der Philosophie und in der Musik. Der Bürger soll eine perfekte ethische Haltung haben und seine Intelligenz ideal nutzen. Hierfür bedarf es einer angemessenen Erziehung, welche durch das Gesetz geregelt ist. Durch Gymnastik und Musik wird schon im Kindesalter der Charakter gestärkt. (vgl. Höffe 2001, S. 171 f)

Der ideale Bürger sollte gerecht sein. Er sollte so handeln, dass er sich keinen eigenen Vorteil auf Kosten eines anderen herausschlägt. Er soll Gleichheit wahren und mit Rücksicht auf mögliche Dritte handeln. (vgl. Höffe 2001, S. 183)

Damit die Polis autark funktionieren kann, bedarf es einer gewissen Mindestgröße. Zu groß darf der Staat jedoch auch nicht sein, damit er nicht unüberschaubar wird. Weiters sind genügend Sklaven nötig, damit die Bürger nicht körperlich arbeiten müssen. Um keine Spannungen zwischen Arm und Reich zu erhalten, teilt Aristoteles den Landbesitz in einen Privatbesitz und einen Gemeinbesitz ein. Gemeinsame Kosten werden dann durch den Gemeinbesitz abgedeckt. Es soll kein Herrschaftsanspruch der Reichen entstehen.² (vgl. Höffe 2001, S. 179 f)

¹ Bei Aristoteles haben Frauen eine untergeordnete Rolle. Daher wird hier vom Bürger gesprochen.

² Herrschaftsanspruch deswegen, da die Ärmere dann finanziell von den Reichen abhängig wären, wodurch die Reichen ein gewisses Machtpotential hätten.

1.3 Kant

1.3.1 Wie soll ich handeln?

Kant geht von der grundsätzlichen Frage nach dem höchsten Gut aus, welches bei Kant durch den guten Willen bestimmt ist. Aus diesem guten Willen wiederum entwickelt er den Begriff der Pflicht. Beim Pflichtbegriff unterscheidet Kant einerseits zwischen einer Handlung aus Pflicht und einer pflichtgemäßen Handlung und andererseits zwischen einer direkten und einer indirekten Pflicht. Die *wertvollere Handlung* ist die *Handlung aus Pflicht*. Denn diese Handlung vollzieht man gegen seine eigenen Neigungen. Will man seinem Leben beispielsweise ein Ende setzen, weil man die Lust am Leben verloren hat und aus Pflicht handelt, also aus Achtung vor dem Gesetz handelt und keinen Selbstmord begeht, so handelt es sich um eine Maxime mit einem moralischen Gehalt. Diesem Beispiel zu Folge soll ich eigentlich gegen meine Neigungen und somit auch gegen meinen Willen handeln. Wenn eine Handlung getätigt wird, die mit dem Gesetz konform ist, mir persönlich aber Lob und Ehre bringt, handle ich pflichtgemäß (vgl. Klopfer 2008, S. 302 – 304). Um nun auf eine Lösung nach dem richtigen Verhalten zu kommen, schlägt Kant den kategorischen Imperativ vor, der besagt dass ich nicht anders verfahren soll, als „daß ich auch wollen könne, meine Maxime solle ein allgemeines Gesetz werden“(GMS401).

Es gibt zwar Naturgesetze, welche gegeben sind und nach denen wir handeln müssen, wie etwa die Tatsache, dass der Mensch Nahrung aufnehmen muss. Wie das jedoch geschieht, obliegt dem Menschen selbst. Hier kommen der Wille und das Gesetz ins Spiel. Ziel einer ethischen Betrachtungsweise ist die Erkenntnis des ethisch Richtigen, des Guten und des Seinsollens. Die Vernunft als praktische Wissenschaft gibt sich ihre Gesetze selbst. Naturgesetze wie etwa die Nahrungsaufnahme sind notwendig und gut. Die Gesetze der Menschen können im Gegensatz zu den Naturgesetzen gut oder schlecht sein. Bei Kant stoßen wir mit dem Sittengesetz in weiterer Folge auf die Frage nach den Zwecken. Nur der Zweck, der der Würde des Menschen dienlich ist, wird als wertvoll angesehen. Die Würde ist sehr wichtig bei Kant, daher ist auch die Achtung der Würde das inhaltliche Prinzip des Sittengesetzes. Der Mensch ist dazu angehalten aus Pflicht zu handeln und zwar nicht um seines eigenen

Vorteils willen, sondern aus Achtung vor sich selbst. Dies wieder in Bezug auf die Würde, welche bei Kant unantastbar ist. Von seinen Trieben darf man sich nicht leiten lassen, denn nur das was aus Pflicht geschieht ist sittlich. (vgl. Hammesfahr 1930, S. 9 – 11)

Die empirischen Triebfedern der menschlichen Natur sind deshalb an sich indifferent; aber sie werden böse, sobald sie sich gegen die Forderung des Sittengesetzes ausdehnen, und das moralische Leben des Menschen besteht darin, das Gebot der Pflicht im Kampfe gegen die Neigungen zu verwirklichen. (Hammesfahr 1930, S. 11)

Für Kant ist die Selbstbestimmung des vernünftigen Willens Bedingung für die Sittlichkeit. Der Wille erhebt den Menschen über die Natur. (vgl. Hammesfahr 1930, S. 11 f) Handelt man nun nach dem kategorischen Imperativ, so handelt man gemäß der reinen praktischen Vernunft und demnach ethisch richtig. Der *homo oeconomicus*, der rein egoistisch denkt, könnte nach dem *kategorischen Imperativ* nicht existieren, da dies laut Kant kein vernünftiges Handeln wäre.³ Mit dem *kategorischen Imperativ* gibt uns Kant eine einfache und klare Definition, beziehungsweise Handlungsanweisung, nach der wir ethisch richtig handeln können. Mit dem *kategorischen Imperativ* haben wir ein Instrument in die Hand bekommen, welches im Laufe der Zeit nichts an Gültigkeit verloren hat. In vielen Kulturen finden sich Teile dessen immer wieder. Es gibt uns die Möglichkeit, reine Erkenntnisse in den verschiedenen Wissenschaften, wie etwa Rechtswissenschaft und Nationalökonomie zu erstellen. (vgl. Hammesfahr 1930, S. 13 f)

1.3.2 Zum ewigen Frieden

Da das ständige Wachstum, beziehungsweise die Expansion von Staaten die Gefahr von Krieg in sich trägt, wird hier etwas näher auf die Friedensschrift von Kant eingegangen. Immanuel Kant schreibt in seiner Schrift: *Zum ewigen Frieden* (EWF) über die Voraussetzungen für einen permanenten Frieden. Diese Schrift ist in Form eines Friedensvertrages geschrieben und ist in verschiedene Teile wie Hauptteil, Zusatz und Anhang unterteilt. Im ersten Abschnitt, den Präliminarartikeln, behandelt Kant die Bedingungen, welche für die Beendigung des Kriegszustandes Voraussetzung sind. Typische Ursachen, welche einen Krieg verursachen, sollen hier ausgeschaltet werden.

³ kein Vernünftiges Handeln, da man laut dem kategorischen Imperativ nur so handeln soll, wie man auch wollen kann, dass jeder handelt.

Es handelt sich um die Vorbereitung einer vertraglichen Vereinbarung für ein dauerhaftes Völkerrecht. Da es sich aber nur um ein Zwischenstadium zwischen Natur- und Rechtszustand handelt, kann man von einem *Völkerrecht des Übergangs* sprechen.

Im zweiten Teil sind drei Definitivartikeln zu finden. Dort werden die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden beschrieben. Es soll zu einem permanenten Rechtszustand zwischen den Völkern bzw. den Menschen kommen. In diesen drei Definitivartikeln werden drei verschiedene Dimensionen beschrieben; die staatsrechtliche, völkerrechtliche und weltbürgerliche Dimension. Von zentraler Bedeutung ist hier neben der Republikanisierung der Einzelstaaten das öffentliche Völkerrecht eines Völkerbundes. Im dritten Abschnitt werden verschiedene Zusatzklauseln angeführt, welche die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen ewigen Frieden darlegen.

Im letzten Part seiner Friedensschrift gibt Kant im Anhang Informationen über einen vermeintlichen Widerspruch zwischen Moral und Politik, und die Bedeutung der Philosophen.

Das Hauptproblem, welches es zu überwinden gilt, ist der Naturzustand. So wie bereits Thomas Hobbes in seinem Leviathan davon überzeugt ist, dass die Menschen den Naturzustand mit Hilfe eines Gesellschaftsvertrages überwinden müssen, ist auch Kant der Meinung, dass es notwendig sei, den Naturzustand zu verlassen. In der zwei Jahre später erschienenen *Rechtslehre* geht Kant näher auf die Überwindung des Naturzustandes in Zusammenhang mit der Friedensproblematik ein.

1.3.2.1 Rechtslehre

In seiner *Rechtslehre* stellt sich Kant dem Problem der Überwindung des Naturzustandes. Die Rechtslehre wurde zwar zwei Jahre später als *Zum ewigen Frieden* geschrieben, ist aber für dessen Verständnis wichtig.

Kant unterscheidet zwischen dem angeborenen Recht auf Freiheit und einem Recht, welches erst im Laufe der Zeit erworben wird, wie etwa das Privatrecht. Im Naturzustand sind die Ansprüche auf etwa Eigentum nur provisorisch. Eine

einseitige Aneignung, wie sie im Naturzustand der Fall ist, ist daher nicht von Dauer.

Um diesen provisorischen Zustand in ein gesichertes Recht umzuwandeln, hat die Person die Pflicht, den Naturzustand zu verlassen und in einen rechtlichen Zustand einzutreten. Für eine rechtliche Garantie ist es nötig, dass das Recht gesetzlich festgelegt, gerichtlich bestimmt und politisch garantiert wird.

Im späteren Verlauf seiner Rechtsschrift geht Kant nochmals auf den Naturzustand ein und stellt einen Bezug zum Völkerrecht her. Dort geht es nicht mehr um das Eigentum von etwa einzelnen Personen, sondern um den Staat und dessen Beziehung zu anderen Staaten. Durch die Gründung von Staaten werden zwar einerseits die Freiheit und die Sicherheit des Eigentums innerhalb des Staates gewährleistet, andererseits ergeben sich jedoch neue Schwierigkeiten im Bereich der staatlichen Außenbeziehungen.

Kant nennt drei Ebenen, welche innerhalb des öffentlichen Rechts verwirklicht werden; das Staatsrecht, das Völkerrecht und das Weltbürgerrecht. Das Staatsrecht ist verantwortlich für die Verhältnisse innerhalb des Staates. Im Völkerrecht werden die Verhältnisse der Staaten untereinander geregelt. Im Weltbürgerrecht wird das Verhältnis zwischen den Menschen und dem Staat geregelt. Für einen Frieden ist es nun nötig, dass in allen drei Ebenen der Naturzustand überwunden wird. Kant spricht in diesem Zusammenhang von einer *rechtlichen Verfassung*. Dies gilt für den Frieden zwischen Individuen genauso, wie für den Frieden zwischen Staaten. (vgl. EWF S. 130 – 133)

1.3.2.2 Die Präliminarartikel

In den Präliminarartikeln geht Kant auf die charakteristischen zeitgenössischen Kriegsursachen, durch welche es zwischen den Staaten immer wieder zu Kriegen kommt, ein. Die Präliminarartikel, von denen es sechs an der Zahl gibt, sind in Form von Verboten formuliert und basieren auf historischen Ereignissen, wie etwa dem Baseler Frieden.

Die Präliminarartikel sind so verfasst, dass sie Kriegsursachen eliminieren und das zukünftige Verhalten in Richtung eines Friedensvölkerrechts leiten. Die Präliminarartikel sollen unlautere Friedensschlüsse verhindern, die immer

wieder Gründe für neue Auseinandersetzungen liefern und nicht ernsthaft für einen dauerhaften Frieden stehen. Sie umfassen sechs Verbote:

1. Ein Verbot gegen geheime Kriegsvorbehalte
2. Ein Verbot gegen den privatrechtlichen Erwerb, die Schenkung oder eine Erbung von Staaten
3. Die Untersagung stehender Heere
4. Ein Verbot der Staatsverschuldung für militärische Zwecke
5. Die Untersagung der gewaltsamen Einmischung in andere Staaten
6. Ein Verbot gegen alle ehrlosen Handlungen im Krieg

1.3.2.2.1 Der erste Präliminarartikel

Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden. (Kant: EWF, S. 12)

Im ersten Präliminarartikel verbietet Kant Friedensschlüsse, welche nicht ernst gemeint sind, da sie einen geheimen Vorbehalt zu einem künftigen Krieg in sich tragen. Solche nur temporären Friedensschlüsse sind nicht als Frieden zu sehen, sondern nur als Waffenstillstände. Jeder wirkliche Friede setzt für Kant den Verzicht auf alle möglichen zukünftigen Kriegsgründe voraus. Ein Friedensabschluss, der dem Unterlegenen unverhältnismäßig politische, kulturelle oder wirtschaftliche Lasten auferlegt, trägt daher den Keim des nächsten Krieges bereits in sich. Dies gilt für Reparationszahlungen genauso, wie für Veränderungen einer gelebten Freiheitsordnung, die von außen erzwungen werden. Der einzig sittlich erlaubte Krieg ist für Kant somit der Verteidigungskrieg. Alle Vorbehalte, die als Legitimation zukünftiger Kriege herangezogen werden könnten, werden verworfen mit Ausnahme der eigenen Existenz- und Unabhängigkeitserhaltung. Dieser vorbehaltlose Wille zum Frieden wird auch dann verletzt, wenn Krieg der Verbreitung von Demokratie oder Menschenrechten dienen soll.

1.3.2.2.2 Der zweite Präliminarartikel

Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleichviel) von einem andern Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung, erworben werden können. (Kant: EWF, S. 13)

In diesem Artikel wird deutlich, was Kant unter dem Staatsbegriff versteht. Für ihn ist ein Staat keine Sache, sondern die Summe bzw. die Gesellschaft von Menschen, die sich selbst regiert und sich selbst ihre Gesetze gibt. Da es sich um keine Sache, wie etwa den Boden auf dem die Gesellschaft lebt handelt, darf kein anderer Staat die Existenz dieser moralischen Person aufheben und sich diese in einem Staat lebenden Personen einverleiben. Die Bürger eines Staates dürfen nicht als Sache gehandhabt werden und somit auch nicht in Form von Soldaten an andere Staaten übergeben werden, die einen nicht gemeinschaftlichen Feind bekämpfen.

1.3.2.2.3 Der dritte Präliminarartikel

Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.
(Kant: EWF, S. 13)

Der Begriff *stehendes Heer* ist so zu verstehen, dass es sich um ein Heer aus Söldnern handelt. Da diese Söldner nur des Geldes wegen töten, heizen sie Kriege immer wieder an. Sie sind ständig gewaltbereit und verkaufen sich selbst für Geld und werden dadurch sozusagen zu Maschinen und Werkzeugen anderer Personen bzw. Staaten. Dieser Gebrauch eines Menschen als Kriegswerkzeug lässt sich mit dem allgemein hin bekannten *kategorischen Imperativ* nicht vereinbaren, der besagt, dass "[...] du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst." (vgl. Kant: GMS S. 429)

Die anderen Staaten fühlen sich durch diese Söldnerheere bedroht und rüsten ihrerseits auf. Die von den Staaten dauerhaft bereitgestellten Heere müssen versorgt und bezahlt werden. Dies ist ein weiterer Grund, der zu neuen Kriegen führen kann. Diese *stehenden Heere* gefährden somit auf zweierlei Arten den Frieden. Einerseits beschwören sie durch ihre ständige Gewaltbereitschaft Angriffe herauf und andererseits verursachen sie Kosten, welche durch mögliche Kriegsbeute gedeckt werden könnten.

Ein Heer zur Verteidigung des eigenen Staates, wo die Soldaten aus Patriotismus ihr Land verteidigen, ist für Kant im Gegensatz zu den *stehenden Heeren* vollkommen legitim, da dies dem Allgemeinwohl des Staates dient. Von diesen Verteidigungsheeren geht kaum eine Bedrohung für andere Staaten aus. Somit stellen diese Heere keinen Kriegsgrund dar.

1.3.2.2.4 Vierter Präliminarartikel

Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden. (Kant: EWF, S. 14)

Laut Kant ist es erlaubt für die Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensbedingungen innerhalb eines Staates Kredite von anderen Staaten in Anspruch zu nehmen. Staatsschulden für kriegerische Zwecke zu machen ist hingegen verboten, da dies das Kriegsrisiko erhöhen würde. Dies kommt daher, dass die Kosten für die Kriegsführung nicht direkt und sofort auf das Volk abgewälzt werden würden. Müsste ein Krieg durch beispielsweise Steuererhöhungen finanziert werden, so würde eine Kriegserklärung vom Volk wahrscheinlich nicht leichtfertig befürwortet werden. Auch die Aussicht auf mögliche spätere Kriegslasten würde das Volk abhalten, ein Interesse an einem Krieg zu haben. (vgl. Kant: EWF, S. 186,187)

1.3.2.2.5 Fünfter Präliminarartikel

Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen. (Kant: EWF, S. 15)

Dieser Interventionsverbotsartikel ist etwas zwiespältig zu sehen, da im Falle eines gesetzlosen Volkes auch keine Einmischung laut Kant erlaubt ist. Es gibt keinen Grund, sich als anderer Staat gewaltsam in die Verfassung eines anderen Staates einzumischen. In diesem Artikel wird die Autonomie jedes einzelnen Staates hervorgehoben. Eine gewaltsame Einmischung würde die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung eines Staates verletzen. Für Kant ist die Souveränität eines Staates ein Grundpfeiler der internationalen Politik. (vgl. Kant: EWF, S. 189 - 190)

Es gibt eine Ausnahme bei der es erlaubt ist, sich in die Angelegenheiten eines Staates einzumischen. Falls innerhalb eines Staates ein Bürgerkrieg negative *anarchische* Konsequenzen für andere Staaten haben könnte und das Ergebnis des Ausgangs der innerstaatlichen Auseinandersetzung bereits so gut wie

entschieden ist, ist es erlaubt für eine der Bevölkerungsgruppen Partei zu ergreifen. (vgl. Kant: EWF, S. 190 – 191)

1.3.2.2.6 Sechster Präliminarartikel

Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind Anstellung der Meuchelmörder (*percussores*), Giftmischer (*venefici*), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrates (*perduellio*) in dem bekriegten Staat etc. (Kant: EWF, S. 16)

Im sechsten Präliminarartikel beschreibt Kant das *Recht im Krieg* im Unterschied zum *Recht zum Krieg*. Das *Recht zum Krieg* liegt in der Verantwortung der Regierenden. Das *Recht im Krieg* hingegen liegt in der Hand der Soldaten.

Da der Zweck des Krieges immer der Friede sein muss, darf im Krieg kein Verhalten zu Tage gelegt werden, das zukünftige Friedensschlüsse gefährden würde. Ein gewisses Vertrauen in die Handlung des Feindes muss bewahrt werden, um einen zukünftigen Frieden zu ermöglichen. Unehrenhafte Mittel sind selbst im Krieg untersagt, da sie das Zutrauen in einen möglichen Frieden verringern. Kant führt in seinem sechsten Präliminarartikel „Meuchelmörder (*percussores*), Giftmischer (*venefici*), Brechung der Kapitulation, des Verrats (*perduellio*)“ (Kant, EWF, S.16) als unerlaubte Verhaltensweisen in einem Krieg an.

Es darf zu keinem bloßen Ausrottung- bzw. Bestrafungskrieg kommen, da ansonsten die einzige Möglichkeit eines ewigen Frieden im ewigen Schläfe auf dem Friedhof liegen würde. Ein gewisses Recht muss selbst im Krieg gewährleistet werden. (vgl. Kant: EWF, S. 16 - 17)

1.3.2.3 Die Definitivartikel

Kant legt in den Definitivartikeln seiner Friedensschrift dar, wie aus dem Zustand der Kriegsabwesenheit, auf Basis der Präliminarartikel, ein dauerhafter Frieden gesichert werden kann. Die Stiftung eines solchen dauerhaften Friedens ist nur durch eine globale Rechtsordnung zu erreichen. Um einen Rechtsfrieden zu etablieren, muss das Recht auf drei Ebenen (Staatsrecht, Völkerrecht und Weltbürgerrecht), wie sie in Kants Rechtslehre beschrieben werden, gestiftet

werden. Damit das Recht durchgesetzt werden kann, muss der Naturzustand auf allen Ebenen überwunden werden. (vgl. Kant: EWF, S. 207)

1.3.2.3.1 Der erste Definitivartikel

„Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“
(Kant: EWF, S. 20)

Laut Kant kann es nur innerhalb eines republikanischen Staates einen stabilen Frieden geben, da die Bürger selbst über Krieg oder Frieden entscheiden können. Um diesen Definitivartikel richtig verstehen zu können, ist es nötig zunächst den Begriff „republikanisch“ zu klären. Republikanisch ist hier nicht mit demokratisch zu verwechseln. In einer republikanischen Verfassung sind alle Bürger dem Gesetz unterworfen, dadurch steht auch kein Bürger außerhalb des Gesetzes. Kant argumentiert, dass in einer Republik alle Staatsbürger die Folgen ihrer Entscheidungen selbst tragen müssen. Die Bürger übernehmen somit Verantwortung für den Staat, der sich ja aus den Einwohnern selbst zusammensetzt. Da die Folgen eines Krieges von den Menschen selbst getragen werden müssen, entscheiden sich die Staatsbürger eher für den Frieden, als für Krieg. Aufgrund der eben erklärten Eigenverantwortung des Volkes sieht Kant den Frieden innerhalb einer Republik als gesichert an.

Dieses Element alleine reicht jedoch noch nicht aus, um eine Republik zu beschreiben, da es in mehreren Verfassungstypen zu finden ist. Ein großes Augenmerk wird darauf gelegt, dass die Menschen gleich behandelt werden. Ein Gesetz gilt für alle gleich und garantiert so eine Chancengleichheit. (vgl. Kant: EWF, S. 209 – 212)

Ein weiteres Kriterium einer republikanischen Verfassung ist laut Kant die Trennung zwischen regierender und gesetzgebender Gewalt, wobei diese laut Kant bei den Repräsentanten des Volkes liegen soll und daher getrennt von der regierenden Gewalt sein muss. (vgl. Kant: EWF, S. 216)

1.3.2.3.2 Der zweite Definitivartikel

Das Völkerrecht soll auf einem Föderalismus freier Staaten gegründet sein. (Kant: EWF, S. 25)

In diesem Definitivartikel wird beschrieben, dass der zwischen den Staaten herrschende Naturzustand mit Hilfe eines Völkerbundes, aber nicht unbedingt einem Völkerstaat, überwunden werden soll. Wichtig ist, dass die Souveränität

eines Staates erhalten bleibt. Daher wird auch ein Weltstaat abgelehnt. Kant geht davon aus, dass der Mensch von Natur aus nicht in Frieden lebt und der Zustand des Friedens erst durch rechtliche Regelungen gestiftet werden muss. Von allen nun denkbaren zwischenstaatlichen politisch-rechtlichen Organisationsformen, spricht sich Kant für einen Föderalismus zwischen den Staaten, der auf jede bündnisinterne Staatlichkeitsstruktur verzichtet, aus. Der Zweck dieses Bundes beschränkt sich auf die Friedenssicherung zwischen den Staaten. (vgl. Kant: EWF, S. 25, 26)

1.3.2.3.3 Der dritte Definitivartikel

Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein. (Kant: EWF, S. 30)

Im dritten Definitivartikel regelt Kant das Verhältnis zwischen Individuen und fremden Staaten. Das Wort Hospitalität ist hier als Gastfreundschaft oder auch Besuchsrecht zu sehen. Laut Kant hat ein Fremder ein Besuchsrecht für ein anderes Land und kann sich dort aufhalten, ohne dass man ihm feindselig gegenübersteht. Zumindest solange, bis er sich selbst unrechtmäßig verhält. Dies bedeutet, dass ein zeitlich befristeter Aufenthalt fremder Bürger geduldet wird. Es beinhaltet über dies hinaus ein Mindestmaß an Schutz und Sicherheit für die Dauer des Besuches.

Am Ende dieses Artikels spricht Kant die Notwendigkeit eines Weltbürgerrechts an. Diese sei eine notwendige Ergänzung zum ungeschriebenen Kodex des Staats- und Völkerrechts hin zum öffentlichen Menschenrecht. (Kant: EWF, S. 33)

1.3.2.4 Zwei Zusätze

Im dritten Abschnitt werden verschiedene Zusatzklauseln angeführt, welche die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die für einen ewigen Frieden nötig sind, festlegen. Es wird sich mit den Bedingungen und Voraussetzungen für die Verwirklichung des Friedens auseinander gesetzt. Es wird überprüft, ob eine globale Rechtsordnung überhaupt durchsetzbar wäre und wie politische Programme auf ihre Tauglichkeit für ein solches Unterfangen getestet werden können. (vgl. Kant: EWS, S. 266)

1.3.2.4.1 Erster Zusatz:

Das, was diese Gewähr (Garantie) leistet, ist nichts Geringeres, als die große Künstlerin Natur (*natura daedala rerum*), aus deren mechanischem Laufe sichtbarlich Zweckmäßigkeit hervorleuchtet, durch die Zwietracht der Menschen Eintracht selbst wider ihren Willen emporkommen zu lassen, [...] (Kant: EWS, S. 34).

In dem Zusatz *Von der Garantie des ewigen Friedens* wird der Zusammenhang zwischen Natur und Frieden aufgezeigt. Unter Natur ist die Gesamtheit von Beobachtungsperspektiven von feststellbaren Abläufen des menschlichen Verhaltens, welche den Naturgesetzen unterworfen sind, zu verstehen. Kant gibt einen kleinen Überblick über die Menschheitsgeschichte. Anfangs lebten die Menschen in einer Art Naturzustand zusammen und waren Jäger, Sammler und dann Ackerbauern. Der Ausbau des Handels trägt teilweise zur Befriedung bei. Die Geschichte zeigt jedoch auf, dass es immer wieder Kriege gab im Laufe der Geschichte. Kant argumentiert, dass gerade diese kriegerischen Auseinandersetzungen irgendwann zwangsläufig zum Frieden führen würden, da sie den Zusammenschluss der Menschen zu Staaten fördere und somit die Bildung eines Völkerbunds bewirken würde.

Kant ist der Meinung, dass die Geldmacht die zuverlässigste sei und sich dadurch der Handelsgeist - der sich nicht mit dem Krieg verträgt – auf alle Staaten ausbreiten wird.

Der Friede würde daher nicht einer moralischen Pflicht entspringen, sondern entstünde vielmehr durch die rationale Verfolgung der eigenen Interessen und leiste dadurch einen unbewussten Beitrag zum öffentlichen Völkerrecht, um sicherer leben zu können. Die Natur führe dadurch automatisch zum Recht und könnte in einem *ewigen Frieden* ihren Endzustand finden.

1.3.2.4.2 Zweiter Zusatz:

Die Maximen der Philosophen über die Bedingungen der Möglichkeit des öffentlichen Friedens sollen von den zum Kriege gerüsteten Staaten zu Rate gezogen werden. (Kant: EWF, S.44)

Dieser Zusatz, der von Kant als *Geheimer Artikel zum ewigen Frieden* bezeichnet wird, zeigt die Beteiligung der Philosophen an der Auseinandersetzung über Völkerrechtliche Fragen auf. Es ist wichtig die

Philosophen öffentlich sprechen zu lassen und auf ihre Ratschläge Rücksicht zu nehmen.

1.3.2.5 Zweiteiliger Anhang

1. Über die Misshelligkeit zwischen der Moral und der Politik, in Absicht auf den ewigen Frieden. (Kant: EWF, S. 46)

Kant beschreibt im ersten Anhang den scheinbaren Widerspruch zwischen Moral und Politik. Er kommt schlussendlich jedoch zu dem Schluss, dass es diesen Widerspruch nicht gibt und dass die Politik mit der Moral Hand in Hand gehen sollte, im Sinne eines Fortschritts zum Besseren hin.

2. Von der Einhelligkeit der Politik mit der Moral nach dem transzendentalen Begriffe des öffentlichen Rechts. (Kant: EWF, S 89)

Der zweite Anhang beschäftigt sich mit der Frage, wie die dem Recht entsprechende Handlungsweise erkannt werden kann. Es werden zwei Testverfahren beschrieben, durch welche die Tauglichkeit von Grundsätzen festgestellt werden soll. Ein wichtiger Aspekt ist hier die Fähigkeit der Publizität. Laut Kant kann es ohne Öffentlichkeit keine Gerechtigkeit geben.

1.4 John Stuart Mill

Das Prinzip der Nützlichkeit ist ein grundlegendes Prinzip beim Utilitarismus. Als Begründer des Utilitarismus gilt Jeremy Bentham. Benthams Überlegungen gehen zum Teil auf David Hume zurück. Die Nützlichkeit wird als einzige Quelle der Gerechtigkeit beschrieben. Beim Utilitarismus wird eine Handlung danach beurteilt, welche Folgen sie hat. Aus diesem Grund spricht man im Zusammenhang mit dem Utilitarismus auch von einem konsequenzialistischen Ansatz. (vgl. Holzleithner 2009, 33)

Prinzipiell geht es beim Utilitarismus darum, Lust zu erhöhen und Unlust zu vermeiden. Grundlage für die Nützlichkeit oder auch das größte Glück ist die Moral. Moralisch ist etwas, wenn es das Glück fördert, moralisch falsch, wenn Unlust gefördert wird. Bei der Lust kann ein qualitativer Unterschied getroffen werden. Die Freuden, die aus höheren Fähigkeiten erwachsen, sind denen vorzuziehen, die etwa tierischer Natur sind. *So ist es besser, ein unzufriedener Sokrates zu sein, als ein zufriedener Narr.* Das Ziel des Utilitarismus ist das größte Glück für die größte Zahl. Ein *edler Charakter* ist für das Ziel des Utilitarismus förderlich. Ein *edler Charakter* dient zwar vielleicht nicht dem Einzelnen zur Förderung seiner Lust, aber dem Gemeinwohl mit Sicherheit. Den Endzweck des menschlichen Handelns soll die Norm der Moral darstellen. Darunter kann man die Gesamtheit an Handlungsregeln sehen, welche dazu dienen das Glück für die gesamte fühlende Natur zu steigern. (vgl. Mill 2010, S. 21 – 39) Das Glück ist das Einzige, was als Zweck wünschenswert ist. (vgl. Mill 2010, S. 106)

2. Wirtschaft und Moral – zeitgenössische Philosophen analysieren die aktuellen Probleme der Wirtschaft

„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi

Die Probleme unserer derzeitigen Welt haben oft mit dem permanenten Wachstum der Wirtschaft und dem damit steigenden Bedarf an Ressourcen zu tun, da es in einer begrenzten Welt kein unbegrenztes Wachstum geben kann. Durch die Wirtschaftssysteme der Industrieländer und dem verschwenderischen Umgang mit den Rohstoffen ergeben sich zahlreiche Probleme. Weitere Aufgaben, die der Gesellschaft gestellt werden, sind der Umgang mit Geld, die Finanzkrise und das Produktions- bzw. Konsumverhalten. Der Ökonom Tim Jackson legt ein besonderes Augenmerk auf die Verminderung des CO₂ Ausstoßes und den Klimawandel mit seinen Folgen für uns und zukünftige Generationen. Der Philosoph André Gorz hingegen legt seinen Schwerpunkt auf den Faktor Arbeit. Er analysiert den Bezug des Individuums zu dem, was es herstellt, beziehungsweise wie dieser Bezug in den meisten Fällen des Arbeitsalltages in den Industrieländern nicht mehr gegeben ist und welche Folgen dies auf die Gesellschaft hat. Julian Nida-Rümelin und Günter Dux gehen näher auf den Markt und die Moral ein.

2.1 Günter Dux

Günter Dux spricht als großes Problem der Marktgesellschaft, mit der Demokratie als politisches System, die Umweltzerstörung und die Unfähigkeit an, alle in das Wirtschaftssystem einzubinden. In seinem Buch *Moral und Gerechtigkeit als Problem der Marktgesellschaft* geht er näher auf die zuletzt genannte Problematik ein.

In der heutigen Marktgesellschaft ist jeder selbst dafür verantwortlich, sich in die Marktgesellschaft zu integrieren. Zwar spielt die Herkunft bei der Ausbildung oft eine Rolle, sichert aber ansonsten nicht die Stellung innerhalb der Gesellschaft. In der Marktgesellschaft ist jeder darauf angewiesen Geld zu verdienen, um sich am Markt Güter dafür kaufen zu können. Problem des Marktes ist jedoch, dass er nicht für alle Arbeit bietet. Auch für Kranke, Alte und Kinder ist am Markt kein Platz. (vgl. Dux 2006, S. 14)

In einer Marktwirtschaft wird nach Gewinnmaximierung und Kapitalakkumulation gestrebt. Daher sind nur Subjekte am Markt erwünscht, die Gewinn versprechen. Diejenigen, die am Markt nicht integriert werden, sind von Verelendung bedroht. Sie können oft nicht an den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften teilhaben. Die Frage stellt sich nun, wie man die nicht integrierten Menschen, wie beispielsweise die Arbeitslosen an den gesellschaftlichen Errungenschaften beteiligen kann. (vgl. Dux 2006, S. 16)

Die Ausbildung eines Sozialstaates, wie dies in den meisten westlichen Industriegesellschaften der Fall ist, sollte dieses Problem lösen. Es wurde versucht, die Defizite des Marktes durch politische Systeme auszugleichen. Wie allgemein bekannt sein dürfte, ist dieses Konzept nicht vollends aufgegangen. So lebten etwa im Jahre 2003 in Deutschland 15,3 % der Menschen in Armut. (vgl. Dux 2006, S. 18)

Reflektiert man die Gesamtsituation, so hat man auf der einen Seite die Zielvorstellungen von einer pragmatischen Politik, auf der anderen Seite die Wirtschaft, in der diese Zielvorstellungen verwirklicht werden sollen. Es wird versucht, einen Entwurf zu machen, der machbar ist. Zum Teil ist es notwendig, auch einmal utopisch zu denken und keine Einwände zu fürchten, um

Verbesserungen durchzusetzen. Es sollte nicht sein, dass durch wirtschaftliche Inszenierungen, welche behaupten, dass die Effizienz und Funktionalität der Ökonomie beeinträchtigt würde, wenn Veränderungen stattfinden würden, Verbesserungen verhindern. Es wird behauptet, dass es nicht möglich sei, Gerechtigkeit in einem Marktsystem durchzusetzen. Hinterfragt man die Situation, so kann es nicht gerecht sein, dass Millionen von Menschen an den Rand der Existenz gedrängt werden, weil die Wirtschaft das Bevölkerungsbewusstsein so manipuliert, dass die Gerechtigkeit in einer neoliberalen Theorie ausgeschlossen wird. (vgl. Dux 2008, S. 272 f)

Dux versucht in der Philosophie oder in der Moral einen Beleg dafür zu finden, dass alle Subjekte einen Anspruch auf die Teilhabe an den ökonomischen und kulturellen Errungenschaften haben. Es stellt sich jedoch heraus, dass die Moral nicht dafür geeignet ist, soziale Strukturen zu regulieren, da die Moral als transzendental verstanden wird und nur dafür geeignet ist, die Beziehungen zwischen Subjekten zu regeln. (vgl. Dux 2006, S. 20) Die Ausbildung der Moral geht mit der frühen Ontogenese einher. Sie ist an die Ausbildung von Handlungs- und Interaktionskompetenzen gebunden, die erst das Leben in der Welt ermöglichen. Was man soll oder nicht soll wird durch die Erwartungen, die an einem gerichtet werden, ausgebildet. Das *Sollen* wird an Andere adressiert und bewirkt dort eine Aufforderung, und sogar das Bewusstsein einer Verpflichtung gegenüber anderen. Moral erweist sich als Bedingung dafür, überhaupt soziale Beziehungen eingehen zu können. Moral lässt uns die Interessen anderer respektieren. (vgl. Dux 2006, S. 22 - 24).

Grundsätzlich handelt es sich bei der Marktgesellschaft um ein amoralisches System, da die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht. Da es am Markt aber zu sozialen Verflechtungen kommt, kann es sein, dass nicht nur ein Augenmerk auf das eigene Interesse gelegt wird, sondern auch auf das Wohlergehen des Anderen, um Geschäftsbeziehungen zu pflegen. Auch in der Wirtschaft kommt es dazu, dass soziale Aspekte Anklang finden, wie etwa Kündigungsschutz oder Abfertigungen. Das System an sich bleibt jedoch amoralisch. (vgl. Dux 2006, S. 25 – 28)

Da das Marktsystem amoralisch bleibt und die Aktionäre und Gesellschafter nur darauf aus sind, Gewinn zu erwirtschaften, versucht Dux nun mit dem Begriff

der Gerechtigkeit anstelle der Moral zu arbeiten. Gerechtigkeit kann als Gleichheit verstanden werden. Einerseits als Gleichheit vor dem Gesetz, andererseits als Postulat der Inklusion im ökonomischen System. Dieses Postulat der Inklusion würde eine Teilhabe an der kulturellen und ökonomischen Errungenschaft unserer Zeit beinhalten. Nun finden wir uns aber bei dem Problem der Exklusion wieder. Millionen von Menschen sind unzureichend in die Gesellschaft inkludiert und können an den Errungenschaften nicht in ausreichendem Maße teilhaben. (vgl. Dux 2006, S. 29 – 32) Da jeder in die Gesellschaft integriert werden will, ergibt sich der Grund des Sollens der Gerechtigkeit. Um soziale Gerechtigkeit in einer Marktgesellschaft zu ermöglichen, bedarf es einer Verfassung, die durch das politische System Form findet. Die Politik muss dafür sorgen, dass der Verpflichtungsgehalt der Gerechtigkeit durchgesetzt wird. Das Problem hierbei ist aber, dass das politische System die Kosten für ein gerechtes System am Markt einfordern muss. (vgl. Dux 2006, S. 35 f) Die Politik kann nur so weit am Markt etwas einfordern, sofern sie Macht hat. Diese Macht wird in der Regel von den Wählern und Wählerinnen verliehen. Ist die Mehrheit der Bevölkerung für eine soziale Gerechtigkeit, so hat die Politik die Möglichkeit etwas zu bewirken. (vgl. Dux 2006, S. 38 f)

In unserer modernen, global vernetzten Gesellschaft sind wir mit zwei großen Problemen konfrontiert. Einerseits sind die Anforderungen an die Leistungen so hoch wie nie zuvor. Auf der anderen Seite gibt es so hohe Arbeitslosigkeit in einer bis dato unvorstellbaren Höhe. Hinzu kommt noch, dass die Kosten im Gesundheitssystem ebenfalls so hoch wie nie zuvor sind. Die Medien wirken als Stimmungsmacher und bestimmen mit, was von der Politik in Punkto Sozialstaat getan wird. Durch die ökonomische und globale Vernetzung ist es schwierig, in einem Staat Sozialleistungen einzuführen, da dies oft zu einer wirtschaftlichen Benachteiligung im internationalen Vergleich führen kann. (vgl. Dux 2006, S. 40 f)

Durch die Globalisierung gelingt es Konzernen sich den nationalen Rahmenbedingungen, die etwa für Umweltschutz stehen würden, zu entziehen. Auch in Punkto Arbeitsbedingungen sind viele Errungenschaften der letzten Jahrzehnte in Gefahr. Durch die Globalisierung kommt es zu einer Weigerung

der Ökonomie, den Sozialstaat zu finanzieren, da die Wirtschaft nur so weit bereit ist soziale Kosten zu tragen, soweit sie für sie von Vorteil sind und ihre Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich nicht schwächt. (vgl. Dux 2006, S. 41 – 44).

Eine Lösung für dieses Problem schlägt uns die Wirtschaft in Form eines ökonomischen Liberalismus vor. Die Wirtschaft hat die Möglichkeit, mit Hilfe der Medien einen Ausweg aus der Hilflosigkeit anzupreisen. Überlegt man kurz, kommt es einem jedoch sehr paradox vor, den Ausweg aus dem Dilemma dort zu suchen, wo eigentlich der Ursprung liegt. Das Marktsystem ist und bleibt amoralisch und hat das Ziel Gewinne zu machen. Der Markt hat kein Interesse alle zu inkludieren, daher bleibt die Politik notwendig als komplementäres System. (vgl. Dux 2006, S. 46 – 51)

In der Politik muss das Bewusstsein rückgewonnen werden, dass für sie die Schaffung der Bedingungen für den Sozialstaat schlechterdings Priorität verlangt. Wir werden den Sozialstaat nicht los, weil wir den Markt nicht loswerden. (Dux 2006, S. 51)

2.2 Tim Jackson

Der britische Professor Tim Jackson argumentiert in seinem Buch *Wohlstand ohne Wachstum* für eine Wirtschaft, die Rücksicht auf die begrenzten Ressourcen unserer Welt Rücksicht nimmt, aber trotzdem einen Wohlstand ermöglicht. Wohlstand beschreibt er als ein allgemeines menschliches Anliegen. Er verweist darauf, dass eine Wirtschaft, wie sie heute praktiziert wird, auf Dauer nicht funktionieren kann. Die allgemeine Basis des gesellschaftlichen Wachstums beruht auf den zunehmenden materiellen Bedürfnissen, die durch die entwickelten Volkswirtschaften geweckt werden. Jacksons Hauptanliegen besteht darin, „unser Streben nach einem guten Leben mit den Grenzen eines endlichen Planeten zu versöhnen.“ (Jackson 2012, S. 24) Er versucht Lösungsansätze für Probleme wie die Ressourcenknappheit, eine gerechte Verteilung der begrenzten Rohstoffe und den Klimawandel zu geben.

2.2.1 Macht Geld glücklich?

Gerade den Punkt der unfairen Verteilung der Ressourcen sollte man genauer ins Auge fassen, da das permanente Streben nach mehr in unseren entwickelten Industriegesellschaften nicht unbedingt zu einem Zuwachs an Glück führt.

Im Gegenteil, ab einem gewissen Zeitpunkt nimmt sogar das Glück trotz eines steigenden Materialeinsatzes ab.

Figure 1. Global Ecological Footprint and biocapacity, in global hectares per capita³²

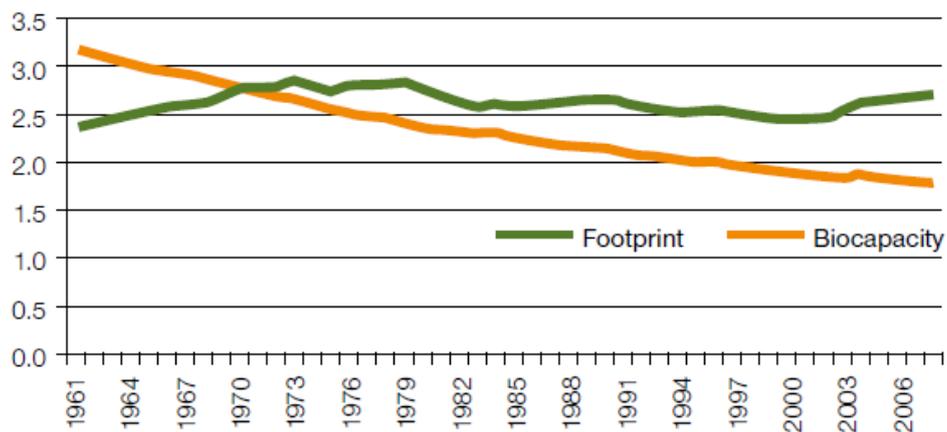
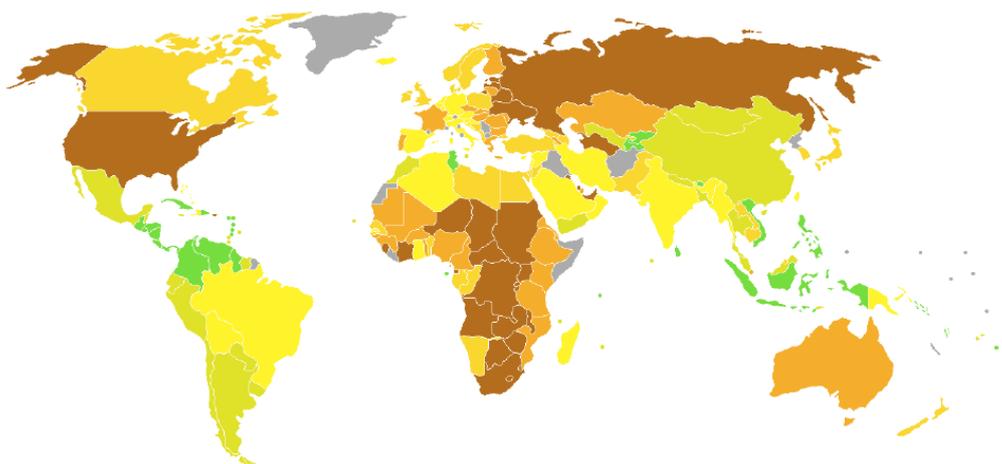


Abbildung 2-1 Ecological Footprint and biocapacity laut Happy Planet Bericht 2012⁴



Happy Planet Index, **höchster Wert** bis **niedrigster Wert**

Abbildung 2-2 Glücksindex 2009⁵

Die beiden Abbildungen zeigen deutlich, dass ein hohes BIP nicht unbedingt zu einem zufriedenen Leben und zu Wohlstand führt. In Großbritannien sank beispielsweise die Lebenszufriedenheit in den vergangenen Jahren, obwohl das Einkommen der Bevölkerung gestiegen ist. Länder wie Dänemark, Island und Neuseeland sind trotz eines niedrigeren BIPs als die USA zufriedener. Einige arme und wenig entwickelte Länder weisen einen höheren Glücksindex auf als

⁴ <http://www.happyplanetindex.org/> (letzter Zugriff 24.03.2013)

⁵ http://en.wikipedia.org/wiki/File:Happy_Planet.PNG

reiche Länder, die einen wesentlich höheren Verbrauch an Ressourcen und somit auch einen weit höheren CO2 Ausstoß haben. Die erste Graphik zeigt sogar, dass sich die Verschlechterung des ökologischen Fußabdruckes negativ auf die Menschen auswirkt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es mehr als die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen braucht, um einen Wohlstand zu gewährleisten. Wohlstand ist vielmehr „die Fähigkeit, uns als menschliche Wesen zu entwickeln und zu gedeihen – und das innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten.“ (Jackson 2012, 37) Wohlstand ist daher nicht unbedingt am BIP zu messen, sondern eher am Glück. Die folgende graphische Darstellung soll zeigen, dass viele Faktoren auf ein glückliches Leben Einfluss haben. Das Geld spielt eine sehr geringe Rolle. Wichtige Faktoren sind die Beziehungen zum Partner, der Familie und die Gesundheit. Weiters wird auf ein angenehmes Wohnumfeld Wert gelegt. Geld trägt nur mit sieben Prozent zum Glück bei und nimmt somit eine eher untergeordnete Position ein.

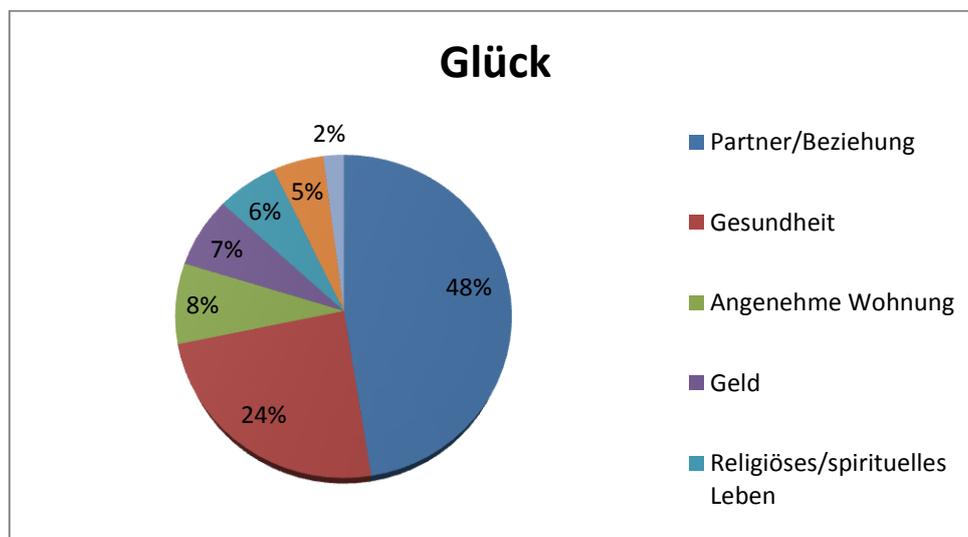


Abbildung 2-3 Faktoren, die das subjektive Wohlbefinden (Glück) beeinflussen⁶

Zieht man einen Schluss aus den besprochenen Abbildungen, so kommt man eigentlich zu dem Ergebnis, dass der zusätzliche Nutzen, der durch ein ständiges Wachstum erreicht wird, nicht ins Unendliche gesteigert werden kann. Ab einem bestimmten Punkt nimmt der Grenznutzen ab. Das heißt

⁶ vgl. Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum 2012, Seite 56

zusätzliches Wachstum steigert nur in einem geringeren Ausmaß den Wohlstand. Mit diesen Aspekten vor Augen ist es wirklich nötig, das aktuelle Wirtschaftssystem der Industrieländer zu hinterfragen. Wohlstand muss nicht unbedingt auf einem ständigen Wachstum beruhen, es ist viel wichtiger, sich auf das Gedeihen der Menschen und ihr Glück zu konzentrieren, als die endliche Welt durch ein unendliches Wachstum zu belasten. (vgl. Jackson 2012, S. 55-60)

2.2.2 Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt

Das ständige Wirtschaftswachstum stellt uns vor viele ökologische Probleme wie „die rasche Abholzung der Wälder, der historisch einmalige Verlust an Biodiversität, der Zusammenbruch der Fischbestände, die Wasserknappheit oder die Verschmutzung von Ackerböden und Wasservorräten“. (Jackson 2012, 34) Unsere moderne Wirtschaft ist im Moment auf Wachstum ausgelegt. Ohne Wachstum kommt es zu weniger Konsum, was wiederum zu Entlassungen führt, was seinerseits dazu führt, dass sich die Menschen ihre Wohnungen nicht mehr leisten können und ihren Lebensstandard nicht aufrecht erhalten können. Daher erscheint hier das Wachstum auf den ersten Blick als die einzige Möglichkeit, den Wohlstand und Lebensstandard zu erhalten. (vgl. Jackson 2012, S. 35) Als ersten Lösungsansatz gibt Jackson eine *Abkopplung* des wirtschaftlichen Wachstums vom materiellen Wachstum an. Er unterteilt hier in eine *relative Entkopplung* und eine *absolute Entkopplung*. Bei der *relativen Entkopplung* geht es einfach gesagt darum, mehr mit weniger zu machen. Die Produktion von Gütern soll effizienter gestaltet werden. Weniger Rohstoffe sollen verwendet werden und der CO₂-Ausstoß dabei gesenkt werden. Die Zahlen werden hier in Bezug zum Wirtschaftswachstum gesetzt. Relativ sind der Ressourcenverbrauch und der CO₂ Verbrauch durch die Entkopplung gesunken. Absolut gesehen kam es jedoch zu einem Anstieg des Kohlenstoffverbrauchs. Um die Umwelt jedoch nachhaltig zu entlasten, ist daher eine absolute Entkopplung erforderlich. Diese zu erreichen stellt sich in unserer auf Wachstum basierenden Gesellschaft als sehr schwierig heraus. Historisch und mathematisch gesehen ist eine Entkopplung in der Realität nicht umsetzbar. (vgl. Jackson 2012, S. 82-90) Jackson kritisiert auch die Ideologie unserer heutigen Wegwerfgesellschaft, in der die Produkte eine immer kürzere Lebensspanne aufweisen und ständig der Drang nach neueren Konsumgütern

geweckt wird, obwohl ältere Geräte noch durchaus funktionstüchtig wären. (vgl. Jackson 2012, S. 109) Laut Jackson ist es einerseits nötig die Wirtschaftsstruktur grundlegend zu ändern und andererseits das Wertesystem unserer Gesellschaft zu ändern, um aus diesem *schöpferischen Zerstörungssystem des Wachstums* zu enttrinnen.

Wir werden uns auch einen Weg durch die institutionellen und gesellschaftlichen Zwänge bahnen müssen, die uns in einem zum Scheitern verurteilten System gefangen halten. Insbesondere müssen wir herausfinden, wo sich bei einer Veränderung der Gesellschaft ansetzen lässt – Änderungen im Wertesystem, im Lebensstil, in der gesellschaftlichen Struktur -, damit wir uns aus der zerstörerischen gesellschaftlichen Logik des Konsumismus befreien können. (vgl. Jackson 2012, S. 113)

Änderungen könnten mit sogenannten *grünen Komponenten* vorgenommen werden. Mit *grünen Komponenten* sind Investitionen im Bereich des Nah- und Güterverkehrs, Nachrüstung von Gebäuden, Verbesserung und Ausbau von regenerierbaren Energiegewinnungsarten gemeint. Laut einer Analyse des Political Economy Research Institutes der Universität von Massachusetts würden durch Investitionen in diese, der Umwelt förderlichen Bereiche, weit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als vergleichende Ausgaben im Konsumsektor oder der Ölindustrie. Weiters könnte die Automobilindustrie mehr angeregt werden, kohlenstoffarme Fahrzeuge zu produzieren. Kredite für umweltfreundliche Projekte könnten vergünstigte Konditionen bekommen. Zum Teil haben es solche *grüne Komponenten* schon in die Konjunkturprogramme verschiedener Länder geschafft. Die Zahlen gehen hier sehr weit auseinander. So werden in Indien, Thailand und Japan kaum Mittel für grüne Projekte aufgewendet. In Südkorea werden hingegen über 80 % der Konjunkturprogramme für den Schutz und die Bewahrung der Umwelt und die Verbesserung der Lebensqualität aufgewendet. Der Premierminister von Südkorea ist der Meinung, dass für die aktuelle Wirtschaftskrise ein neuer Wirtschaftsmotor gefunden werden muss und sieht diesen in *grünen Komponenten*. Umweltfreundliche Investitionen und die damit geschaffenen Arbeitsplätze bringen mindestens genauso hohe Renditen wie konventionelle Wirtschaftsprogramme. Als Finanzierungsmöglichkeit schlägt Peter Jackson *grüne Wertpapiere* vor, welche für kohlenstoffarme oder andere

umweltfreundliche Projekte verwendet werden. (vgl. Jackson 2012, S. 120 - 126)

2.2.3 Über Geld und zwischenmenschliche Beziehungen

Wir müssen in der Gesellschaft wieder ein Gefühl für den tieferen Sinn des Lebens wecken. Dass so viele Menschen in ihrem Leben unglücklich sind, sollte uns Hinweis dafür sein, dass Erfolg alleine nicht reicht. Es ist seltsam, aber der materielle Erfolg hat uns in den seelischen und moralischen Bankrott geführt. (Ben Okri, Oktober 2008)

In unserer heutigen Gesellschaft definieren sich Menschen oft über die materiellen Dinge, die sie umgeben. Geld wird benötigt, um am sozialen Leben teilhaben zu können. Kann sich eine Person keine Kinokarten oder keine Kaffeehausbesuche leisten, wird sie ausgegrenzt. Das Einkommen bzw. der Reichtum teilt die Menschen quasi in soziale Schichten ein, nach denen die Menschen eingeschätzt werden. Für ein glückliches Leben ist es nicht ausreichend, den bloßen Lebensunterhalt zu bestreiten. Es kommt darauf an, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. (vgl. Jackson 2012, S. 150) Ausreichend Geld zur Verfügung zu haben ist jedoch kein Patentrezept für ein glückliches Leben. So gibt es Studien, dass mit steigendem Wohlstand die Menschen zunehmend vereinsamen. Die Gründe hierfür liegen mitunter in den gestiegenen Scheidungsraten und der erhöhten Mobilität. (vgl. Jackson 2012, S. 152) Steigt das Lohnniveau, so steigt der Konsum, da sich jeder in seiner Schicht mehr leisten kann. Da jeder mehr Geld zur Verfügung hat, muss auch für materialistische Werte wie Beliebtheit und Image mehr aufgewendet werden, um nicht eine soziale Schicht abzusinken. Diese materiellen Werte stehen gegen innere Werte wie Beziehungen und Zugehörigkeit, welche wichtig sind für ein persönliches Wohlbefinden. In unserer heutigen Gesellschaft wäre es wichtig, sich mehr auf die inneren Werte zu konzentrieren, als auf die materialistischen Werte, da diese auf Dauer zu keinem Anstieg des Glücks führen, sondern zu einer steigenden Vereinsamung, welche sich wiederum negativ auf das Wohlbefinden auswirkt. Analysiert man nun diese Tendenzen, so wird aufgezeigt, dass ein stetig steigender Konsum nicht nötig ist und dadurch ein Leben mit einer ökologischen Denkweise möglich erscheint. Einige Menschen wenden sich von der Konsumgesellschaft ab und verbringen ihre Zeit statt mit Einkaufen mit Tätigkeiten in der Natur, wie Wandern und Gärtnern.

Diese Personen sind oft glücklicher wie diejenigen, die sich dem Konsumdruck unterordnen. Solange Erfolg aber anhand von Statussymbolen und materiellen Gütern definiert wird, wird die Zahl derer, die sich ein Leben ohne stetig steigenden Konsum vorstellen können, gering bleiben. Es müsste ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden, welches die inneren Werte und ein Leben im Einklang mit einer endlichen Welt in den Vordergrund rückt. Der Trend sollte weg von einer materialistischen, nach Status ringenden Einstellung, hin zu einer altruistischen Gesellschaft gehen, wo ehrenamtliche Arbeiten und die Versorgung von Alten und Kindern gewürdigt und anerkannt werden. (vgl. Jackson 2012, S. 154 - 161) Laut Jackson ist es die Aufgabe der Regierung „Institutionen und Strukturen so zu verändern, dass materialistischer Individualismus abnimmt und die Menschen stattdessen die Möglichkeit bekommen, sich um die eigentlichen, wichtigen Ziele zu kümmern: um Familie, Freundschaft und Gemeinschaft.“ (Jackson 2012, S. 173)

2.2.4 Vorschläge zur praktischen Umsetzung

Tim Jackson schlägt vor, klare Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen und Emissionen festzulegen. Seiner Meinung nach braucht die Wirtschaft fixe Reduktionsziele. Um eine positive Entwicklung in der Wirtschaft zu erreichen, sollen Steuerreformen durchgeführt werden, welche kohlenstoffintensivere Prozesse höher besteuern. Umweltfreundliche Technologien sollen hingegen gefördert werden. (vgl. Jackson 2012, S. 177 f)

Ein besonderes Augenmerk gilt auch den Entwicklungsländern. Bestandteile der Klimarahmenkonvention der UNO sollen ausgeweitet werden. Die Entwicklungsländer sollen in ihrer Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft unterstützt werden. Jackson schlägt hier eine Steuer auf CO₂ vor, welche von den Industriestaaten beim Import von Produkten aus den Entwicklungsländern zu zahlen ist. (vgl. Jackson 2012, S. 178 f)

Investitionen sollen in Bereiche fließen, wo sie Arbeitsplätze, Vermögenswerte und eine gute Infrastruktur schaffen. Dies könnte geschehen, indem Gebäude umweltfreundlicher und energiesparsamer aufgerüstet oder gebaut werden. Investitionen in erneuerbare Energien sollen ebenso gefördert werden wie sinnvolle Versorgungsnetze. Das Ziel soll sein, die Ökosysteme zu schützen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen. (vgl. Jackson 2012, S. 180)

2.3 André Gorz

Der in Wien geborene Philosoph Andre Gorz schreibt in seinem Werk *Kritik der ökonomischen Vernunft* über die Problematik der Klassenspaltung und die Bildung einer Dienstbotenklasse. Er befasst sich mit den Folgen des technischen Fortschrittes, der in vielen Bereichen die Arbeitskraft Mensch durch Maschinen ersetzt. Andererseits haben viele Menschen mehr Zeit durch die Industrialisierung, wodurch ein neuer Dienstleistungssektor geschaffen wird, der sich damit beschäftigt, die zusätzlich geschaffene Zeit zu verbrauchen.

Einige wenige Personen haben viel wirtschaftliche Macht, der Rest wird an den wirtschaftlichen Rand gedrängt. Diejenigen, die die Macht besitzen, erkaufen sich Freizeit, indem sie Dienstbotentätigkeiten von Dritten erledigen lassen, was zu einer Spaltung der Gesellschaft führt.

Unter anderem greift André Gorz die Idee einer Utopie eines Industrialismus von Karl Marx auf und analysiert seine Theorien.

3.3.1 Veränderung der Arbeit – verschiedene Ansätze

Was wir heutzutage unter Arbeit verstehen ist laut André Gorz ein Produkt der Industrialisierung. Arbeit ist das, was von der Gesellschaft als nützlich anerkannt wird und wofür man in der Regel eine Entlohnung bekommt. Arbeit ist nicht nur mehr ein Mittel, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern mit der Arbeit nehmen wir am öffentlichen Leben teil und bekommen dadurch eine soziale Existenz. (vgl. Gorz 1989, S. 27 f)

3.3.1.1 Antike – Der Mensch in der Polis

Mit einem Blick in die Antike zeigt sich, dass Arbeit mit dem Haushalt in direktem Zusammenhang stand. Freiheit konnte der damalige Mensch nur in der Polis erlangen. Der Bürger war daran interessiert, seine Arbeitslast zu reduzieren, was beispielsweise durch Sklaven zu erreichen war. Damals war die Arbeit nicht mit einer sozialen Identität verbunden, da sich Arbeit nicht wie heute im öffentlichen Bereich abspielte, sondern im privaten Bereich angesiedelt war. (vgl. Gorz 1989, S. 31)

3.3.1.2 Industrialisierung – Arbeit als kalkulierbarer Faktor

Zur Zeit der aufkommenden Industrialisierung ändert sich der Bezug zur Arbeit. Die Betriebe sind daran interessiert, den Faktor Arbeit kalkulierbar zu machen. Da die Arbeiter von sich aus nicht bereit sind, ihre maximale Arbeitsleistung zu erbringen in der Zeit, in der sie in der Firma tätig sind, wird die Entlohnung immer geringer. Die Arbeiter werden dadurch gezwungen, oft zehn Stunden zu arbeiten, um überhaupt ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Motivation und Freude an der Arbeit verschwinden und es geht nur mehr darum, Geld zu verdienen, um Waren tauschen zu können. Die Freude etwas herzustellen und Teil von etwas zu sein wird durch Konsum kompensiert. (vgl. Gorz 1989, S. 39 f)

Die ökonomische Rationalisierung der Arbeit wird somit die antike Idee der Freiheit und der existentiellen Autonomie zu Grabe tragen. Sie läßt ein Individuum entstehen, das – bereits in seiner Arbeit entfremdet – auch in seinem Konsum und schließlich in seinen Bedürfnissen entfremdet sein muß. (Gorz 1989, S. 41)

Dadurch, dass der Bezug zwischen den hergestellten Produkten und der eigenen Arbeitstätigkeit verloren geht und Geld und Konsum in den Vordergrund rücken, entstehen immer mehr Bedürfnisse, die gedeckt werden wollen. Die Geldmenge, die verdient und ausgegeben werden kann, scheint grenzenlos.

Das Feld dieser Bedürfnisse wächst mit dem gesellschaftlichen Reichtum immer weiter. Die Monetarisierung der Arbeit und der Bedürfnisse wird schließlich alle Grenzen sprengen, innerhalb derer sie die Philosophie vom guten Leben früher noch zurückhielten. (Gorz 1989, S. 41)

3.3.1.3 Marx und seine Arbeitsutopie

Gorz geht in weiterer Folge auf eine Theorie von Marx ein, wo es um eine kommunistische Utopie geht. Der Arbeiter soll wieder Freude an der Arbeit haben und als Individuum seine Würde zurück erlangen. Das Individuum soll sich im Beruf entfalten können. Diese Utopie der Entfaltung im Beruf reicht bis in die heutige Zeit. (vgl. Gorz 1989, S. 46 f)

Die Individuen schließen sich zusammen und erschaffen eine neue Welt in der nichts ohne sie bestehen kann. Der Verwaltungsapparat und auch der Staat

werden überflüssig. Arbeitsteilung, die das Individuum unterwirft und beschränkt, wird wieder abgeschafft. Die Menschen arbeiten freiwillig zusammen.

„[...] ein jedes Individuum erkennt als ‚totales Individuum‘ die gesamte gesellschaftliche Produktion als seine persönliche Aufgabe. Diese Aufgabe ermöglicht es einem jeden, der Würde des universellen Subjekt teilhaftig zu werden und durch die Entwicklung aller seiner Fähigkeiten als Gesamtpersönlichkeit vollständig zu entfalten.“ (Gorz 1989, S. 48)

Voraussetzung für das Funktionieren dieser Utopie ist, dass es keine systemischen Zwänge seitens der Politik gibt. Das Individuum soll aus persönlicher Motivation handeln und sich mit seiner Tätigkeit in den Gesamtprozess integrieren und sich damit auch identifizieren. (vgl. Gorz 1989, S. 48)

3.3.1.4 Verstärkung der Motivation durch Zwang oder Anreiz

Ein anderer Ansatz, den André Gorz beschreibt, ist eine Wirtschaft, die wir oft in unserer modernen Welt auffinden. Sie ist eine Mischung aus spontaner Fremdsteuerung, wie es etwa der Markt ist, einer geplanten Fremdsteuerung, die durch Reglementierung geprägt ist, und den Individuen, die durch verschiedene Faktoren motiviert werden, Fremdziele zu verfolgen. Positive Motivationsverstärker können nun materielle Anreize sein, wie beispielweise Geld oder symbolische Anstöße wie Prestige und Macht. Negative Verstärker können Vorschriften und Sanktionen sein, die das Individuum zu bestimmten Handlungsmustern nötigen. Auf Dauer kann ein System, welches nur aus Zwang besteht, nicht funktionieren. (vgl. Gorz 1989, S. 58)

Ein Nichtfunktionieren zeigte sich auch in kapitalistischen Wirtschaftsformen, wo das Produktionsgeschehen von einer einzigen Staatsmaschinerie vorgegeben wurde. Eine zentrale Planwirtschaft bestimmte, was das Individuum zu tun hatte und koppelte es somit von seiner Umwelt ab und nahm ihm seine Selbststeuerung. Die Basis war der Zwang. Resultat dieser *Fabriksgesellschaft* war eine Desintegration und Demotivation der arbeitenden Bevölkerung.

Auch hier liegt das Problem wieder in der Arbeitsteilung und den damit verbundenen Problemen. Menschen werden reduziert auf gewisse Tätigkeiten

und fungieren so als menschliche Rädchen in einer größeren Maschinerie. (vgl. Gorz 1989, S. 66 f)

3.3.1.5 Das Akkumulationsmodell und asoziale Sozialisierung

Um die Menschen trotzdem dazu zu bewegen ihrer Tätigkeit nachzugehen wird der Zwang aufgelockert und durch materielle Anreize kompensiert. Im Akkumulationsmodell wird der Mensch soweit sozialisiert und konditioniert, dass ihm die Arbeitsverhältnisse nicht mehr so wichtig sind wie der Lohn, der am Ende des Monats in der Tasche ist. Anstelle von kürzeren Arbeitszeiten wird längeres Arbeiten, aber dafür für mehr Lohn, bevorzugt. Um eine derart konsumkompensatorische Gesellschaft zu erziehen, ist Werbung nötig. Einerseits gibt es die öffentliche Propaganda, die die Bevölkerung hin zu einem bestimmten Verhalten lenkt, andererseits ist die kommerzielle Werbung zu nennen, die neue Bedürfnisse weckt und dem Individuum suggeriert, dass es sich durch den Besitz von Luxusgegenständen von der Masse abheben könne. Die Befriedigung dieser neuen Bedürfnisse und die dafür nötige Bereitstellung von Gütern wird über den freien Markt geregelt. Um den Arbeiter versöhnlich zu halten, ist es auf lange Sicht gesehen nötig, immer mehr Waren und Dienstleistungen als Kompensation anzubieten. Diese Kompensation geht sogar so weit, dass das was früher als Ausgleich für die Funktionalisierung der Arbeit gedacht war, zum neuen eigentlichen Ziel der Arbeit wird. (vgl. Götz 1989, S. 70 - 73) Die Wertigkeiten verschieben sich von der Freiheit der Arbeit hin zum Geld, welches alle anderen Werte ersetzt. (vgl. Gorz 1989, 74) Der Wandel zu einer Konsumgesellschaft hat dramatische Folgen für die Menschen selbst und das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen der Familie oder anderen sozialen Verbänden.

Das derart durch die Welt des Konsums sozialisierte Individuum ist also kein sozial integriertes Individuum mehr – im Gegenteil: es wird dazu angeregt, nur insofern ‚es selbst sein‘ zu wollen, als es sich von den anderen unterscheidet; und es ähnelt den anderen nur mehr durch diese im Konsum *sozial kanalisierte* Weigerung, die gemeinsame Situation in gemeinsamem Handeln zu bewältigen. (Gorz 1989, S. 74)

Fungiert nur der Markt als regulierende Instanz, führt dies in einer begrenzten Welt zu Problemen. Die Systematik des Marktes ist so angelegt, dass es immer mehr Wachstum gibt, die Menschen immer mehr konsumieren, die Hersteller

immer mehr produzieren und die Ressourcen uneingeschränkt verbraucht werden. Jeder ist nur auf sein eigenes maximales Wohl bedacht. Da wir jedoch alle in einer Welt leben, die nicht uneingeschränkt Ressourcen bereitstellen kann, ist es nötig, dass seitens des Staates eingegriffen wird und eine Einschränkung und Reglementierung des Ressourcenverbrauchs stattfindet. (vgl. Gorz 1989, S. 75)

3.3.1.6 Der Wohlfahrts- oder Fürsorgestaat

Der Wohlfahrts- oder Fürsorgestaat bietet dem/der funktionalen ArbeiterIn als Kompensation für den Verlust seiner/ihrer Autonomie bestimmte Transfer- oder Zahlungsleistungen. Der Staat übernimmt teilweise die Deckung der kompensatorischen Bedürfnisse. Es kommt teils zu einer vermehrten Abhängigkeit vom Staat. Die BürgerInnen sind sozial eher abgesichert, wodurch es zu einer „Austrocknung solidarischer Netze“ (Gorz 1989, S. 78) kommt. André Gorz denkt diese Entwicklung weiter und verweist auf George Orwells Alptraum von einer völlig desintegrierten Gesellschaft.

3.3.2 Der Sinn der Arbeit

Wird der/die ArbeiterIn nicht mehr als bloßes Rädchen einer Maschine betrachtet, „so verbreitet sich die Ideologie vom ‚menschlichen Faktor‘“ (Gorz 1989, S. 99). Diese *human resource* kann sich im Idealfall im Unternehmen entfalten und wird in persönlichen oder kollektiven Initiativen gefördert und treibt damit den ökonomischen und sozialen Fortschritt voran. Der/die neue ArbeiterIn unterscheidet sich von der Maschine und zeichnet sich durch Kompetenz, Geist, ein Bemühen um Qualität und kommunikative Fähigkeiten aus. (vgl. Gorz 1989, S. 99)

In der Realität zeigt sich jedoch, dass dieses Bild nur auf einen Bruchteil der ArbeiterInnen zutrifft und weist eher nur auf einen Paradigmenwechsel hin. Diese/r neue ArbeiterIn entwickelt sich zu einer Gruppe von Elite-ArbeiterInnen, denen aber eine große Masse von ArbeiterInnen gegenübersteht, die unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden und Arbeitslosigkeit fürchten. Wolfgang Lecher vom Forschungsinstitut des Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt die zukünftige Erwerbsbevölkerung in Stammarbeitnehmer, Randarbeitnehmer und externe Arbeitskräfte ein. Nur die Stammarbeitnehmer verfügen über

betriebsspezifische Qualifikationen und sind nicht leicht austauschbar. Die Randarbeiter verfügen über keine besonderen Qualifikationen und können beliebig ersetzt werden. Diese Gruppe muss sich oft mit einer Teilzeit-Arbeit zufrieden geben. Die externen Arbeitskräfte werden je nach Bedarf zu den verschiedenen Unternehmen geschickt und unterstehen Verleihfirmen. (vgl. Gorz 1989, S. 100 f)

Wolfgang Lecher schätzt die Zukunft der Erwerbsbevölkerung so ein, dass nur etwa ein Viertel der ArbeiterInnen eine dauerhafte Anstellung in einem Unternehmen haben



wird. Der Rest der arbeitenden Bevölkerung verteilt sich auf Leih- und Randarbeiter die von Arbeitslosigkeit betroffen oder davon bedroht sind.

Verglichen mit den tatsächlichen Zahlen der Erwerbstätigkeiten in Österreich im Jahr 2011/2012 zeigt, dass die Zahl der TeilzeitarbeiterInnen bei etwa 25 % liegt. Von Arbeitslosigkeit sind rund 4 % betroffen. Der Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung ist unselbstständig.

Hauptergebnisse der Arbeitsmarktstatistik (internationale Definitionen) 2012 und 2011, Quartale

	Quartal				
	2/2012	1/2012	4/2011	3/2011	2/2011
Erwerbstätigkeit nach EU-Konzept					
Erwerbstätige	4.191.000	4.119.200	4.161.900	4.200.200	4.141.200
Erwerbstätigenquote ¹⁾ der 15- bis 64-Jährigen	72,6%	71,4%	72,3%	73,0%	72,1%
Männer	78,2%	76,3%	78,1%	78,9%	78,0%
Frauen	67,1%	66,6%	66,4%	67,2%	66,2%
Teilzeitquote ²⁾	25,6%	26,1%	25,1%	24,8%	25,3%
Männer	8,9%	9,8%	8,9%	8,7%	9,0%
Frauen	45,0%	44,7%	44,2%	43,6%	44,4%
Unselbständig Erwerbstätige	3.633.800	3.563.700	3.601.000	3.634.100	3.561.100
Männer	1.906.700	1.849.700	1.902.000	1.911.800	1.872.200
Frauen	1.728.900	1.714.000	1.699.100	1.722.300	1.688.800
Teilzeitquote ²⁾ Unselbständige	25,7%	25,8%	25,2%	24,6%	25,4%
Männer	7,7%	8,1%	7,8%	7,3%	7,5%
Frauen	45,6%	44,9%	44,7%	43,9%	45,1%
Arbeitslosigkeit nach EU-Konzept					
Arbeitslose	187.300	184.400	186.000	160.700	175.300
Arbeitslosenquote ³⁾	4,3%	4,3%	4,3%	3,7%	4,1%
Männer	4,5%	4,0%	3,8%	3,5%	4,1%
Frauen	4,1%	4,6%	4,9%	3,9%	4,1%
Staatsangehörigkeit					
Österreich	3,8%	3,7%	3,6%	3,2%	3,6%
Ausland	7,9%	8,9%	9,1%	7,2%	7,7%
Jugendliche (15-24 Jahre)	8,4%	8,9%	8,8%	7,7%	8,1%
Ältere (55 bis 64 Jahre)	3,1%	3,0%	3,4%	2,8%	3,3%
Offene Stellen					
Offene Stellen (ÖNACE 2008 B-S)	75.300	72.600	65.200	70.800	75.700
Offene-Stellen-Quote ⁴⁾	2,0%	2,0%	1,8%	1,9%	2,1%

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und Offene-Stellen-Erhebung. – Internationale Definition des Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept. – 1) Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe. – 2) Erwerbstätige, die auf die entsprechende Frage angeben, Teilzeit zu arbeiten, in Prozent der Erwerbstätigen. – 3) Arbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren (Erwerbstätige und Arbeitslose). – 4) Anzahl der offenen Stellen x 100 / (Anzahl der offenen Stellen + unselbständig Erwerbstätige lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger).

Abbildung 2-5 Erwerbstätige in Österreich⁷

Im Allgemeinen haben wir einen Anstieg des Qualifikationsniveaus und ein Mehr von Autonomie innerhalb der Arbeit. Es gilt sich aber die Frage zu stellen, ob es dadurch zu keiner Entfremdung der Arbeit mehr kommt bzw. ob der/die ArbeiterIn wieder selbstbestimmt ist.

Für ein autonomes Arbeiten müssten Faktoren wie ...

- a) ... ein selbstorganisierter Arbeitsprozess gegeben sein.
- b) ... eine Beziehung zwischen ProduzentIn und Produkt vorhanden sein.
- c) ... eine persönliche Selbstentfaltung ermöglicht sein. (vgl. Gorz 1989, S. 116 f)

Die Situation der ArbeiterInnen ist insgesamt gesehen autonomer geworden und der/die Erwerbstätige arbeitet oft im Team. Innerhalb des Teams findet

⁷ vgl. http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitsmarktpolitik/066724 (letzter Zugriff: 17.05.2013)

zwar eine bestimmte Selbstbestimmung statt, das Team an sich bleibt jedoch unter der Befehlsgewalt des Unternehmers bzw. der Unternehmerin. „[...] es handelt sich daher um Autonomie *innerhalb* der Arbeit und nicht um *Autonomie der Arbeit selbst*“. (Gorz 1989, S. 117) Andere ArbeiterInnen haben nur überwachende Funktionen. Sie sitzen hinter diversen Knöpfen und Monitoren, um eine Produktion zu überwachen, die von Maschinen getätigt wird. Diese Personen tragen eine gewisse Verantwortung, arbeiten hauptsächlich mit ihrem Verstand, aber stellen jedoch selbst nichts Materielles her. (vgl. Gorz 1989, S. 126 f)

Die Arbeit mag zwar interessanter und abwechslungsreicher geworden sein, findet der/die Arbeitende/r aber auch seine/ihre Erfüllung darin? Ist die Arbeit sinngebend?

Der/die ArbeiterIn ist in der Regel nicht der/die ProduzentIn der Produkte. Die Anzahl der Produkte, die hergestellt werden, steigt stetig an in unserer Industriegesellschaft, die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung im Beruf ist dem Individuum jedoch nicht voll gegeben, da sich keine *Kultur der Arbeit* entwickeln konnte. Die zusätzliche Zeit, die durch die neue Arbeitsstruktur geschaffen wurde, gibt den Menschen die Möglichkeit in anderen Bereichen einen Sinn zu finden. Das Individuum kann Talente entwickeln und fördern. Die Arbeit ist nicht länger einziges Feld der sozialen Identität. Neue Ziele können außerhalb der Arbeit gesteckt werden und gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen gepflegt werden. Lebenszeit wird nicht mehr bloß durch die Arbeit bestimmt, wodurch die Arbeit einen untergeordneten Platz im Leben einnimmt. (vgl. Gorz 1989, S. 134)

Die Individuen werden dann sehr viel anspruchsvoller sein in Bezug auf die Natur, die Inhalte, die Ziele und Organisationsformen ihrer Arbeit. ‚Schwachsinnarbeit‘ werden sie ebenso wenig akzeptieren wie Unterdrückung durch autoritäre Kontrollen oder Fabrikshierarchie. Die Befreiung von der Arbeit wird also zu einer Befreiung in der Arbeit führen müssen, ohne diese jedoch (wie dies Marxens Vorstellung war) zur freien, die eigenen Ziele setzenden, persönlichen Selbstentfaltung machen zu können. (Gorz 1989, S. 136)

Durch die Freisetzung von Zeit durch rationalisierte Produktivität, wird Zeit für höhere Tätigkeiten frei, in denen sich das Individuum entfalten kann. Diese höheren Tätigkeiten ermöglichen eine Entfaltung des guten Lebens, dessen

Zweck in sich selbst steckt und keinem äußeren Zweck dient. (vgl. Gorz 1989, S. 138) Die Individuen müssen „den Sinn und Wert der [Zeit- und Arbeitseinsparungen] in sich selbst suchen.“ (Gorz 1989, S. 141)

Laut einer Umfrage der Grundwertekommission der SPD nehmen die außerberuflichen Aktivitäten einen höheren Stellenwert ein als der Beruf. Der Großteil der ArbeitnehmerInnen beschreibt die Arbeit als interessant, sieht sie aber nicht als Lebensmittelpunkt. Mit den Arbeitsbedingungen sind etwa 80 % der Befragten zufrieden und vertreten die Meinung, dass sich die Arbeitsqualität in den letzten Jahren verbessert hat. Laut einer skandinavischen und britischen Untersuchung hängen die Dinge, die ein glückliches Leben ausmachen, nur mehr wenig mit der Arbeit zusammen. Glücklich machende Faktoren sind Autonomie, Beziehungen zur Familie, Freunden und PartnerIn. (vgl. Gorz 1989, S. 146 f)

„Damit ist die Arbeit dazu bestimmt, zu einer Tätigkeit neben anderen zu werden, die ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger sind als sie.“ (Gorz 1989, S. 148) Das Individuum wird dazu aufgefordert sich nicht mehr mit dem Arbeitsplatz zu identifizieren. Im Gegenteil, die Person wird dazu angeregt einen gewissen Abstand zu nehmen vom Beruf, um andere Interessenschwerpunkte finden zu können.

Mit einem Blick auf die Zeiterhebung von der österreichischen Bevölkerung, die durch die Statistik Austria durchgeführt wurde, ist zu sehen, dass die Arbeitszeit etwa acht Stunden des Tages einnimmt. Für Freizeitaktivitäten und soziale Kontakte wird etwa die gleiche Zeit aufgewendet. Dies zeigt, dass der Beruf auch laut einer aktuellen Erhebung nur einen Teil des Lebens ausmacht und der Freizeitbereich ebenfalls eine große Bedeutung hat.

**Durchschnittliche Zeitverwendung pro Tag nach zusammengefassten Haupttätigkeiten
Personen ab 10 Jahren (Montag - Sonntag)**

Zusammengefasste Haupttätigkeiten	Frauen			Männer			Insgesamt		
	Ø	Anteil der Ausübenden	Ø Ausübende	Ø	Anteil der Ausübenden	Ø Ausübende	Ø	Anteil der Ausübenden	Ø Ausübende
	Std:Min	%	Std:Min	Std:Min	%	Std:Min	Std:Min	%	Std:Min
Persönliche Tätigkeiten	11:12	100,0	11:12	10:53	99,9	10:54	11:03	100,0	11:03
Berufliche Tätigkeiten	02:40	35,5	07:31	04:24	48,4	09:05	03:30	41,7	08:24
Schule, Weiterbildung	00:39	11,5	05:41	00:44	11,0	06:37	00:42	11,3	06:08
Haushaltsführung	03:42	92,2	04:01	01:58	74,3	02:39	02:52	83,5	03:25
Soziale Kontakte, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit	02:15	76,2	02:56	01:53	69,1	02:43	02:04	72,8	02:50
Freizeitaktivitäten	03:27	93,4	03:42	04:04	93,3	04:21	03:45	93,4	04:01
Nicht zuordenbare Zeiten	00:05	10,0	00:49	00:05	10,0	00:50	00:05	10,0	00:49

Q: Statistik Austria, Zeitverwendungserhebung 2008/2009. - Werte, bei denen die Anzahl der Personen (nicht hochgerechnet) unter 30 liegen, werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 2-6 Zeitverwendung in Österreich⁸

Das Individuum hört auf, sich nur durch die Arbeit zu definieren. Die Tätigkeiten und Beziehungen, die in der Freizeit gepflegt werden, werden Teil dessen, was eine Person ausmacht. (vgl. Gorz 1989, S. 167)

3.3.3 Das Verlangen nach mehr

Seit der/die Arbeiterin für seine/ihre Arbeit mit Geld entlohnt wird und der Kreislauf von Kapital und Konsum in Gang ging, strebt der Mensch nach immer mehr. Reichtum wird anhand der Geldmenge gemessen und kann dadurch ein unendliches Maß annehmen. Moralische Werte werden durch ökonomische Rationalität und rechnerisches Kalkül ersetzt. Einstellungen und Handlungen, die einst von etwa religiöser Moral geprägt waren, werden durch die ökonomische Rationalität ersetzt. Der Wert, beziehungsweise der Erfolg eines Menschen wird mit dem Verdienst, der Höhe des Gewinns, beziehungsweise dem Reichtum gleichgesetzt. Jemand der ein hohes Einkommen aufweisen kann, ist in der Gesellschaft mehr wert. (vgl. Gorz 1989, S. 160 – 163) Macht es jedoch auch glücklicher, wenn man mehr hat? Wer mehr Geld hat, kann zwar mehr konsumieren, ist vielleicht aber trotzdem nicht glücklich. Nicht alles ist käuflich. Manche Werte sind nicht kalkulierbar oder bezahlbar.

⁸ vgl. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/zeitverwendung/index.html (letzter Zugriff 20.05.2013)

Problematisch ist es, wenn außer der Arbeit kein Lebensinhalt und keine Interessen vorhanden sind. Der/die ArbeiterIn verdient zwar vielleicht mehr Geld, gibt dieses aber für Konsumgüter aus, die nicht wirklich gebraucht werden. Im Beruf wird dieser Person möglicherweise alles vorgegeben und das freie Denken somit unnötig gemacht. (vgl. Gorz 1989, S.168 ff)

Von der Werbung wird dem/der BürgerIn suggeriert, dass dieses *immer mehr haben zu wollen* normal ist. Immer mehr neue Produkte werden auf den Markt gebracht, welche dann vom Konsumenten gekauft werden, um einen Gegenwert für das verdiente Geld zu bekommen. Der Arbeit wird durch verschiedene Konsumgüter ein Wert verliehen, was wiederum für den/die Erwerbstätige ein besseres Leben symbolisiert. Von den großen Firmen und Unternehmen wird dieser Drang nach immer mehr Produkten gefördert. Laut einer Studie der Harvard Business Review ist den Chefs und Chefinnen dieser Firmen sehr wohl bewusst, dass zusätzliche Bedürfnisse erst geschaffen werden und die meisten Produkte ohne Werbung, und die dadurch verbundene Weckung von Zusatz- Bedürfnissen nicht verkauft werden könnten. (vgl. Gorz 1989, S. 172)

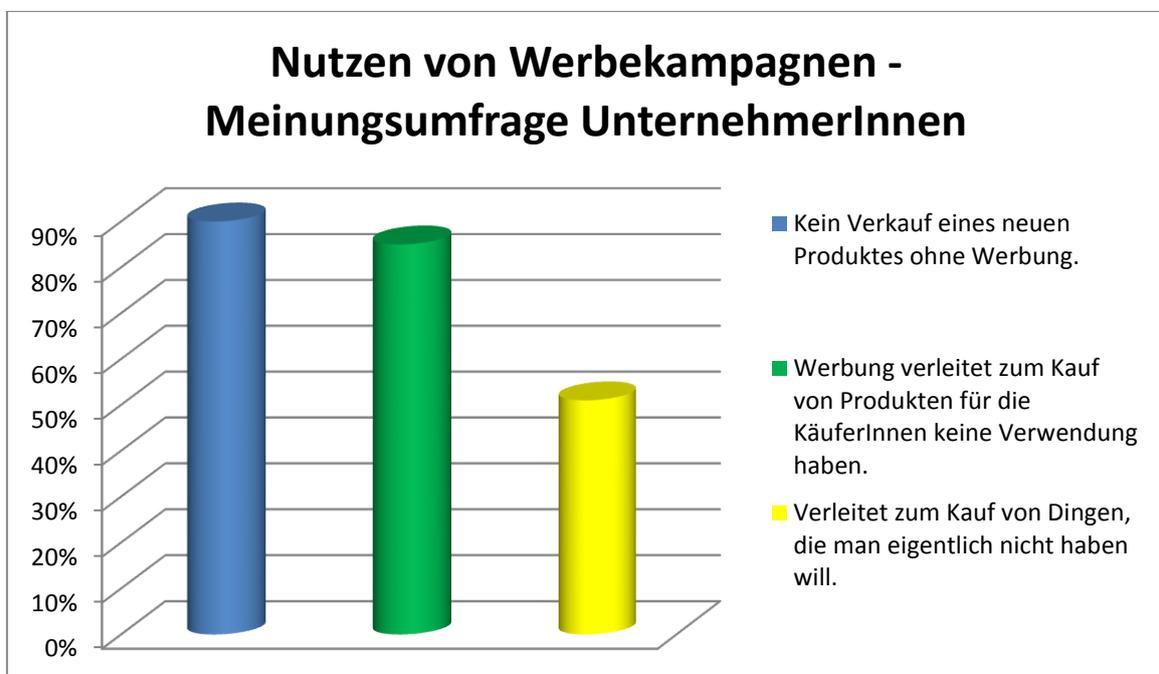


Abbildung 2-7 Meinungsumfrage zur Werbung vom Harvard Business Review

Durch diese künstlich hervorgerufenen Konsumwünsche werden der/die ArbeiterIn dazu angeregt, mehr zu arbeiten und vergessen dadurch möglicherweise auf die Befriedigung tatsächlicher Bedürfnisse. Ein immer größerer Teil des verdienten Geldes wird für den Konsum aufgewendet, wodurch nicht mehr primär für die Deckung der Bedürfnisse der Menschen gearbeitet wird, sondern für die Bedürfnisse des Kapitals. (vgl. Gorz 1989, S. 172 f)

Dadurch, dass die Menschen immer mehr haben wollen, kommt es zu einem Wachstum in verschiedensten Bereichen und auf verschiedensten Ebenen. Es wird mit einer immer höheren Geschwindigkeit produziert und konsumiert. Immer mehr Leistung und Ertrag wird vom System gefordert. Eine Steigerung des individuellen Einkommens, der nationalen Wirtschaftskraft, ja sogar des globalen Reichtums wird angestrebt. Wachstum wird als per se gut betrachtet. (vgl. Gorz 1989, S. 175)

Dieser Trend bringt jedoch Nachteile mit sich. Es kommt zu einer kalten Gesellschaft in einer verdinglichten Welt, in der die zwischenmenschlichen Beziehungen verkümmert sind und die Kultur durch Quantität geprägt ist. (vgl. Gorz 1989, S. 181)

Dass ein mehr an Arbeit ein besseres Leben ermöglicht, glaubt André Gorz nicht.

Das Band zwischen dem ‚mehr‘ und dem ‚besser‘ ist gerissen; denn die meisten unserer Bedürfnisse sind weitgehend gedeckt, während viele unserer unbefriedigten Bedürfnisse nicht durch Mehrproduktion gedeckt werden können, sondern dadurch, daß anders produziert wird und anders hergestellt wird – ja sogar, daß weniger produziert wird. Dies gilt insbesondere für unsere Bedürfnisse nach gesunder Luft, trinkbarem Wasser, nach Raum, Ruhe, Schönheit, Zeit und zwischenmenschlichen Beziehungen. (Gorz 1989, S. 308)

Um den negativen Auswirkungen der nach immer mehr strebenden Gesellschaft entgegen zu wirken, schlägt André Gorz eine Arbeitszeitverkürzung im Beruf vor. Eigenarbeit in den eigenen vier Wänden oder im Garten, sowie gemeinnützige Tätigkeiten sollen neue Werte schaffen und dem Menschen eine Möglichkeit zur Entfaltung bieten. Die Zeitersparnis soll den Individuen zu neuen kulturellen und gesellschaftlichen Zielen verhelfen, die den ökonomischen Zielen übergeordnet sind. (vgl. Gorz 1989, S. 260)

Durch die Arbeitszeitverkürzung würden auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch die Arbeitslosigkeit sinken würde. Arbeitszeit könnte auch so gestaltet sein, dass nicht etwa eine genaue Anzahl von Stunden gearbeitet werden muss, sondern dass nur gewisse Aufgaben erledigt werden müssen. Mit eher freien oder verkürzten Arbeitszeiten hätten die ArbeiterInnen mehr Zeit, sich in ihrer Freizeit schöpferisch zu entfalten und ihrem Leben einen Sinn zu geben. (vgl. Gorz 1989, S. 271 - 279)

2.4 Julian Nida-Rümelin

Julian Nida-Rümelin will in seinem Werk *Die Optimierungsfalle* darauf hinweisen, dass Ökonomie immer in Bezug mit dem Individuum steht, welches sich selbst immer innerhalb eines kulturellen und moralischen Kontexts bewegt. Seine Hauptthese lautet, dass „der ökonomische Markt [...] nicht moralfrei [ist]“ (Nida-Rümelin 2011, S. 15). Diese Aussage scheint zwar auf den ersten Blick selbstverständlich und logisch zu sein, ist aber unter genauerer Betrachtung dann gar nicht mehr so gewiss. Die Ökonomie wird von Rationalität beherrscht, welche darauf beruht, Interessen möglichst effizient zu befriedigen und einen möglichst großen Vorteil zu erlangen. Eine rational handelnde Person würde nur den größtmöglichen Nutzen im Auge haben und würde dem Bild des *homo oeconomicus* entsprechen. Verantwortung gegenüber den Mitmenschen oder der Natur würden keine Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen. In einer humanen Gesellschaft gibt es den *homo oeconomicus* praktisch nicht. Es geht Julian Nida-Rümelin in seinem Buch darum, eine Einbettung der ökonomischen Praxis in eine moralisch denkende humane Gesellschaft aufzuzeigen und damit eine humane Ökonomie zu beschreiben. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 15-17)

Die ökonomische Rationalität hat im Laufe der Zeit sicher einige Vorteile mit sich gebracht, wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Wirtschaftsleistung. Leider hat diese Entwicklung nicht nur positive Seiten. So bringt der Anstieg zwar einem kleinen Teil der Bevölkerung neuen Reichtum, hat aber auf der anderen Seite zu einer Verarmung der Menschen in ländlichen Gebieten und großen Teilen der Bevölkerung geführt. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 23) In wie weit steht nun diese ökonomische Rationalität mit anderen Rationalitäten im Verhältnis? Was ist überhaupt unter ökonomischer Rationalität zu verstehen?

Im engeren Sinn geht es bei ökonomischer Rationalität darum, ein bestimmtes Ziel mit einem möglichst geringen Aufwand zu erreichen, sprich um das Kosten – Nutzen Verhältnis. Im weiteren Sinne kann man den Begriff der ökonomischen Rationalität aber auf sämtliche Handlungen des menschlichen Daseins ausweiten, da so gut wie jede Handlung mit einem gewissen Aufwand

und einem bestimmten erwarteten Nutzen verbunden ist, und sei es nur die Frage, mit welchem Verkehrsmittel es am besten ist, von Punkt A zu Punkt B zu gelangen. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 27)

In unserer modernen Wirtschaft werden Begriffe wie Optimierung oder Maximierung gebraucht. Welcher Nutzen soll aber optimiert, beziehungsweise maximiert werden? Wird durch eine Handlung mein eigenes Wohlbefinden gesteigert, habe ich nach dem bedeutenden Statistiker Leonard J. Savage rational gehandelt, da ich meinen eigenen subjektiven Zustand optimiert habe. Diese Optimierung muss nicht einmal mit Geld zu tun haben, einige Dinge wie etwa Freundschaft können nicht erkaufte werden, können jedoch mein Wohlbefinden steigern. Daher geht es immer um ein Abwägen der möglichen Konsequenzen und die Einbeziehung von Wahrscheinlichkeiten. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 33 – 35)

Bei der Wahl der richtigen Entscheidungen darf jedoch nicht nur das eigene Wohl im Vordergrund stehen. Für ein gutes Leben ist es erforderlich, auch altruistische Handlungen zu tätigen, da ein Mensch der stets nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, bereits an der Herausforderung Freunde zu finden scheitern wird. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 45)

4. Die Bedeutung der großen, alten Philosophen für die heutige Zeit und ihr Bezug zu modernen Philosophen und Ökonomen

4.1 Gerechtigkeit

Die Frage nach der Gerechtigkeit war schon immer ein Thema der Philosophie. Schon die großen Philosophen der Antike wie Platon und Aristoteles, beschäftigten sich mit der Frage nach Gerechtigkeit.

Die gesetzliche Gerechtigkeit ist demnach kein bloßer Teil der Tugend, sondern die ganze Tugend, und die ihr entgegengesetzte Ungerechtigkeit kein Teil der Schlechtigkeit, sondern wieder die ganze Schlechtigkeit. (Aristoteles, EN 1130a)

Die gerechte Seele also und der gerechte Mann wird ein gutes Leben führen, der ungerechte aber ein schlechtes. (Platon, Res publica 353e)

Platon argumentiert in seiner Politikschrift, dass derjenige der Gerechtes tut, glücklicher sein wird als derjenige, der Schlechtes tut.

Der deutsche Professor Dr. Julian Nida-Rümelin setzt sich ebenfalls mit der Thematik der Gerechtigkeit auseinander. Er greift hierfür direkt auf die Theorien der großen Philosophen zurück. Die wichtigsten Pole der griechischen Klassik beschreibt er als die „Glück im Sinne eines gelungenen Lebens und Gerechtigkeit im Sinne des richtigen Handelns und des wünschenswerten Charakters“ (Nida-Rümelin 2011, S. 170 f).

Wenn von Philosophie und Gerechtigkeit die Rede ist, ist auf jeden Fall Kant zu nennen. In Punkto Gerechtigkeit gibt uns Kant mit seinem Kategorischen Imperativ eine konkrete Handlungsanweisung.

Ich soll niemals anders verfahren, also so, daß ich auch wollen könne, meine Maxime solle ein allgemeines Gesetz werden (GMS401).

Kant geht es in seiner Ethik um die Frage nach dem höchsten Gut. Bei Kant ist dieses durch den *guten Willen* bestimmt ist. Aus diesem *guten Willen* wiederum entwickelt er den Begriff der *Pflicht*. Beim Pflichtbegriff unterscheidet Kant einerseits zwischen einer Handlung aus Pflicht und einer pflichtgemäßen Handlung und andererseits zwischen einer direkten und einer indirekten Pflicht.

Die *wertvollere Handlung* ist die *Handlung aus Pflicht*, denn diese Handlung vollzieht man gegen seine eigenen Neigungen. Wenn eine Handlung getätigt wird, die mit dem Gesetz konform ist, mir persönlich aber Lob und Ehre bringt, handle ich pflichtgemäß (vgl. Klopfer 2008, S. 302 – 304).

Stuart Mill gibt uns mit dem Utilitarismus einen weiteren Ansatz zur Beantwortung der Frage nach der Gerechtigkeit. So ist beim Utilitarismus das Prinzip der Nützlichkeit ein grundlegendes Prinzip. Die Nützlichkeit wird als einzige Quelle der Gerechtigkeit beschrieben. Beim Utilitarismus wird eine Handlung danach beurteilt, welche Folgen sie hat. Aus diesem Grund spricht man im Zusammenhang mit dem Utilitarismus auch von einem konsequenzialistischen Ansatz. (vgl. Holzleithner 2009, S. 33)

Das Ziel des Utilitarismus ist das größte *Glück für die größte Zahl*. Ein *edler Charakter* ist für das Ziel des Utilitarismus förderlich. Ein *edler Charakter* dient zwar vielleicht nicht dem Einzelnen zur Förderung seiner Lust, aber dem Gemeinwohl mit Sicherheit. Den Endzweck des menschlichen Handelns soll die Norm der Moral darstellen. Darunter kann man die Gesamtheit an Handlungsregeln sehen, welche dazu dienen das Glück für die gesamte fühlende Natur zu steigern. (vgl. Mill 2010, S. 21 – 39)

Der zeitgenössische Philosoph Julian Nida-Rümelin beschreibt den Utilitarismus, die Ethik Kants und den Kontraktualismus als die drei wichtigsten Theorien zur Gerechtigkeit. Seiner Meinung nach sind diese drei Paradigmen, die zu Zeiten der Aufklärung entstanden sind, für unserer heutige Zeit nach wie vor von Bedeutung und haben einen prägenden Einfluss auf die heutige Philosophie. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 171) Er ist der Meinung, dass Kant einen großen Erkenntnisfortschritt in der Ethik geleistet hat. In seinem Buch *Die Optimierungsfalle* verweist Julian Nida-Rümelin auf Kants *Sittengesetz* und die Bedeutung von *Würde*, so wie sie Kant beschrieben hat. Auf die heutige Zeit und die Wirtschaft umgesetzt, würden die Menschen nicht aufgrund von Präferenzen Handlungen setzen, sondern durch die Einsicht, das Richtige zu tun. Auch Ergebnisse aus der ökonomischen Forschung bestätigen, dass Menschen durchaus in der Lage sind, gegen ihre augenblicklichen Neigungen zu entscheiden. (vgl. Rümelin 2011, 51 f)

Die Idee des Kategorischen Imperativs muss also einerseits radikalisiert und verallgemeinert und andererseits mit der Lebenswelt versöhnt werden (Nida-Rümelin 2011, S. 52).

Günther Dux argumentiert so, dass die Gerechtigkeit als Gleichheit verstanden werden kann. Einerseits als Gleichheit vor dem Gesetz, andererseits als Postulat der Inklusion im ökonomischen System. Dieses Postulat der Inklusion würde eine Teilhabe an der kulturellen und ökonomischen Errungenschaft unserer Zeit beinhalten. Nun finden wir uns aber bei dem Problem der Exklusion wieder. Millionen von Menschen sind unzureichend in die Gesellschaft inkludiert und können an den Errungenschaften nicht in ausreichendem Maße teilhaben. (vgl. Dux 2006, S. 29 – 32) Um soziale Gerechtigkeit in einer Marktgesellschaft zu ermöglichen, bedarf es einer Verfassung, die durch das politische System Form findet. Die Politik muss dafür sorgen, dass der Verpflichtungsgehalt der Gerechtigkeit durchgesetzt wird.

4.2 Gleichberechtigung – Chancengleichheit

In den letzten Jahren war die Diskussion um Gleichberechtigung sehr angeregt. Laut Erhebungen verdienen Frauen im Durchschnitt weniger Geld, als Männer. Näher betrachtet, stellt sich heraus, dass dieser Gehaltsunterschied in so gut wie allen Wirtschaftsbereichen vorhanden ist. Laut der folgenden Graphik gibt es keine Wirtschaftsbranche, wo Frauen mehr verdienen als Männer. In den letzten Jahren wurden zwar Gesetze erlassen, die diese Ungleichbehandlung verhindern soll, ob diese Neuerungen jedoch greifen, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Die folgenden Abbildungen sollen den Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern aufzeigen. Vorweg möchte ich jedoch sagen, dass solche Graphiken mit Vorsicht zu genießen sind, da die Berufe innerhalb der Branche unterschiedlich sein können. So kann es sein, dass die Abbildungen eine größere Kluft vorspiegeln, wie sie wirklich ist.

Bruttostundenverdienste¹⁾ und unselbständig Beschäftigte 2002 nach Wirtschaftsbranchen und Geschlecht

Tabelle 2



Wirtschaftstätigkeit nach Abteilung der ÖNACE 1995	Frauen		Männer		Anteile in %	
	Bruttostundenverdienste in EUR	Zahl der unselbständig Beschäftigten	Bruttostundenverdienste in EUR	Zahl der unselbständig Beschäftigten	Verdienstanteil der Frauen	Frauenanteil an den Beschäftigten
C Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	9,32	566	11,18	4.207	83,3	11,9
D Sachgütererzeugung	8,70	139.377	12,08	375.346	72,0	27,1
E Energie- u. Wasserversorgung	12,40	5.236	15,62	22.334	79,4	19,0
F Bauwesen	9,57	19.435	11,10	164.700	86,2	10,6
G Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	8,00	207.977	10,67	166.165	75,0	55,6
H Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	6,59	40.764	7,55	27.464	87,3	59,7
I Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	9,37	44.567	10,59	147.565	88,5	23,2
J Kredit- u. Versicherungswesen	12,25	50.222	17,21	52.238	71,2	49,0
K Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung v. unternehmensbez. Dienstleistungen	8,91	95.356	11,70	103.392	76,1	48,0
Wirtschaftsbereiche insgesamt	8,54	603.500	11,51	1.063.411	74,1	36,2

Q: Verdienststrukturerhebung 2002. - Ohne Lehrlinge. - 1) Bruttostundenverdienste ohne Mehr- und Überstunden (enthalten sind hingegen Zuschläge für Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit).

Abbildung 4-1 Bruttoverdienst nach Wirtschaftsbranchen und Geschlecht (Quelle: Statistik Austria)

Der Unterschied beim Bruttoverdienst zeigt sich nicht nur branchenspezifisch, sondern auch nach Bildung. Egal welche Art von Bildung abgeschlossen wurde, Männer verdienen im Durchschnitt mehr als Frauen. Besonders im Bereich der höchsten Ausbildung zeigt sich eine sehr hohe Differenz zwischen dem Bruttostundenlohn einer Frau und eines Mannes. So verdient ein Mann um rund 1/3 mehr als eine Frau.

Bruttostundenverdienste¹⁾ und unselbständig Beschäftigte 2002 nach Bildung und Geschlecht

Tabelle 4



Höchste abgeschlossene Bildung	Frauen		Männer		Anteile in %	
	Bruttostundenverdienste in EUR	Zahl der unselbständig Beschäftigten	Bruttostundenverdienste in EUR	Zahl der unselbständig Beschäftigten	Verdienstanteil der Frauen	Frauenanteil an den Beschäftigten
Höchstens Pflichtschulabschluss	7,31	191.442	9,40	193.386	77,8	49,7
Lehrabschluss	8,46	212.215	11,18	566.644	75,7	27,2
Berufsbildende mittlere Schule	9,84	82.562	12,69	63.815	77,6	56,4
Allgemeinbildende höhere Schulen	10,42	31.661	12,93	32.631	80,6	49,2
Berufsbildende höhere Schulen	10,97	52.285	15,40	89.949	71,2	36,8
Meisterausbildung, Kollegs, Akademien	11,44	10.522	14,60	62.220	78,3	14,5
Universität und Fachhochschule	14,83	22.813	21,34	54.767	69,5	29,4
Insgesamt	8,54	603.500	11,51	1.063.411	74,1	36,2

Q: Verdienststrukturerhebung 2002. - Ohne Lehrlinge. - 1) Bruttostundenverdienste ohne Mehr- und Überstunden (enthalten sind hingegen Zuschläge für Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit).

Abbildung 4-2 Bruttoverdienst nach Bildung und Geschlecht (Quelle: Statistik Austria)⁹

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Frauen im Beruf nicht die gleichen Chancen haben wie Männer. Im hochqualifizierten Bereich arbeiten

⁹ http://www.statistik.at/web_de/suchergebnisse/index.html (letzter Zugriff: 29.05.13)

mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen. Während im Bereich der wenig qualifizierten Billigjobs eher Frauen beschäftigt sind.

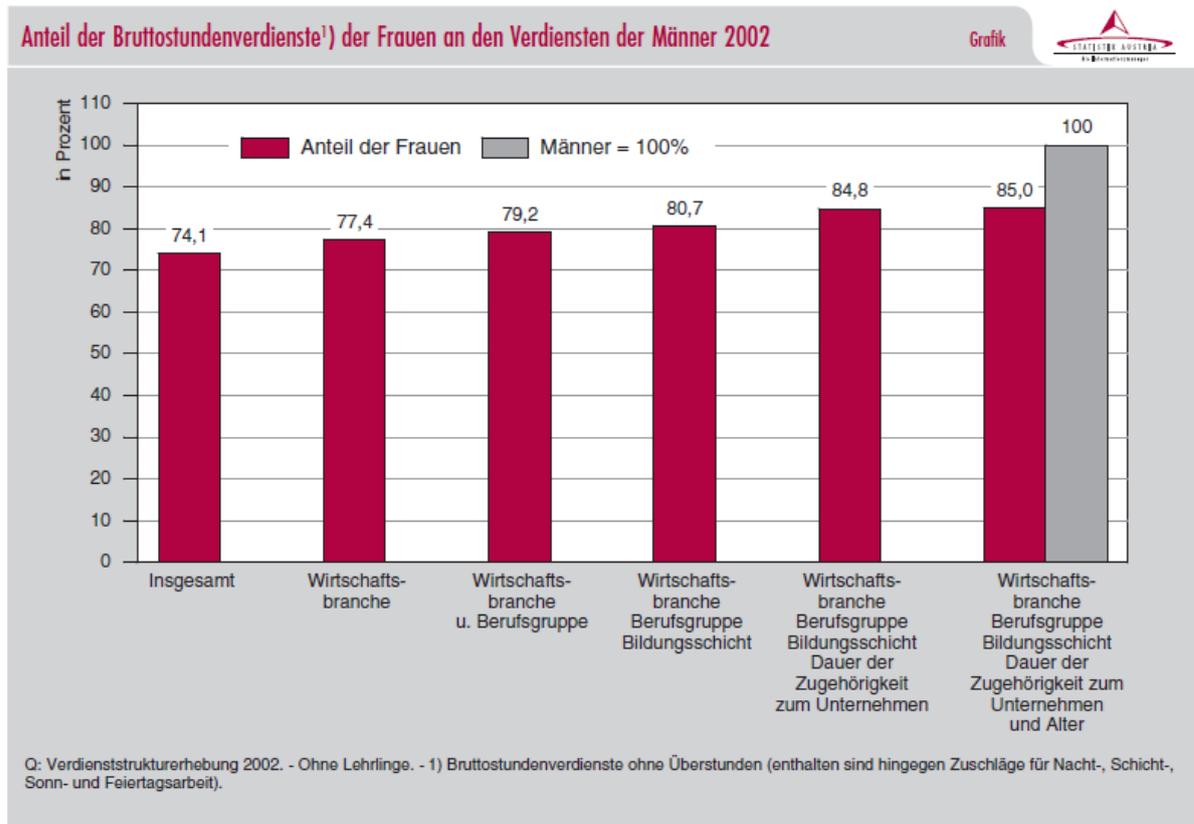


Abbildung 4-3 Anteil Bruttostundenverdienste der Frauen an den Verdiensten der Männer 2002 (Quelle: Statistik Austria)

Frauen verdienen nach dieser Graphik in jedem Bereich weniger als Männer.

Beim Thema Gleichberechtigung war Platon seiner Zeit voraus. Er ging damals schon auf die Gleichberechtigung der Frauen ein. Sind Frauen und Männer in der Fähigkeit unterschiedlich begabt verschiedene Aufgaben zu erfüllen, so soll jeder das Seine tun. Begrenzt sich der Unterschied aber nur auf die biologische Tatsache, dass Frauen Kinder zur Welt bringen und Männer nicht, so ist dies kein ausreichender Grund, einen Unterschied zwischen Mann und Frau zu machen. Es gibt daher keine Tätigkeiten in der Verwaltung eines Staates, die eine Frau nicht ausführen kann. (vgl. Platon, Res publica 454, 455)

Laut Platon sollte es demnach keine Unterschiede in der Jobvergabe geben. Es gibt keine Arbeit, die eine Frau nicht verrichten könnte, außer Arbeiten zu denen sie körperlich nicht in der Lage ist. Hat die Frau jedoch die gleichen

Fähigkeiten bzw. auf unsere heutige Zeit umgelegt, die gleichen Qualifikationen, soll die Frau die gleichen Chancen haben wie Männer.

Aristoteles spricht sich bereits vor über 2000 Jahren für eine gewisse Gleichberechtigung aus. Gleichberechtigung in dem Sinne, dass alle Bürger gleich sind. Frauen, Kinder und Sklaven fallen jedoch nicht unter Aristoteles Begriff von Bürger, wodurch wir noch nicht wirklich von Gleichberechtigung sprechen können. Die Menschen sind bei Aristoteles naturgegeben nicht gleich.

Die klassischen Philosophen sind sich einig, „dass Menschen von Natur aus gleich und frei seien.“ (Nida-Rümelin 2011, S. 163) Bei Kant hat der Mensch eine unantastbare Würde. Dieses Konzept der unantastbaren Würde findet sich aktuell unter Anderem in der Österreichischen Verfassung im zweiten Artikel und im ersten Grundgesetz von Deutschland. Diese Würde hat jeder Mensch, der grundsätzlich vernunftbegabt ist. Dabei spielt es keine Rolle, welches Geschlecht, welche Hautfarbe oder welche Herkunft ein Mensch hat. Zeitgenössische Ethik geht ebenfalls von dieser Basis aus, dass alle Menschen von Natur aus gleich sind und die gleichen Rechte und die damit verbundene Verantwortung haben. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 163 -165)

4.3 Verteilungsgerechtigkeit - Die Kluft zwischen Arm und Reich

Gerechtigkeit hat viele Facetten. In unserer heutigen Zeit fallen sehr oft Begriffe wie Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit.

Sehr viele Menschen in Österreich haben das Gefühl, dass die Chancen und das Vermögen nicht gerecht verteilt sind. Laut einer Studie der Arbeiterkammer Österreich empfinden über 90 % der Bevölkerung die Ungleichverteilung des Vermögens als zu hoch.

Diese Einschätzung ist berechtigt. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Österreich weit auseinander. So sind die reichsten 5 % der Bevölkerung im Besitz von rund 45 % des Privatvermögens des Landes, während die Ärmsten so gut wie kein Vermögen besitzen. Die ärmsten 50 % der Haushalte haben einen Anteil von nur 4 % am Brutto Vermögen. In der folgenden Graphik ist die Ungleichverteilung deutlich sichtbar. (vgl. Arbeiterkammer 2013, S. 4 f)

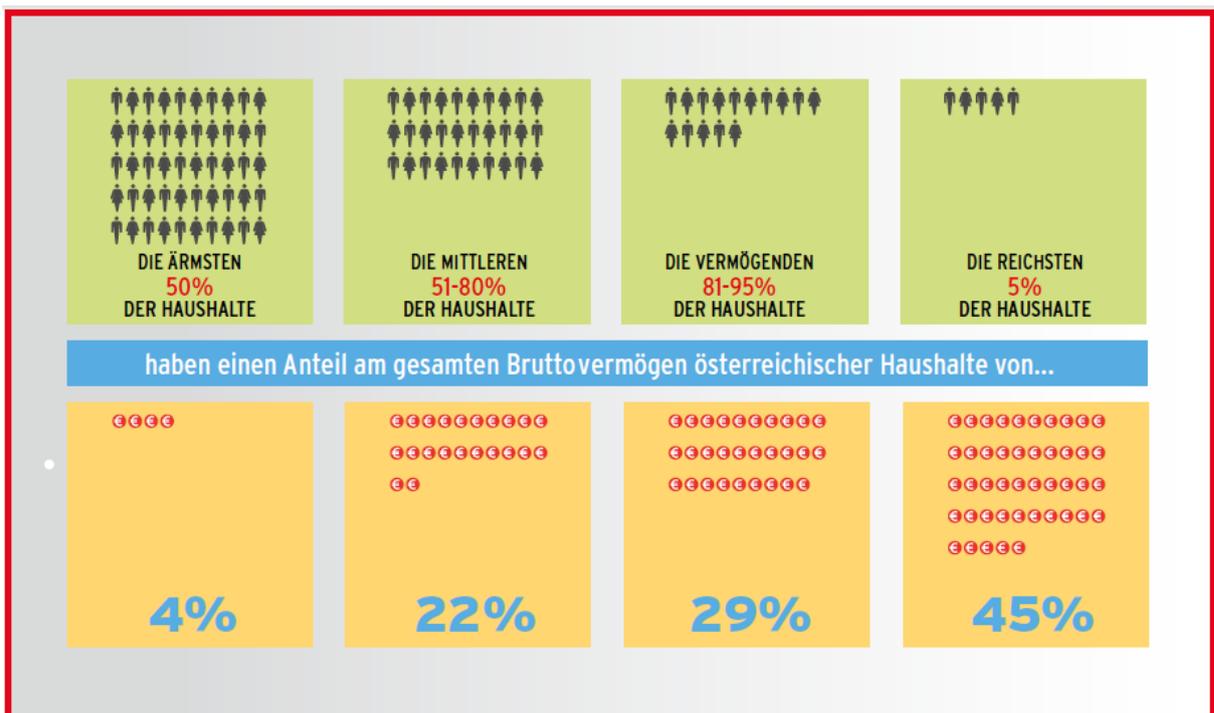


Abbildung 8: Die Verteilung des Bruttovermögens österreichischer Haushalte, 2010 (Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB)

	Die ärmsten 50%	Die mittleren 51-80%	Die Vermögenden 81-95%	Die reichsten 5%	Gesamt
Durchschnitts-Bruttovermögen	21.631 €	200.889 €	536.165 €	2.620.036 €	282.000 €

Abbildung 9: Durchschnittliches Bruttovermögen ausgewählter Haushaltsgruppen, 2010 (Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB)

Die reichsten 5 % haben ein durchschnittliches Vermögen von 2,6 Millionen. Eine Schicht von vermögenden Personen, die einen Anteil von etwa 15 % der Bevölkerung einnehmen, hat im Durchschnitt ein Vermögen von etwa einer halben Million Euro. Die ärmsten 50 % besitzen rund 20.000 Euro. (vgl. Arbeiterkammer 2013, S. 5)

Für das Problem der ungerechten Verteilung lassen sich in Platons Schriften ein paar interessante Lösungsansätze finden. Grundsätzlich soll jeder Bürger tugendhaft sein. In *Nomoi V* schlägt er vor, dass das Land im Besitz des Staates ist und den EinwohnerInnen zugeteilt wird. Diese dürfen Grund und Boden nutzen, ohne jedoch EigentümerIn zu sein. Um die Landverteilung konstant halten zu können, schlägt Platon eine maßvolle Geburtenpolitik vor. Eine maßlose Anhäufung von Gütern ist nicht erlaubt, da sie sich mit der Qualität der Tugend nicht vereinbaren lässt. Die Gesetzgebung im Staat soll so

gestaltet sein, dass die BürgerInnen möglichst glücklich und in Freundschaft miteinander leben können. Um die Ansammlung von Reichtümern zu verhindern, ist der Besitz von Gold und Silber untersagt. Ein „bedeutender Gelderwerb durch Handwerkerarbeit und Wucher“ (Nomoi V, 743c) ist ebenfalls verboten. In Platons idealem Staat steht nicht das Wohl des Einzelnen im Vordergrund, sondern das Gemeinwohl. Das Gesetz ist so verfasst, dass das Eigentum dem Gemeinwohl zugutekommen soll. (vgl. Nomoi V)

Platons Idee ist ein möglicher Lösungsansatz für das Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Wenn niemand einen Besitz hätte, so gäbe es auch keine Ungerechtigkeit bei der Verteilung. Die Kluft zwischen Arm und Reich würde es nicht geben und die Menschen wären nicht auf den eigenen Vorteil bedacht, sondern am Gemeinwohl orientiert. Wären die Gesetze nach Platons Vorschlag in Österreich verfasst, so gäbe es keinen Wucher und keinen übermäßigen Gelderwerb. Probleme wie Finanzblasen, die zur jüngsten Wirtschaftskrise beigetragen haben, könnten erst gar nicht entstehen.

In der Praxis wäre der Vorschlag Platons jedoch schwer umzusetzen, da die Menschen ihren Besitz nicht freiwillig dem Staat überschreiben würden. Besonders diejenigen, die über ein großes Vermögen verfügen, wären mit Platons Vorschlag vermutlich nicht einverstanden. Die Menschen sind kaum bereit, den gewohnt hohen Lebensstandard aufzugeben, um zum Wohle der Gemeinschaft beizutragen.

Laut Peter Jackson müsste ein generelles Umdenken in der Bevölkerung stattfinden, um nicht kapitalorientierte Maßnahmen umsetzen zu können. Die Menschen müssten weg von einer kapitalorientierten Lebensweise, hin zu einer glücksorientierten Art zu handeln und zu leben, geführt werden. Der Besitz von Kapital sollte dabei in den Hintergrund rücken und kein maßgeblicher Faktor für Bewertung einer Person oder sogar Grund für die Kategorisierung in eine soziale Schicht sein. Eine Besinnung auf Werte wie Lebensfreude, Freundschaft, Glück und Partnerschaft müsste stattfinden. (vgl. Jackson 2012, S.176)

Mit der Überlegung, dass nicht das Kapital im Vordergrund stehen sollte, sondern die Erlangung des persönlichen Glückes Hauptaugenmerk sein sollte,

stimmt André Gorz überein. Er schlägt vor, die Arbeitszeiten zu verkürzen, um dem immer steigenden Drang nach mehr Kapital Einhalt zu gebieten. Eigenarbeit in den eigenen vier Wänden oder im Garten, sowie gemeinnützige Tätigkeiten sollen neue Werte schaffen und dem Menschen eine Möglichkeit zur Entfaltung bieten. Die Zeitersparnis soll den Individuen zu neuen kulturellen und gesellschaftlichen Zielen verhelfen, die den ökonomischen Zielen übergeordnet sind. (vgl. Gorz 1989, S. 260)

Der Ökonom Tim Jackson unterstützt diese Argumentation. Bei ihm stehen materielle Werte in Konflikt zu den inneren Werten wie Beziehungen und Zugehörigkeit, welche wichtig sind für ein persönliches Wohlbefinden. Er vertritt die Meinung, dass sich die Menschen in unserer heutigen Gesellschaft mehr auf die inneren Werte konzentrieren sollten um ihr Glück zu fördern. Zu viel Kapital führe nur zu einer steigenden Vereinsamung, welche sich wiederum negativ auf das Wohlbefinden auswirkt. (vgl. Jackson 2010, S. 154 – 156)

Auch in Aristoteles Schriften finden sich Ansätze, die eine Abhilfe bzw. eine Vermeidung der Verteilungsungerechtigkeit schaffen können.

In seiner Politikschrift sieht Aristoteles bereits die Gefahr, die im Tausch der Güter liegt und zwar, wenn über die Ziele weswegen eigentlich produziert und getauscht wird, keine Rechenschaft abgelegt wird und die Logik des Profits Oberhand gewinnt. Wäre dies der Fall, so wäre dies das Ende für eine politische Tugend. (vgl. Höffe 2001, S. 41 – 43) Die Erwerbskunst soll nicht zur Anhäufung von Reichtum getätigt werden, sondern den Menschen helfen Glück zu erlangen. Das Problem ist der Überfluss. Das eigentliche Ziel der Erwerbskunst soll darin liegen, die Bedürfnisse zu stillen. Die entartete Erwerbskunst macht das Mittel zum Zweck, indem es nur mehr um die Anhäufung von Reichtum geht. Geld soll nicht zum Zwecke der Wertschöpfung eingesetzt werden. (vgl. Höffe 2001, S. 45)

Aristoteles' Gedanke, dass die Arbeit nicht dazu dienen soll Reichtum anzusammeln, sondern zur Bedürfnisdeckung und für ein glückliches Leben verwendet werden soll, findet sich bei modernen Philosophen wie André Gorz wieder. André Gorz ist der Meinung, dass die ArbeiterInnen in unserer heutigen Gesellschaft einen immer größeren Teil ihres verdienten Geldes für den

Konsum aufwenden, wodurch nicht mehr primär die Deckung der Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund steht, sondern nur mehr die Anhäufung von Luxusgegenständen und Kapital. (vgl. Gorz 1989, S. 172 f)

Ganz im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit ist das Leitmotiv des Utilitarismus. Das Ziel des Utilitarismus ist das größte *Glück für die größte Zahl*. Menschliche Handlungen sollen so gesetzt werden, dass sie das Glück für die gesamte fühlende Natur steigern. (vgl. Mill 2010, S. 21 – 39) Es kann also nicht im Sinne des Utilitarismus sein, wenn nur ein ganz geringer Teil der Bevölkerung in Reichtum wohnt und ein großer Teil von Armut gefährdet ist.

4.4 Wachstum

Dieser Anstieg des Konsums führt zum nächsten problematischen Thema unserer heutigen Zeit, dem Wachstum. Das Problem der immer steigenden Bedürfnisse wurde bereits von Platon erkannt.

Platon beschreibt in *Res publica*, dass die Deckung der Grundbedürfnisse für die Leute nicht mehr ausreichend ist. Ein gutes Leben erfordert einen üppigen Staat (Platon, *Res publica* 372e). Der gesunde kleine Staat, der nur die Grundbedürfnisse stillt, muss durch die zusätzlichen Forderungen nach etwa Malerei, einer großen Auswahl an Backwaren, Schmuck und Kunst, erweitert werden. Diese Expansion erfordert, dass wir „das Gebiet der Nachbarn beschneiden, wenn wir genügend Land haben wollen zu Viehweide und Ackerland“ (Platon, *Res publica* 373e).

Der britische Professor Tim Jackson sieht ebenfalls im Wachstum eine gewisse Problematik. Er beschreibt, dass die allgemeine Basis des gesellschaftlichen Wachstums auf den zunehmenden materiellen Bedürfnissen beruhe, die durch die entwickelten Volkswirtschaften geweckt werden. Jacksons Hauptanliegen besteht darin „unser Streben nach einem guten Leben mit den Grenzen eines endlichen Planeten zu versöhnen.“ (Jackson 2012, S. 24) Laut Jackson ist es einerseits nötig die Wirtschaftsstruktur grundlegend zu ändern, und andererseits das Wertesystem unserer Gesellschaft zu ändern, um aus diesem *schöpferischen Zerstörungssystem des Wachstums* zu enttrinnen.

Wir werden uns auch einen Weg durch die institutionellen und gesellschaftlichen Zwänge bahnen müssen, die uns in einem zum Scheitern verurteilten System gefangen halten. Insbesondere müssen wir herausfinden, wo sich bei einer Veränderung der Gesellschaft ansetzen lässt – Änderungen im Wertesystem, im Lebensstil, in der gesellschaftlichen Struktur -, damit wir uns aus der zerstörerischen gesellschaftlichen Logik des Konsumismus befreien können. (vgl. Jackson 2012, S. 113)

In *Nomoi V* spricht sich Platon im Prinzip auch schon gegen ein zu großes Wachstum aus. Platon schreibt, dass es ein Gleichgewicht zwischen einem Mangel und einer damit verbundenen Knechtschaft und einer Maßlosigkeit, sprich einem Übermaß an Vermögen und Besitz, zu finden gilt. (vgl. *Nomoi V*, 743)

Zu Platons Zeit kannte man zwar das Problem der Umweltverschmutzung und das Problem des Treibhauseffektes noch nicht, trotzdem hat Platon bereits damals erkannt, dass die Menschen in keinem Übermaß an Vermögen leben sollten.

Die nachfolgende Graphik zeigt auf, dass mit einem steigenden realen BIP und einem höheren Haushaltseinkommen die Lebenszufriedenheit dabei nicht steigt. In Österreich stieg das Vermögen in den letzten Jahren zwar an, die Lebenszufriedenheit jedoch nicht. Zusätzlich ist auf der Darstellung zu sehen, dass in Österreich einiges für die Umwelt getan wurde. So wurden die CO₂- und Treibhaus-Emissionen gesenkt und Investitionen im Bereich Umweltschutz getätigt.

Wie geht's Österreich?

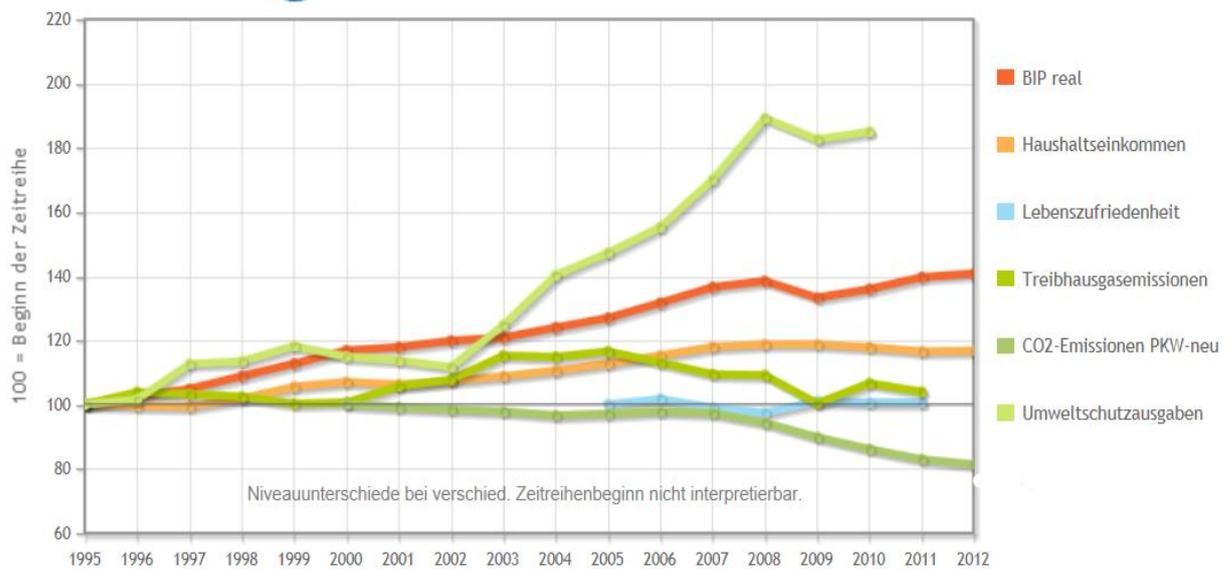


Abbildung 0-1 Wie geht's Österreich - Vergleich zwischen gestiegenem BIP, Lebenszufriedenheit und Umweltfaktoren (Quelle: Statistik Austria)¹⁰

Tim Jackson kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass Wohlstand nicht unbedingt am BIP zu messen sei, sondern eher am Glück. Viele Faktoren haben auf ein glückliches Leben Einfluss. Das Geld spielt eine sehr geringe Rolle. Wichtige Faktoren sind die Beziehungen zum Partner, der Familie und die Gesundheit. Weiters wird auf ein angenehmes Wohnumfeld Wert gelegt. Geld trägt nur mit sieben Prozent zum Glück bei und nimmt somit eine eher untergeordnete Position ein. Durch ein ständiges Wachstum wird das Glück nicht ins Unendliche gesteigert. Mit diesen Aspekten vor Augen ist es wirklich nötig das aktuelle Wirtschaftssystem der Industrieländer zu hinterfragen. Wohlstand muss nicht unbedingt auf einem ständigen Wachstum beruhen, es ist viel wichtiger, sich auf das Gedeihen der Menschen und ihr Glück zu konzentrieren, als die endliche Welt durch ein unendliches Wachstum zu belasten. (vgl. Jackson 2012, S. 55-60)

¹⁰ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wie_gehts_oesterreich/index.html?gid=1_0 (letzter Zugriff: 28.05.13)

4.5 Ein gutes Leben

Was ist überhaupt ein gutes Leben? Führen wir ein gutes Leben, wenn wir über genügend finanzielle Mittel verfügen, oder braucht es mehr für ein gutes Leben?

Tim Jackson beschreibt in seinem Buch *Wohlstand ohne Wachstum*, dass sich in unserer heutigen Gesellschaft viele Menschen über materielle Dinge definieren. Das Einkommen bzw. der Reichtum teilt die Menschen in soziale Schichten. Für ein glückliches Leben ist es nicht ausreichend, den bloßen Lebensunterhalt zu bestreiten, sondern es kommt darauf an, wie man sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann. (vgl. Jackson 2012, S. 150) Ausreichend Geld zur Verfügung zu haben ist jedoch kein Patentrezept für ein glückliches Leben. So gibt es Studien, dass mit steigendem Wohlstand die Menschen zunehmend vereinsamen. (vgl. Jackson 2012, S. 152)

Auch Julian Nida-Rümelin geht der Frage nach dem guten Leben nach. Er bezieht sich hier auf Aristoteles, bei dem sich ein gutes Leben nicht durch maximale Zufriedenheit auszeichnet, sondern dadurch, dass sich der Mensch in seinen spezifischen Fähigkeiten entfalten kann. Julian Nida-Rümelin ist der Meinung, dass es nicht nur auf die Steigerung des eigenen Wohles ankommt. Oft ist es wichtiger altruistisch zu handeln, um Beziehungen zu Freunden zu ermöglichen oder zu fördern. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 44) „Ohne altruistische Motive keine Freundschaft, ohne Freundschaft keine soziale Gemeinschaft, ohne soziale Gemeinschaft kein gutes Leben.“ (Nida-Rümelin 2011, S. 48)

Dass der Mensch die Gemeinschaft braucht, beschreibt auch Aristoteles. Bei ihm ist der Mensch von Natur aus ein politisches Wesen und kann sich erst mit Hilfe der Polis vollständig entwickeln. Tugenden wie etwa die Klugheit werden erst in der Polis eingeübt und praktiziert (vgl. Höffe 2001, S. 21).

Bei Aristoteles ist das höchste Ziel, welches man durch Handeln erreichen kann, die Glückseligkeit. Glückseligkeit wird bei ihm mit dem Begriff *Eudaimonia* bezeichnet.

Jede Kunst und jede Lehre, desgleichen jede Handlung und jeder Entschluss, scheint ein Gut zu erstreben, weshalb man das Gute treffend als dasjenige bezeichnet hat, wonach alles strebt. (Aristoteles; EN 1094a, 1-3)

Die Tugenden sollen den Menschen als Wegweiser dienen, um ein Leben im Einklang mit sich selbst und ihrer Umwelt zu führen. (vgl. Aristoteles; EN 1094)

4.6 Arbeit

Viele Menschen sind heutzutage mit ihrer Arbeit nicht zufrieden und haben das Gefühl, dass sie sich in ihrer Tätigkeit nicht ausreichend entfalten können. Die Frage die sich stellt, welche Gründe es dafür gibt, dass die Menschen oft nicht zufrieden sind. Liegt es daran, dass es zu einer Entfremdung von ProduzentIn und Produkt gekommen ist? Soll die Arbeit überhaupt den Lebensmittelpunkt darstellen, oder wäre es besser die persönliche Erfüllung in andere Bereiche zu verlegen?

Platon ist beispielsweise der Meinung, dass jeder Mensch die Tätigkeit ausführen soll, die er am besten kann. Jeder soll die Arbeit im Staat verrichten, die er gut kann, denn niemand kann alles gleich gut. Die Arbeit soll von Experten erledigt werden und somit nur von qualifizierten Personen gemacht werden. (vgl. Platon, Res publica 371b)

Aristoteles war hingegen der Meinung, dass der Bürger keiner körperlichen Arbeit nachgehen sollte, da diese die Empfänglichkeit für die Tugenden und die Philosophie vermindert. (vgl. Höffe 2001, S. 41 – 43) Aristoteles sieht den Menschen nicht durch seine Arbeit definiert. Aristoteles stellt Überlegungen über den Zusammenhang zwischen Haushalt und Staatswirtschaft an. „Die Hauswirtschaft [geht] in ihrer Entwicklung der Staatswirtschaft voran [...] denn das Haus ist ein Teil der Stadt“ (Aristoteles, Hauswirtschaft I, 1343a10).

André Gorz knüpft bei Aristoteles in der Antike an. Er verweist darauf, dass Arbeit mit dem Haushalt in direktem Zusammenhang stand. Freiheit konnte der damalige Mensch nur in der Polis erlangen. Der Bürger war daran interessiert seine Arbeitslast zu reduzieren, was beispielsweise durch Sklaven zu erreichen war. Damals war die Arbeit nicht mit einer sozialen Identität verbunden, da sich Arbeit nicht wie heute im öffentlichen Bereich abspielte, sondern im privaten Bereich angesiedelt war. (vgl. Gorz 1989, S. 31)

André Gorz stellt die Überlegung an, dass sich die Menschen im privaten Bereich verwirklichen sollten und sich nicht über die Arbeit definieren sollten. Er schlägt freiere oder verkürzte Arbeitszeiten vor, wodurch die ArbeiterInnen mehr Zeit hätten, um sich in ihrer Freizeit schöpferisch zu entfalten. (vgl. Gorz 1989, S. 271 - 279)

4.7 Wirtschaftskrisen

Die letzte Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Spekulationen und Finanzblasen der Banken, liegt noch nicht lange zurück bzw. ist noch immer nicht überwunden. Immer mehr Länder geraten in Zahlungsschwierigkeiten, die meist problematische Folgen, wie beispielsweise hohe Arbeitslosigkeit und Armut, zur Folge haben.

Laut Nida-Rümelin könnten fehlende Urteilskraft und damit verbundene falsche ökonomische Modelle mitverantwortlich sein. Zur Beurteilung der Urteilskraft zieht er Platons Höhlengleichnis heran. So wie in Platons Gleichnis, in dem sich die alltägliche Wahrnehmung auf Schatten beschränkt und nicht die volle Realität erfasst, ist auch heute der Zugriff zur Erkenntnis beschränkt. Es erfordert eine gute Wissenschaft zu haben, um gute Beurteilungskriterien zu bekommen. Als Problem sieht Nida-Rümelin die sogenannte Schwarmintelligenz und betont, dass es wichtig sei, sich seine Meinung selbst zu bilden. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 132 – 134) Unbequeme Wahrheiten müssen respektiert und anerkannt werden, damit in einer angstfreien Diskussion verlässliche Urteile zustande kommen können. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 142) Besonders gefährlich ist es, wenn fehlende Urteilskraft auf Entscheidungsstärke trifft. Laut Julian Nida-Rümelin hat es vor der Finanzkrise 2008ff an verlässlichen Urteilen gefehlt, „wie falsche Risikoeinschätzungen, falsche Bewertungen einer Vielzahl von Finanzprodukten, eine falsche Regulierungsphobie, eine falsche Geldpolitik [...] zeigten“. (Nida-Rümelin 2011, S. 143) Eine gewisse Entscheidungsstärke ist laut Julian Nida-Rümelin für eine erfolgreiche Ökonomie, ja sogar für ein gelungenes Leben, von Bedeutung. Über den Begriff der Entscheidungsstärke und dessen Kriterien wurde bereits in der Antike diskutiert. Julian Nida-Rümelin verweist hier auf Aristoteles, der sich in seiner Nikomachischen Ethik mit dem *Unbeherrschten* und dem *Willensschwachen* auseinander gesetzt hat. (vgl. Nida-Rümelin 2011, S. 143 f)

Einen eher maßvollen Umgang mit Geld schlägt Aristoteles vor. Er geht zunächst vom Haushalt aus, da dies ja ein Teil des Staates ist. Der Hausherr soll gut mit Geld umgehen können. Seine Knechte sollen richtig behandelt werden. Nahrung, Kleidung und Feierstunden auf der einen Seite, und Arbeit, Tüchtigkeit und Züchtigung auf der anderen Seite sollen im richtigen Verhältnis stehen. Um einen guten Haushalt zu führen ist es wichtig, dass die Ausgaben die Einnahmen nie übersteigen dürfen. (vgl. A.o.O. II, 7-17) Knechte, wie es sie noch zu Aristoteles Zeiten gab, sind heute zwar nicht mehr zu finden, seine Einstellung zu einer richtigen Behandlung seiner Knechte, ist jedoch durchaus auf unsere heutigen Arbeiter übertragbar.

Finanzblasen und Bankenkrisen wären zu vermeiden, wenn man den Rat Platons befolgt. Er schreibt bereits vor über 2000 Jahren, dass man keine Reichtümer ansammeln soll. Der Besitz von Gold und Silber ist untersagt. Ein „bedeutender Gelderwerb durch Handwerkerarbeit und Wucher“ (Nomoi V, 743c) ist ebenfalls verboten. Besonders die Tatsache, dass Wucher in seiner Idealvorstellung nicht erlaubt ist, ist wichtig, da ohne Wucher so manche Finanzblase erst gar nicht entstanden wäre.

Die beste Lösung für Wirtschaftskrisen und die ungerechte Verteilung der Ressourcen bietet Kant. Er ist der Meinung, dass die Güter gerecht angeeignet werden müssen und gerecht übertragen werden sollen (vgl. Holzleithner 2009, 32). Passend wäre auch hier wieder der *kategorische Imperativ*, der als allgemeine Handlungsmaxime ungerechtes und spekulatives Verhalten verhindern würde.

4.8 Aktualität von Kants Friedensschrift – Vergleich der Friedensschrift mit der UN-Charta

Kants Forderung nach einer globalen Friedensinstitution spiegelt sich in den Prinzipien der UN-Charta wider. Bis auf ein paar Ausnahmen durchzieht die Friedensidee von Kant wie ein roter Faden die UN-Charta. Schon in der der Präambel der UN-Charta steht geschrieben:

Wir, die Völker der Vereinten Nationen [sind] fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die

zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, [...] erneut zu bekräftigen [...]. (UN-Charta, S. 3)

In dieser Präambel liegen Grundsätze, welche es zu analysieren gilt. Schon der Vorsatz zukünftige Generationen vor Kriegen zu bewahren deckt sich mit Kants Vorstellung nach einem ewigen Frieden. Auch das Verlangen nach der Sicherung von Würde und Grundrechten ist bereits in Kants Würdebegriff zu finden.

Ein weiteres Beispiel findet sich gleich in den ersten beiden Artikeln der UN-Charta. So heißt es etwa im zweiten Artikel:

Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt. (UN-Charta, S. 4)

Dieser Grundsatz deckt sich mit Kants fünftem Präliminarartikel, wo er sich dafür einsetzt, dass man sich nicht mit Hilfe von Gewalt in die Verfassung eines anderen Staates einmischen darf. Die Souveränität eines Staates wird somit in Kants Friedensschrift ebenso betont, wie in der UN-Charta. (vgl. Kant: EWF, S. 189 - 190)

Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit, welche in der UNO als wichtiges Ziel formuliert ist, könnte mit dem Handelsgeist, der im ersten Zusatz angeführt ist, verglichen werden.

Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen

a) die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg [...] (UN-Charta, S. 14)

Kant vertritt die Meinung, dass durch Handlungsbeziehungen die Staaten dazu neigen, sich friedlich zu verhalten, da so die Bedürfnisse und Neigungen der Menschen besser befriedigt werden können. (vgl. Kant: EWS, S. 34).

Ob und wie weit die UN-Charta tatsächlich durch die Friedensschrift von Kant beeinflusst wurde, kann nicht genau gesagt werden. Ich persönlich könnte mir vorstellen, dass diejenigen Personen, die die UN-Charta verfasst haben, die Schrift zum ewigen Frieden kannten. Zwar wird Kant nicht konkret zitiert in der UN-Charta, Parallelen sind jedoch auf jeden Fall zu finden.

Aktuelle Bedrohungen wie Massenvernichtungswaffen und Terrorismus, die den dauerhaften Frieden gefährden, dürften aus Kants Perspektive nicht angewandt werden. So widersprechen diese beiden Beispiele dem sechsten Präliminarartikel, nachdem keine Handlungen gesetzt werden dürfen, die das Vertrauen, welches für einen zukünftigen Frieden notwendig ist, gefährden. (vgl. Kant: EWF, S. 16)

4.9 Resümee

Die Texte und Ideen der großen Philosophen der Antike und der Klassik sind durchaus heute noch sehr aktuell. In den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft lassen sich Parallelen finden. Die modernen Philosophen, die ich als Vertreter herangezogen habe, greifen immer wieder auf die Theorien von Platon, Aristoteles, Immanuel Kant und Stuart Mill zurück. Zum Teil werden diese großen Denker direkt zitiert und zum Teil wird nur indirekt auf sie eingegangen, indem ihre Ideen und Grundvorstellungen aufgegriffen werden. Aber nicht nur die aktuellen Philosophen berufen sich auf die Moralvorstellungen der alten Meister. Begriffe, wie etwa der Würdebegriff von Kant, finden sich sogar in Gesetzestexten wieder. Auch Teile von Kants Friedensschrift finden sich in der UN-Charta wieder. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Ideen der großen alten Philosophen heute noch aktuell sind. Viele unmoralische Aspekte in unserer heutigen Wirtschaft würden sich vielleicht mit den Theorien von Platon, Aristoteles und Kant vermeiden lassen. In wie weit unsere Gesellschaft von den Überlegungen dieser Philosophen profitiert, ist schwer zu sagen. Sicher ist nur, dass sie auch heute noch immer von Bedeutung sind.

5. Persönliche Stellungnahme

Als erstes möchte ich Platons Idee der Philosophen-Könige aufgreifen. Philosophen-König mag zwar im ersten Augenblick etwas abwegig klingen, ist es aber meiner Meinung nach nicht. Sieht man sich Platons Beschreibung seiner Philosophen-Könige an, so erweisen sich diese als sehr fähige und tugendhafte Menschen. Schon das Ausbildungs- und Auswahlprogramm, das zu durchlaufen ist, bereitet die Philosophen-Könige auf ihre Aufgabe vor. In der ersten Instanz werden mutige und philosophiebegabte Menschen ausgesucht, die eine umfassende Ausbildung zum Wächter erfahren. Platon entwirft hierfür ein detailliertes Trainings- und Bildungsprogramm, um die jungen Menschen zu Mut und Weisheit zu erziehen. Aus diesen Wächtern, werden nur die fähigsten zu Philosophen-Königen auserwählt. (vgl. Platon, Res publica 412e)

Diejenigen, die zu Gebietern bestimmt werden, müssen sich durch ein fleckenloses Handeln während des ganzen Lebens auszeichnen. (vgl. Platon, Res publica 414b)

Die Philosophen-Könige zeichnen sich durch verschiedene Qualitäten aus. Sie müssen „mit ganzem Herzen an einer geistigen Tätigkeit hängen, die ihnen etwas von jenem Sein offenbart, das immerdar ist und unberührt bleibt von jedem Wandel durch Entstehen oder Vergehen“ (Platon, Res publica 485b). Sie dürfen nichts Falsches in sich haben und dürfen sich „keinerlei Unwahrheit zuschulden kommen lassen, sondern die Unwahrheit hassen, die Wahrheit dagegen lieben“ (Platon, Res publica 485c). Der richtige Philosoph muss von Natur aus und schon seit seiner Jugend nach der Wahrheit streben und über dies hinaus gerecht, besonnen, tapfer sein und über ein breites Spektrum an Bildung verfügen.

Diese tugendhaften Regenten wären nicht auf ihren eigenen Vorteil bedacht und würden nur das Beste für den Staat tun. Ein weiterer Vorteil wäre, dass sich diese Philosophen-Könige durch ihre Fähigkeiten und Charaktereigenschaften für ihre Tätigkeit qualifizieren würden und nicht durch periodische Wahlen. In unserer Demokratie ist es ja so, dass die Politiker, die sich zur Wahl stellen, natürlich mit der Absicht aufstellen lassen, gewählt zu

werden. Daher wird das Wahlprogramm so gestaltet, dass es möglichst viele Wähler anspricht. Ob die Wahlversprechungen wirklich das Gemeinwohl im Staat steigern, ist dabei nicht im Vordergrund. Ein Philosophen-König wäre nicht auf die Gunst der WählerInnen angewiesen und könnte auch wenig oder nicht populistische Maßnahmen durchsetzen. So ist es etwa in unserem aktuellen Politiksystem schwierig, langfristige Maßnahmen umzusetzen, da sich der Erfolg oft erst in der nächsten Wahlperiode zeigen würde. Philosophen-Könige müssten nicht befürchten, dass sie nicht wieder gewählt würden und könnten daher langfristig sinnvolle Entscheidungen für das Volk treffen.

Die Wächter sollen für ihre Arbeit keinen Lohn bekommen und keinen Besitz haben. Alles Notwendige, das sie zum Leben brauchen, erhalten sie von den Bürgern des Staates. (vgl. Platon, Res publica 416e)

Diesen Ansatz von Platon finde ich sehr vielversprechend. Aufgrund dessen, dass die Regierenden kein Geld anhäufen dürfen und ihre Bedürfnisse durch die BürgerInnen gedeckt werden, gibt es keine Motivation, eigennützig zu handeln. Korruption würde es in der Politik nicht geben. Die Philosophen-Könige würden utilitaristische Entscheidungen, also zum größten Wohl für die größte Zahl treffen, und nicht eigennützlich handeln. Die Anhäufung von Geld wäre nicht ihr höchstes Ziel, sondern das Glück und der Wohlstand des Staates. Auch Maßnahmen, die der Umwelt zugutekommen würden, könnten von den Philosophen-Königen problemlos durchgesetzt werden. Die hohen Ausgaben, welche durch die Wahlen verursacht werden, würden ebenfalls nicht anfallen. Dieses Geld könnte für gemeinnützige Projekte verwendet werden.

Die Umstellung von einem demokratischen System auf ein System mit Philosophen-Königen, welches fast in Richtung Oligarchie oder Monarchie gehen würde, ist meiner Meinung jedoch sehr schwierig umzusetzen. Eine längere Vorbereitungs- und Umsetzungszeit wäre nötig. Im Vorfeld müsste die Bevölkerung über Philosophen-Könige informiert werden. Im Anschluss daran müsste eine Volksbefragung stattfinden, ob Philosophen-Könige überhaupt Anklang finden. Wäre dies der Fall, so müsste das Ausbildungs- und Auswahlverfahren beginnen.

In der Wirtschaft sind meiner Meinung nach sehr viele unmoralische Bereiche, wie etwa die Monopolstellung mancher Konzerne, Billighersteller, die ihre Arbeiter ausbeuten und Spekulanten, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, die vermieden werden sollten. Monopolstellungen sollte nur der Staat einnehmen können, da in manchen Fällen Wettbewerb sinnlos wäre, wie zum Beispiel bei der Bahn. Der Monopolist kann seine Waren zu einem höheren Preis als seine Herstellungskosten (=Grenzkosten) verkaufen, da er der einzige Anbieter dieser Ware ist. Laut Theorie kann man in einem kompetitiven Markt, wo es viele Anbieter einer Ware gibt, seine Waren in der langen Frist nur zu den Herstellungskosten, also den Grenzkosten, verkaufen. In diesem Markt werden also auf längere Sicht keine Gewinne erzielt. (vgl. Varian 2007, S. 408, 507) Der Monopolist hingegen erzielt in der langen Frist Profite. Ich schließe mich hier Platons Vorstellungen von Tugend an. Ein Monopolist handelt nicht tugendhaft, da er nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist und seinen Gewinn maximieren will. Der Tausch von Waren und somit der Markt, sollte so funktionieren, dass jeder der tauscht, sei es nun Ware gegen Ware oder Geld gegen Ware, einen subjektiven Gewinn durch den Tausch hat. Es sollte nicht so sein, dass einer zu Lasten des anderen Profit aus dem Geschäft schlägt.

Ähnlich verhält es sich mit den Billigherstellern, auch diese sind nur auf maximalen Profit aus und bedenken nicht, dass die Arbeitsbedingungen für die Männer und Frauen mancher Fabriken unzumutbar sind. Ich denke hier speziell an die Textilbranche, wo erst im Jahr 2012 mehr als 100 Menschen ihr Leben verloren, bei einem Brand in einem Textilwerk in Bangladesch. Solch eine Ausbeutung von denkenden und fühlenden Individuen kann meiner Meinung nach sicherlich nicht richtig sein. Die Hauptschuld ist hier den Konzernen zu geben, die solche Arbeitsbedingungen schaffen. Eine kleine Schuld trifft hier aber auch den/die KonsumentInnen, die sich oft ohne Rücksicht auf Verluste dem Konsumrausch hingeben und Produkte kaufen, die eigentlich nicht benötigt werden. Mit dem kategorischen Imperativ von Kant im Hinterkopf denke ich mir, dass doch niemand wollen kann, dass Verschwendung von Ressourcen und Ausbeutung von Menschen zum allgemeinen Gesetz werden.

Spekulationen die in der Regel mit fremdem Geld getätigt werden, stellen immer ein Risiko da. Ich persönlich bin gegenüber Spekulationen skeptisch, da sie eigentlich nur dazu dienen, den Wert irgendeines Produktes künstlich aufzublasen. Schon Aristoteles erkannte eine gewisse Gefahr in der Vermehrung von Kapital, wenn kein tatsächlicher Wert, der beispielsweise durch handwerkliche Arbeit erschaffen wurde, hinter dem Produkt steht.

Zuletzt möchte ich noch zu der Friedensschrift von Kant Stellung nehmen. Eine kritische Betrachtung der Geschichte und der aktuellen internationalen Politik zeigt, dass weder der Völkerbund noch die UNO Kriege verhindern konnten. Auch Kants These, dass republikanische Staaten friedlich sein würden, hat sich nicht bewahrheitet. So waren einige Staaten, die maßgeblich am zweiten Weltkrieg beteiligt waren, Republiken. Dies zeigt auf, dass nicht alle republikanischen Staaten grundsätzlich Kriege ausschließen.

Mit Blick auf den zweiten Weltkrieg fällt weiters auf, dass Kants vierter Präliminarartikel praktisch nicht wirklich umsetzbar ist. Kant erliegt hier der etwas naiven Vorstellung, dass sich eine Kreditaufnahme für friedliche Zwecke zur Verbesserung von Infrastruktur und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit von kriegerischen Zwecken trennen lässt. Ein gutes Beispiel hierfür geben die Autobahnen, die Hitler im zweiten Weltkrieg bauen ließ. Oberflächlich betrachtet wurde zwar die Arbeitslosenzahl gesenkt, dies jedoch mit der Absicht, die Aufrüstung voran zu treiben und nicht um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

Internationale Organisationen, wie etwa die Vereinten Nationen oder die EU sind zwar ein Schritt in Richtung *ewiger Frieden*, sind aber keine Garantien dafür. Ich habe teils das Gefühl, dass sie eher eine Bühne für einzelstaatliche Interessenspolitik sind, da die Handlungsfähigkeit der UNO vom politischen Willen der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (Frankreich, Russland, die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China und das Vereinigte Königreich) mit teils etwas fraglichen Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit, abhängt.

Auch der fünfte Präliminarartikel stellt sich als ein Problem dar. Die Geschichte zeigt des Öfteren auf, dass sich Großmächte, wie etwa die USA nicht daran halten wollen und immer wieder Gründe fanden bzw. finden, sich in die

Verfassung anderer Staaten gewaltsam einzumischen. Beispiele hierfür sind Kriege wie die etwa in Vietnam und Afghanistan. In jüngster Vergangenheit fällt mir noch der Irakkrieg, welcher unter dem Vorwand des Besitzes von Massenvernichtungswaffen seitens des Iraks begonnen wurde, ein. Dieser Krieg wurde zwar vom UN-Sicherheitsrat nicht autorisiert, aber auch nicht verhindert, da die USA als permanentes Mitglied im Sicherheitsrat ein Vetorecht besitzt.

Den sechsten Präliminarartikel halte ich für sehr wichtig und gut durchgedacht. Auch in Hinblick auf gegenwärtige Bedrohungen wie Atom- und Biomassenvernichtungswaffen, welche nur der Ausrottung einer großer Zahl von Menschen dienen. Aber auch in diesem Fall hat uns die Geschichte bewiesen, dass manche Großmächte für Kants Gedanken nicht offen bzw. bereit sind. So war der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 ein furchtbares Beispiel dafür, wo unehrenhafte Kriegsmethoden angewandt wurden. Aktuell fällt mir der Folterskandal in Guantanamo ein, welcher nicht mit der Würde von Kant und den Menschenrechten vereinbar ist und sicherlich nicht dem Vertrauen auf einen künftigen dauerhaften Frieden dienlich ist.

Kants Forderung zur Hospitalität, also zur Gastfreundschaft ist heutzutage in Form der EU zu finden. In diesem Falle hat sich der Gedanke von Kant in die Realität umgesetzt. Innerhalb der EU ist jeder Bürger berechtigt, sich in einem anderen Land aufzuhalten, zu wohnen und zu arbeiten. Auch die Idee, dass sich der Handel positiv auf die Beziehungen der Staaten auswirkt, hat sich in der EU verwirklicht.

Meiner Meinung nach sind wir vom *ewigen Frieden* noch immer weit entfernt. Die Art Kriege zu führen mag sich zwar in den Methoden geändert haben, folgt aber zum Teil noch immer den Prinzipien, die von Kant niedergeschrieben wurden. Der Friede ist eine Herausforderung an die Politik, die es immer wieder aufs Neue zu bewältigen gilt. Der Friede ist eine Gratwanderung zwischen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtpotentialen. Auch wenn sich Kants Vorstellungen von einem *ewigen Frieden* bis jetzt nicht durchgesetzt haben, sind sie meiner Meinung nach auf jeden Fall zu würdigen. Wenn sich die Politik und die Wirtschaft mehr an die Gebote und Verbote von Kant halten würden, wäre die Welt vielleicht ein klein wenig besser.

Literaturverzeichnis:

Primärliteratur

Aristoteles (2003): Nikomachische Ethik, übersetzt und kommentiert von Franz Dirlmeier. Stuttgart: Reclam Verlag.

Aristoteles (1953): Über Haushaltung in Familie und Staat, Hrs. Schöningh Ferdinand, zweite Auflage, Paderborn.

Dux, Günter (2006): Gerechtigkeit als Problem der Marktgesellschaft. Wien: Picus Verlag.

Dux, Günter (2008): Warum denn Gerechtigkeit Die Logik des Kapitals. Die Politik im Widerstreit mit der Ökonomie. Göttingen: Velbrück Wissenschaft Verlag.

Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft, Sinnfrage am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin: Rotbuchverlag.

Jackson, Tim (2012): Wohlstand ohne Wachstum, Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, 5. Auflage, München: oekom.Verlag.

Kant Immanuel (1968): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Akademie-Ausgabe Kant Werke IV, Walter de Gruyter.

Kant Immanuel (2011): Zum ewigen Frieden, Kommentar von Oliver Eberl und Peter Niesen, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Mill, John Stuart (2010): Der Utilitarismus. Stuttgart: Reclam Verlag.

Nida-Rümelin Julian (2011): Die Optimierungsfalle; Philosophie einer humanen Ökonomie, München: Irisiane Verlag.

Platon; Apelt, Otto (1989): Der Staat; Über das Gerechte. Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Varian Hal. R. (2007): Grundzüge der Mikroökonomie; 7. Aufl.; übersetzt von Prof. Dr. Reiner Buchegger, München: Oldenburg Wissenschaftsverlag.

Sekundärliteratur

Hammesfahr, Franz (1930): Volkswirtschaft der praktischen Vernunft. Kategorische Imperative zur Lösung der sozialen Probleme. Berlin: Otto Elsner Verlagsges.

Holzleithner, Elisabeth (2009): Gerechtigkeit. 1. Auflage. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.

Hoffmann, Thomas Sören (2009): Wirtschaftsphilosophie, Ansätze und Perspektiven von der Antike bis heute, Wiesbaden: marixverlag GmbH.

Höffe, Otfried (2001): Politik. Berlin: Akademie Verlag GmbH.

Höffe, Otfried (2011): Kritik der reinen Vernunft. Berlin: Akademie Verlag.

Klopfer, Max (2008): Ethik-Klassiker von Platon bis John Stuart Mill. Ein Lehr- und Studienbuch. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag.

Internetquellen:

AK Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich, Internet:
http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d186/Vermoegensverteilung_2013.pdf
(letzter Zugriff: 24.05.13).

UN-Charta: Internet: http://www.un.org/Depts/german/un_charta/charta.pdf
(letzter Zugriff: 30.05.2013).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1 Ecological Footprint and biocapacity laut Happy Planet Bericht 2012	40
Abbildung 2-2 Glücksindex 2009.....	40
Abbildung 2-3 Faktoren, die das subjektive Wohlbefinden (Glück) beeinflussen	41
Abbildung 2-4 Aufteilung Erwerbsbevölkerung.....	51
Abbildung 2-5 Erwerbstätige in Österreich	52
Abbildung 2-6 Zeitverwendung in Österreich.....	55
Abbildung 2-7 Meinungsumfrage zur Werbung vom Harvard Business Review.....	56
Abbildung 4-1 Bruttoverdienst nach Wirtschaftsbranchen und Geschlecht (Quelle: Statistik Austria).....	64
Abbildung 4-2 Bruttoverdienst nach Bildung und Geschlecht (Quelle: Statistik Austria).....	64
Abbildung 4-3 Anteil Bruttostundenverdienste der Frauen an den Verdiensten der Männer 2002 (Quelle: Statistik Austria).....	65

Zusammenfassung

Unsere aktuelle Wirtschaft ist durch Wirtschaftskrisen, Umweltverschmutzung und Ressourcenknappheit gekennzeichnet. Diese negativen Aspekte der Wirtschaft werden mitunter durch unmoralisches Verhalten verursacht. Die Frage, ob es in der Wirtschaft überhaupt Moral gibt, hat schon viele Philosophen beschäftigt. Im Laufe der Geschichte entwickelten Philosophen wie Platon, Aristoteles, Immanuel Kant und Stuart Mill verschiedene Theorien und Ansätze zu diesem Thema. Diese Ideen finden sich in den Büchern moderner Philosophen wie Günther Dux, Tim Jackson, André Gorz und Julian Nida-Rümelin wieder. Verschiedenste moralische Hintergrundaspekte der aktuellen Wirtschaft werden durch moralische Grundvorstellungen, die von den antiken und klassischen Philosophen angestellt wurden, geprägt. So finden sich beispielweise bereits bei Platon Gedankengänge, die auf die aktuelle Gender-Diskussion in Bezug auf eine Gleichberechtigung im Berufsleben übertragen werden könnten. Auch für die Problematik des permanenten Wachstums, die von dem Philosophen Tim Jackson aktuell analysiert wurde, hatte Platon interessante Lösungsansätze. Platon meint, dass der Mensch in einem richtigen Verhältnis zwischen Mangel und Übermaß leben solle.

Eine Verteilungsungerechtigkeit, wie es derzeit in Österreich der Fall ist, würde von den antiken und klassischen Philosophen nicht gebilligt werden. So spricht sich schon Aristoteles gegen eine Anhäufung von Geld aus. Geld und Reichtum werden nicht als Schlüssel zu einem guten Leben gesehen, sondern eher die Art und Weise wie gehandelt wird. Utilitaristen wie Stuart Mill sind in Punkto Verteilungsgerechtigkeit ebenfalls wegweisend, da bei ihnen das größte Wohl für die größte Zahl im Vordergrund steht. Unmoralisches Handeln von risikobereiten Spekulanten, die eine Mitschuld an der aktuellen Wirtschaftskrise haben, wäre durch den kategorischen Imperativ von Kant zu vermeiden gewesen.

Aber nicht nur die aktuellen Philosophen berufen sich auf die Moralvorstellungen der alten Meister. Begriffe, wie etwa der Würdebegriff von Kant, finden sich sogar in Gesetzestexten wieder. Auch Teile von Kants Friedensschrift finden sich in der UN-Charta wieder. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Ideen der großen alten Philosophen heute noch aktuell

sind. Viele unmoralische Aspekte in unserer heutigen Wirtschaft würden sich vielleicht mit den Theorien von Platon, Aristoteles und Kant vermeiden lassen. In wie weit unsere Gesellschaft von den Überlegungen dieser Philosophen profitiert, ist schwer zu sagen. Sicher ist nur, dass sie auch heute noch immer von Bedeutung sind.

Abstract

Our current economy is characterized by economic disasters, environmental degradation and waste of resources scarcity. These negative aspects of the economy are sometimes caused by immoral behavior. The question if there is any morality in the economy has already been considered by many philosophers. Throughout history philosophers as Plato, Aristotle, Immanuel Kant and John Stuart Mill developed different theories and approaches to the subject. These ideas can be found again in the books of modern philosophers such as Günther Dux, Tim Jackson, Andre Gorz and Julian Nida-Rümelin. Various aspects of moral in the current economy are characterized by basic moral ideas which were made by the ancient and classical philosophers. Aspects which were currently discussed in the gender-discussion in terms of equal rights in employment we can find in the theories of Plato.

About the problem of a permanent growth, which has been analyzed by the actual philosopher Tim Jackson, Plato offers interesting solutions. Plato thinks that we should live in a right balance between deficiency and excess. A distribution of injustice as it is currently the case in Austria would not be approved by the antique and classic philosophers. Aristotle is against the accumulation of money. Money and wealth are not seen as the key to a good life, but rather the way how we act. Utilitarians such as John Stuart Mill are also leaders in terms of distributive justice. Utilitarians have the principle of the greatest happiness principle which requires the greatest good for the greatest number. Unethical practice of speculators, who have to take the blame for the current economic crisis, would have been avoided by the categorical imperative of Kant.

Not only did the current philosophers make use of the ideas of moral of the old masters, terms such as the concept of dignity of Kant can even be found in political law texts nowadays. Also part of Kant's Perpetual Peace again can be found in the UN Charter. In summary one can say that the ideas of the great philosophers are still valid today. Many immoral aspects in our current economy would be avoided by the theories of Plato, Aristotle and Kant. How far our society has benefited from the ideas of these philosophers is hard to say. The only thing we can certainly say is that they are still relevant today.

Ingrid Wagner

Angaben zur Person:



geboren am 15.02.1982 in Waidhofen/Ybbs

Studienkennzahlen: 190 299 477 + 190 299 445

Matrikelnummer: 0848513

Wohnort:

Liechtensteinstraße 80/19

1090 Wien

Tel.: 0680/1440644

E-Mail: Ingrid20000@yahoo.de

AUSBILDUNG

- Volksschule Rosenau 1988 - 1991
- Hauptschule Rosenau 1992 – 1995
- HBLA Weyer 1996 – 2001

Universität Wien:

- Lehramtsstudiums Psychologie & Philosophie
+ Ernährungslehre & Haushaltsökonomie SS 2009 – SS 2013
- Beginn des Lehramtsstudiums Biologie und Umweltkunde WS 2012 & Psychologie & Philosophie
- Ethiklehrgang an der Universität Wien SS 2011 – S 2013
- Lehrgang „Tierschutz macht Schule“ Pädagogische Hochschule Linz WS 2012/2013 – SS 2013

WISSENSCHAFTLICHES PRAKTIKUM:

Praktikum am Department für Ernährungswissenschaften, Emerging Focus

Nutrigenomics, der Universität Wien; Probenvorbereitung für die LC/MS Analytik
14.02.2011 – 18.02.2011

PUBLIKATION:

- Begleitforschung zur Pilotphase Teamteaching im G11, Durchgeführt im Rahmen des Kooperationsschulprojekts der Universität Wien, April 2013

VORTRÄGE:

- Nutztiere – Moralische Aspekte der Nutztierhaltung (gehalten 2013 am GRG 13 in Wien)
- Globale Folgen des übermäßigen Konsums von Fleisch (gehalten 2013 am GRG 13 in Wien)

BERUFSERFAHRUNG

Angestellte bei BP Tankstelle Wagner E. GmbH,
Hausmeningerstr. 74, 3362 Mauer - Öhling

- 1999 - 2013

Tätigkeiten: Verkauf, Betreuung von Kunden, Bestellung von Lebensmitteln, Inventur, Artikelstammverwaltung im Kassensystem, Personaleinteilung und Einschulung, Marketing